

EDITORIAL

Das große Ereignis des Sommersemesters war die Konferenz über „Zeitgeschichte als Streitgeschichte“, die sich mit der Wirkung von historischen Fachkontroversen auf die Entwicklung der politischen Kultur der Bundesrepublik beschäftigte. Nach der feierlichen Eröffnung im renovierten Kutschstall (dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte) tagten etwa 200 Teilnehmer im Alten Rathaus. Eine Gruppe hochkarätiger Vortragender ließ die scharfen Auseinandersetzungen in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik von der Fischer-Kontroverse bis zu den Protesten gegen die Wehrmachtsausstellung Revue passieren, um den Beitrag geschichtspolitischer Debatten bei der Abwendung von einem affirmativen Nationalismus und Hinwendung zu einem selbstkritischen Geschichtsbild nachzuzeichnen. Vor allem der internationale Vergleich mit ähnlichen Debatten in Frankreich, Polen und der Schweiz machte die besondere Intensität deutscher Diskussionen über die Vergangenheit deutlich. Wie der ausführliche Bericht von Albrecht Wiesener zeigt, ging es gleichsam um den scheinbar paradoxen Versuch der Selbsthistorisierung der Zeithistoriker. Die Konferenz fand eine erfreuliche Resonanz in den gedruckten wie elektronischen Medien.

Trotz der Beschränktheit der Räumlichkeiten geht das wissenschaftliche Leben des Instituts am Neuen Markt nun wieder seinen gewohnten Gang. Besonders hervorzuheben ist die anregende öffentliche Vortragsreihe „Europa denken“, in der Zeithistoriker versucht haben, die Kategorie Europa zu konkretisieren. In den wöchentlichen institutsinternen Kolloquien variierten die Themen von der geteilten Geschichte Irlands bis zur Konsumpolitik der DDR, um nur zwei der Vorträge herauszugreifen. Die von André Steiner organisierte Arbeitstagung über die „DDR als Fußnote der deutschen Wirtschaftsgeschichte“ brachte eine Reihe führender deutscher Wirtschaftshistoriker ins Haus (Bericht Irmgard Zündorf). Auch das Transatlantische Doktorandenseminar, das vom Deutschen Historischen Institut in Washington organisiert wurde, fand diesmal im ZZf statt (Bericht Patrice G. Poutrus).

Die programmatische Ausrichtung und institutionelle Zukunft des Instituts waren Thema einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit der Ministerin im ZZf (Bericht Jennifer Schevardo). Niemand erwartete, daß angesichts knapper Mittelosigkeit rosige Aussichten versprochen würden. Dennoch: die politischen Signale waren eindeutig positiv.

Konrad H. Jarausch

Potsdam, im Juli 2002

**DER NEUE MENSCH.
JÜNGSTE ENTWICKLUNGEN IN DER STALINISMUSFORSCHUNG**

Susanne Schattenberg

„Die Revolution gebar und tötete Menschen. Kolja Rschanov wuchs und freute sich: Jetzt erst begann er zu leben. Die stupsnasige Schura aus Kriwodanowka ging umher wie ein Geburtstagskind: Mit einemmal hatte sie alles geschenkt bekommen: das ABC, städtische Stiefelchen, Kino und Versammlungen.“

Ilja Ehrenburg, *Der zweite Tag*

In den Romanen der dreißiger Jahre hat man es schon lange finden können: Das vorrangige Ziel der Bolschewiki bestand darin, den Neuen Menschen zu schaffen. Ob man Ilja Ehrenburg, Fjodor Gladkow oder Walentin Katajew, Leonid Leonow, Nikolaj Pogodin oder Marietta Schaginjan liest – sie alle berichten nicht nur von den großartigen Baustellen des ersten Fünfjahrplans, sondern in erster Linie von der Baustelle „Neuer Mensch“. Das Paradebeispiel für diese die zwanziger und dreißiger Jahre begleitende und gestaltende Literatur ist Nikolaj Ostrowskis autobiographischer Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“ (1930–1933). Der Stahl ist der Mensch, der geschmiedet und bearbeitet wird, der wieder und wieder im Feuer erhitzt werden muß, bis aus dem Rohmaterial das makellose Endprodukt – der Neue Mensch – hervorgeht. Ostrowskis Werk ist ein, wenn nicht *der* Klassiker der sowjetischen Literatur, das nicht nur den Kanon der sozialistisch-realistischen Werke mitbegründete. Es sollte in erster Linie den Leserinnen und Lesern als Anleitung dienen, sich selbst zu einem Neuen Menschen zu formen und dem Vorbild des Protagonisten Pawel Kortschagin zu folgen. In der Sowjetunion kann daher Belletristik nicht von Politik und Alltag getrennt werden, und es wäre falsch, sie in den privaten Bereich der individuellen Erbauung und Unterhaltung abzudrängen. In der Sowjetunion war diese Unterteilung in „öffentlich“ und „privat“ anders als im Westen aufgehoben. Literatur *war* Politik. Ihr hatte die Parteiführung eine entscheidende Stellung in ihrem ehrgeizigen Projekt zugeordnet: „Die Kunst ist kein Selbstzweck, sie spielt eine kolossale Rolle in der Umerziehung, in der Umarbeitung der Menschen.“¹ Bucharin und Stalin hatten den Schriftstellern die Aufgabe übertragen, die Umschmiedung der Menschen voranzutreiben: „Seid echte ‚Seeleningenieur‘! Seid unsere Lehrer des Lebens!“², forderte die Partei die Literaten immer wieder auf. Der Schriftsteller war der Seeleningenieur, der im Auftrag der Partei mit seinem Werkzeug „Literatur“ seine Leserinnen und Leser zu Neuen Menschen formte.

1 *Front nauki i tehniki*, Nr. 3, 1934, S. 69.

2 *Za industrializaciju*, 17. August 1934.

Doch was in literarischen Werken wie auch in der zeitgenössischen Presse und anderen Verlautbarungen und Texten dieser Zeit so offensichtlich zutage tritt, ist in der Geschichtswissenschaft immer wieder übersehen oder ignoriert worden. Eine erste Generation von Sowjetunionforschern konzentrierte sich zwar auf die programmatischen Schriften der Kommunistischen Partei, richtete aber ihr Augenmerk in erster Linie auf Aussagen zu Staatsräson, Parteistruktur und Gesellschaftsaufbau, ohne die kulturellen oder transzendentalen Dimensionen, die hier berührt wurden, wahrzunehmen. Sie war eher geneigt, die destruktiven Momente hervorzuheben, als die damit einhergehenden Neukonzeptionen herauszuarbeiten. Ein weiteres Problem bestand darin, daß Historiker die „schöne Literatur“ als Quelle oft nicht ernst nahmen und sie als „Kunstprodukt“ den Slawisten überließen. Oder sie taten diese und andere Texte als „Propaganda“ in dem Sinne ab, daß sie nicht Wirklichkeit vermitteln könnten, sondern allein geschaffen seien, um „die Wahrheit“ zu kaschieren bzw. von ihr abzulenken. In den Zeiten des Kalten Krieges galten häufig die offiziellen Äußerungen aus der UdSSR als Maske, und die Aufgabe der Forschung schien dann darin zu bestehen, *hinter* diese Hülle aus vermeintlich irreführenden Formeln und Formulierungen zu blicken, um dort das wahre Gesicht zu erkennen bzw. auf die wahre Sprache zu stoßen, die Zerstörung, Aggression und Menschenrechtsverbrechen ausdrückte. Derart ist über viele Jahrzehnte hinweg, in denen die Archive geschlossen waren und sowjetische Quellen eine Rarität darstellten, vorhandenes und zugängliches Material unberührt geblieben oder nur einseitig befragt worden, weil es nicht den westlichen Vorstellungen vom „Reinheitsgebot“ einer Quelle entsprach.

Hier soll im folgenden skizziert werden, welche Phasen die Sowjetunionforschung nach 1945 durchlief, um dann auf das Konzept vom Neuen Menschen als nur einem von verschiedenen im Rahmen der Neuen Kulturgeschichte erforschten Phänomenen zurückzukommen.

Im Zeichen des Kalten Krieges

Die Frage, an der sich immer wieder die Gemüter erregen und die zentral für die Entwicklung verschiedener Forschungsparadigmen war und ist, erscheint so simpel wie nicht beantwortbar: Worauf begründete sich die Macht der Sowjetunion? Woran lag es, daß die Bolschewiki relativ dauerhaft und erfolgreich diesen Staat samt diesem Gesellschaftssystem etablieren und bis 1991 aufrechterhalten konnten? Die gängigste und zunächst auch plausibelste Art, diese Frage zu beantworten, ist auf Terror, Gewalt und Unterdrückung zu verweisen. Unter dem Eindruck der aggressiven Verteidigung des neu gewonnen Einflußbereiches der Sowjetunion in den ostmitteleuropäischen Ländern, vor dem Hintergrund des Koreakrieges, der Kuba-Krise und weiterer militärischer Engagements der UdSSR fiel es der Historikerkunft schwer, sich von dem zeitgenössischen Bild eines rein auf seine militärische Macht aufbauenden Staates zu befreien und ausreichend Distanz zu ihrem Untersuchungsgegenstand zu gewinnen. Dies war

um so mehr der Fall, als einer der prominentesten Sowjetunionforscher, Robert Conquest (*1917), selbst lange Zeit als Diplomat im Auftrag Groß Britanniens Akteur der Zeitgeschichte war, bevor er das Land, in dem er vier Jahre lang gearbeitet hatte, zu seinem Studienobjekt machte. Sein Werk „The Great Terror“ von 1969 hat lange Zeit in der Geschichtswissenschaft das Bild von der Sowjetunion dominiert und mindestens eine Generation von Historikern geprägt.³ Conquest schreibt die Geschichte der Sowjetunion als Geschichte der politischen Morde, Schauprozesse und Gewaltexzesse. Sie beginnt mit der Ermordung des Leningrader Parteichefs S.M. Kirow am 1. Dezember 1934 und führt von da geradewegs zu den Massenverhaftungen der Jahre 1937/38, in denen rund sieben Millionen Menschen in die Lager verschleppt, ca. eine Million Menschen erschossen wurden und etwa weitere zwei Millionen Menschen in den Lagern umkamen. Auch nach Abflauen des Terrors Ende des Jahres 1938 und der Erschießung des Chefs der Geheimpolizei NKWD, N.I. Jeschow, blieben Terror und Gewalt die bestimmenden Konstanten in der Geschichte der Sowjetunion, schreibt Conquest auch in seiner überarbeiteten Auflage aus dem Jahre 1990.⁴ Wie Conquest sahen auch andere amerikanische „Dinosaurier“ der „Sowjetologie“, wie sie ihr Forschungsgebiet nannten, in den Bolschewiki in erster Linie eine kleine Clique von Gewalttätern, die sich 1917 an die Macht geputscht hatten und nun ein Land terrorisierten.⁵ Im Mittelpunkt des Interesses der – in ihrer Mehrzahl – Politologen stand der Staatsapparat mit seinen Institutionen, Instrumenten und Regularien. Dabei bezogen gerade die Anhänger der Totalitarismustheorien ihre Informationen aus den ideologischen Schriften und Verlautbarungen der Partei und ihrer Führer. Das Phänomen der Sowjetunion erklärte sich in ihren Augen vom Zentrum des Marxismus-Leninismus aus, der Energiequelle und Motor für die Entwicklung des Landes war und die Matrizen bereitstellte, nach denen die Realität geschaffen wurde und nun entziffert werden konnte. Während einige Theoretiker/innen großartige Analysen der Staatsstrukturen und gesellschaftlichen Prozesse vorlegten und dabei durchaus eine kollektive Täterschaft eines gesamten Volkes nicht ausschlossen, reduzierten andere Sowjetologen wie Conquest das Phänomen Sowjetunion auf eine Täter-Opfer-Dichotomie.⁶ Auf der einen Seite stand der totale, allmächtige Staat, auf der anderen Seite die ihrem Schicksal hilflos ausgelieferten, handlungsunfähigen und entmündigten, zu bedingungslosem Gehorsam gezwungenen Untertanen. Demgegenüber lieferte Hannah Arendt eine vielschichtige Analyse des Prozesses der

3 Robert Conquest, *The Great Terror. Stalin's Purges of the Thirties*, London 1969. dt.: *Am Anfang starb Genosse Kirov*, Düsseldorf 1970.

4 Robert Conquest, *The Great Terror. A Reassessment*, New York/Oxford 1990.

5 Richard Pipes, 1917 and the Revisionists, in: *The National Interest* 31(1993) 1, S. 68–79.

6 Siehe zu dieser Darstellungsweise neuerdings auch Nicolas Werth, *Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion*, in: Stéphane Courtois et al. (Hrsg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert, Zürich²1998, S. 51–298.

Vermassung einer Gesellschaft und der Selbstaufgabe ihrer Eliten. Eindrucksvoll vollzog sie nach, wie in totalen Gesellschaften das Auskristallisieren von festen, verlässlichen Strukturen immer wieder durch die Zerstörung sich etablierender Institutionen und Entmachtung von Entscheidungsträgern verhindert wurde und arbeitete so die Form der Bewegung als elementar für den Totalitarismus heraus.⁷ Trotz der erstaunlichen Aktualität, die Arendts Werk auch heute noch besitzt, ist sie in der Sowjetunionforschung nur wenig rezipiert worden, während sich Conquests „Großer Terror“ als adäquate Interpretation durchsetzte. Dies geschah sicher nicht nur unter dem Eindruck des Kalten Krieges, der bis in die Universitäten hinein herrschte, sondern auch unter dem Einfluß der Ära McCarthy und der Verteufelung des Sozialismus. Was gern bestritten oder zumindest verdrängt wird, tritt hier nur allzu deutlich zutage: die Abhängigkeit der wissenschaftlichen Paradigmen von der politischen Konjunktur einerseits und dem Erfahrungshorizont der forschenden Generation andererseits.

Auftritt der Revisionisten

Mehr in Absetzung von Sowjetologen wie Robert Conquest, Richard Pipes oder Martin Malia als in Reaktion auf Hannah Arendt, die weitestgehend in Vergessenheit geriet, trat Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre unter neuen Vorzeichen eine zweite Generation von Sowjetunionforscher/innen auf die Bühne. Sie verstanden sich weniger als Politanalytiker, die ihre Arbeit an der aktuellen Situation ausrichteten, denn als Historiker/innen, die jenseits von Tagespolitik und Ideologie ihren Gegenstand zunächst in ihrem historischen Kontext verstehen und erklären wollten. Die bisher dominante Parteigeschichte ersetzten sie durch die sich in der allgemeinen Universitätsdisziplin etablierende Sozialgeschichte, den Blick „von oben“ durch den „von unten“. Der Ideologie des Marxismus–Leninismus schrieben sie keine Verantwortung zu; im Gegenteil griffen sie Trotzki's Bild von der „verratenen Revolution“ auf, wenn sie den Stalinismus als extrem statische und bürokratische Gesellschaft verstanden.⁸ Die „Totalitaristen“ warfen diesen jungen Männern und Frauen hämisch vor, sie seien auf Breschnews Hinweis hereingefallen, bei der Erforschung der Geschichte müßte die Rolle der Massen stärker berücksichtigt und dementsprechend das Gewicht von Partei und Regierung relativiert werden. Tatsächlich begriff diese zweite, „neue Kohorte“ es als ihre dringlichste Aufgabe, sich mit den sozialen Schichten, Konflikten und Entwicklungen in der Sowjetunion auseinanderzusetzen. Allen voran die ambitionierte Sowjetunionhistorikerin Sheila Fitzpatrick, warfen sie ihrerseits den „Sowjetologen“ vor, das Diktum der KPdSU, in der UdSSR sei der Klassenantagonismus überwunden und die verbliebenen Klassen lebten in harmonischem Einklang miteinander, akzeptiert und zur unhinterfragten Vorausset-

7 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München/Zürich 1991.

8 Leo D. Trotzki, *Verratene Revolution*, Frankfurt a.M. 1968. Siehe auch: Sheila Fitzpatrick, Introduction, in: dies. (Hrsg): *Stalinism. New Directions*, London/New York 2000, S. 1–14, hier: S. 7.

zung ihrer Studien gemacht zu haben. Die „Revisionisten“, wie sie bald genannt wurden, verwiesen darauf, daß die Gesellschaft keineswegs nur Opfer und Objekt von Politik sei, sondern die verschiedenen sozialen Gruppen als Akteure, die ihre Interessen verträten, erforscht werden müßten. Ihre Erklärungsansätze variiert(en) von der Annahme, daß die Gewalt des Regimes und die Beherrschung der Gesellschaft keineswegs so total war wie bisher angenommen, über die Idee der Interaktion und gegenseitigen Beeinflussung von Regierung und Massen bis hin zu der Vorstellung, Bevölkerungsgruppen hätten die Macht besessen, durch Initiativen „von unten“ die Machthaber zu bestimmten Schritten zu bewegen.⁹ Führende Arbeiten in dieser Hinsicht waren das Werk von Sheila Fitzpatrick „Education and Social Mobility in the Soviet Union, 1921–1934“ (1979), in dem sie die entscheidende Rolle der sozialen Mobilität und die große Unterstützung der Bolschewiki durch diejenigen herausarbeitete, die in der UdSSR plötzlich Zugang zu Bildung bekamen und denen damit der Weg in die neuen Eliten geebnet wurde.¹⁰ Durch systematische Förderung einerseits und ebensolche Kompromittierung andererseits – etwa durch Beförderungen auf infolge von Verhaftungen vakant gewordene Posten – seien diese *vydvižency* (Aufsteiger) zu verlässlichen Stützen des Regimes geworden. Ähnlich führte Vera Dunham anhand von „Middleclass Values in Soviet Fiction“ (1976) vor, daß es zwischen der neuen Oberschicht und der Parteiführung einen „Big Deal“ gegeben habe, der auf der Basis „Privilegien gegen politische Loyalität“ funktioniert habe.¹¹

Hinter der Kontroverse zwischen den „Totalitaristen“ und den „Revisionisten“, die offen v.a. in den Jahren 1986/87 in der Fachzeitschrift „Russian Review“ ausgetragen wurde¹², stand und steht auch die grundsätzliche und der eigentlichen Forschung vorausgehende Frage, wie Macht definiert und wo sie verortet wird: Spricht man sie generell nur staatlichen Institutionen, Tyrannen, Armee und Polizei zu oder kann sie auch Gruppen ohne Statut und Waffen eignen? Ist Macht etwas Gegebenes, das nur eine Partei besitzen kann, oder gleicht sie eher einem Prozeß, einer Interaktion, in der immer wieder zwischen den verschiedenen Gruppierungen um Einfluß und Interessen gerungen wird? Wird das Geschick eines Landes wie der Sowjetunion allein von den Partei- und Regierungsführern bestimmt, oder bekommt man nicht ein verzerrtes Bild, wenn man die Rolle der Arbeiter und Bauern, der wissenschaftlich-technischen und der künstlerischen Intelligenz, der Wirtschaftsführer und der Verwaltungsbeamten

9 Sheila Fitzpatrick, New Perspectives on Stalinism, in: Russian Review 45 (1986) 1, S. 357–373, hier: S. 368.

10 Sheila Fitzpatrick, Education and Social Mobility in the Soviet Union, 1921–1934, Cambridge/New York/Melbourne 1979.

11 Vera Dunham, In Stalin's Times. Middleclass Values in Soviet Fiction, Cambridge, Mass., 1976.

12 Sheila Fitzpatrick, New Perspectives on Stalinism; Stephen F. Cohen, Stalin's Terror as Social History; Geoff Eley, History With the Politics Left Out – Again?; Peter Kenez, Stalinism as Humdrum Politics; Alfred G. Meyer, Coming to Terms with the Past (...) And with One's Older Colleagues; Sheila Fitzpatrick, Afterword: Revisionism Revisited, in: Russian Review 45 (1986) 1, S. 357–423.

zur *quantité négligéable* erklärt? Einige Vertreter der älteren Generation empfanden es allerdings als ein Skandalon, daß Forscher wie J. Arch Getty, Roberta Manning, Gabor Rittersporn oder Lynne Viola überhaupt nur in Erwägung ziehen konnten, in einem totalitären, gleichgeschalteten, ständig von Terror und physischer Gewalt bedrohten Land habe es so etwas wie autonom operierende, eigene Interessen artikulierende gesellschaftliche Kräfte geben können. Im Mittelpunkt der Kontroverse stand lange Zeit Arch Gettys Werk „The Origins of the Great Purges“ (1985), in dem er das Funktionieren der Apparate studierte, ohne sich zu Tätern und Gewalt zu äußern.¹³ Einige Sowjetologen verstiegen sich daraufhin sogar zu dem Vorwurf, Revisionisten würden den Terror relativieren.

Zugespitzt formuliert rangen (und ringen) in diesem wissenschaftlichen Streit Vertreter/innen zweier konträrer Machtkonzeptionen miteinander: hier die „Kalten Krieger“, die neben dem – zumal totalitären – Staat keinen weiteren Akteur anerkannten und Politik als Einbahnstraße sahen, dort die „Vietnam-Generation“¹⁴, die an die Kraft der Massen glaubte und Machtausübung als belebte, mehrspurige und beidseitig befahrene Hauptstraße begriff, auf der Verkehr und Vorfahrt der unterschiedlichen Vehikel mit ihren differierenden Zielen geregelt werden muß.

Die „dritte Kohorte“

Auch die dritte Generation und weitere „neue Kohorte“ der Stalinismusforscher unterscheidet sich von ihren Vorgängern in erster Linie in der Frage, wie sie Macht definiert. Auch bei ihrer Forschung steht das eine Erkenntnisinteresse im Vordergrund, welche die entscheidenden Faktoren für die dauerhafte Etablierung der Herrschaft der Bolschewiki gewesen seien. Der neue Abschnitt in der Sowjetunionforschung, der den Zwist der Totalitarismus-Anhänger mit den Revisionisten nicht ablöste, aber doch in den Hintergrund drängte, begann Anfang der neunziger Jahre, als sich junge Historikerinnen und Historiker von den neuerealten Konzepten der Kulturwissenschaft inspirieren ließen.¹⁵ An erster Stelle wurden Foucault und seine Idee rezipiert, Macht sei gleich einem Fluidum, das sich in alle Institutionen ergieße und sämtliche denkbaren Sphären einer Gesellschaft durchdringe.¹⁶ Auf der Grundlage von John L. Austins Erkenntnissen, daß sich in der Sprache Macht manifestiere und durch sie ausgeübt werde¹⁷, und mit Foucault, Derrida und anderen davon ausgehend, daß Sprache nicht Wirklichkeit abbilde oder gar verberge, sondern überhaupt erst herstelle, entdeckte die „neue

13 J. Arch Getty, *The Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938*, Cambridge, Mass./New York 1985.

14 Jerry F. Hough, *The „Dark Forces“, the Totalitarian Model, and Soviet History*, in: *Russian Review* 46 (1987) 1, S 397–403, hier: S. 398.

15 Eine Auswahl von neuen Themen, Ansätzen und jungen Forscher/innen stellte unlängst Sheila Fitzpatrick in dem Band „Stalinism. New Directions“ vor (siehe FN 8).

16 Michel Foucault, *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M. 1981; ders., *Technologien des Selbst*, in: Hans Martin Luther u.a. (Hg.), *Technologien des Selbst*, Frankfurt a.M. 1993, S. 24–62.

17 John L. Austin, *Zur Theorie der Sprechakte (How to do things with Words)*, Stuttgart ²1994.

Kohorte“ die von ihrer Vorgängergeneration als „Propaganda“ abgelehnten Textsorten als ihr Studienobjekt und reichen Quellenfundus wieder. Sie warfen den Revisionisten vor, die Ideologie, namentlich die Texte und Aussagen der Bolschewiki, nicht ernstgenommen zu haben. Sie verstanden und verstehen Stalinismus nicht als das mißratene Produkt des verratenen Marxismus-Leninismus, sondern als die eigentliche Revolution, die in den dreißiger Jahren stattfand. War für die Sowjetologen die Ideologie der Bolschewiki verbaler Schutzschirm, Antriebsmotor und Rechtfertigung für Verbrechen und begriffen die Revisionisten die Schriften der Bolschewiki als irrelevant, da sie mit gesellschaftlichen Strukturen, sozialen Phänomenen und wirtschaftlichen Zwängen argumentierten, finden Vertreter/innen der jüngsten Generation in diesen Texten das Programm der Bolschewiki, das diese Buchstabe für Buchstabe umgesetzt hätten, und die Umrisse derjenigen Welt, die für sowjetische Menschen Wirklichkeit gewesen sei.

So kamen zu Beginn der neunziger Jahre drei Faktoren zusammen, die eine neue Entwicklung der Stalinismusforschung einleiteten: die „Linguistische Wende“, der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und die (weitgehende) Öffnung der Archive durch Präsident Jelzin noch im selben Jahr. Die neue Generation hat den Vorteil, von den Konflikten und Frontstellungen des Kalten Krieges weitgehend unbelastet zu sein. Mehr noch: Die Sowjetunion gehört endgültig der Vergangenheit an und kann daher in eine ganz andere Perspektive gerückt werden, als es den Totalitarismus- oder auch den Revisionismusanhängern möglich war. Die Zugänglichkeit neuer Materialien allein hätte dagegen nicht zwingend einen Paradigmenwechsel nach sich gezogen. Denn nicht die Quellen erzählen die Geschichte, sondern der bzw. die Historiker/in wählt entsprechend seiner/ihrer Fragestellung die verbliebenen Überreste der Vergangenheit aus, auf deren Grundlage dann eine neue bzw. weitere Fassung der sowjetischen Geschichte konstruiert wird. Die plötzlich verfügbaren Aktenbestände ermöglichten es, neue Themen zu bearbeiten, zu alten Fragen neue oder präzisere Antworten zu finden oder auch die Vielschichtigkeit von Prozessen und das Funktionieren von Institutionen offenzulegen. Zutage gefördert wurden Dokumente darüber, daß während der Jahre 1937/38 Hunderttausende von Menschen allein nach Kontingenten und Listen, die Stalin abzeichnete, verhaftet und erschossen wurden. Man fand in den Archiven, daß Stalin auf dem Februar/März-Plenum des ZK der KPdSU 1937 das NKWD über die Partei gestellt hatte, aber auch die Anfragen von Funktionären aus den Regionen, man möge die Obergrenzen für die Verhaftungen von „antisowjetischen Elementen“ nach oben verschieben. Der prominente Politbüro-Spezialist Oleg Chlewnjuk konnte ein für allemal mit dem im Westen gepflegten Mythos aufräumen, in der Parteispitze habe es eine Opposition gegen Stalin gegeben, die eine gemäßigttere Linie habe durchsetzen wollen.¹⁸ Aber die Archive schweigen zu den Fragen, *warum* es im Politbüro keine Opposition gab, *warum* Menschen von sich aus begehrten, noch mehr Personen verhaften zu dürfen,

18 Oleg W. Chlewnjuk, *Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre*, Hamburg 1998.

oder *warum* diese „Säuberungen“ erdacht wurden. Fragen beantworten können nur die Historiker, nicht die Quellen.

Einer der ersten Historiker der neuen Generation, die antrat, die sowjetische Geschichte neu zu begreifen, war Stephen Kotkin, der 1995 sein Buch „Magnetic Mountain“ über die Großbaustelle des Metallkombinats in Magnitogorsk während des ersten Fünfjahrplans vorlegte.¹⁹ Berühmt wurde sein Werk, das die Großbaustelle als Mikrokosmos des Stalinismus vorstellte, in erster Linie durch zwei Thesen. Die eine beinhaltete bereits der Untertitel: „Stalinism as a Civilization“. Kotkin formulierte erstmals laut das Kredo der „neuen Kohorte“: „Stalinism was not just a political system (...). It was a set of values, a social identity, a way of life.“²⁰ Stalinismus war fortan nicht mehr nur Terror oder das Produkt nach Privilegien dürstender Aufsteiger. Stalinismus war eine Lebensform, die ihre eigenen Normen, Werte und Identitäten geschaffen hatte. Für den Foucault-Anhänger Kotkin bestand die entscheidende Frage nicht darin, ob Arbeiter das System unterstützten, weil ihnen Repressionen drohten oder weil sie sich enthusiastisch mit den Zielen der Partei identifizierten. Die Akzeptanz der Bolschewiki war seiner Meinung nach weder auf politischen Zwang noch auf soziale Motive zurückzuführen, sondern spielte sich allein auf der Ebene der Sprache ab. „Speaking Bolshevik“ ist Kotkins zentrales Schlagwort und zweite These. Er argumentiert, daß die Menschen die Sprachweisen der Bolschewiki übernahmen und begannen, sich in genau den Rastern zu präsentieren, die die Partei vorgab, ihre Anliegen in den Kategorien vorzutragen, die die Regierung dafür bereitstellte, und ihre Urteile mit den Maßstäben zu fällen, die die Bolschewiki dafür vorsahen. Kotkin beschreibt dieses Verfahren der Aneignung der bolschewistischen Sprache als Selbsttechnik, die Menschen anwandten, um in ihrer Umgebung Erfolg zu haben. Ob sie sich den Umständen aus Angst oder Enthusiasmus anpaßten, ist für ihn irrelevant: Tatsache ist, daß sie das „Identitäts-Spiel“ mitspielten und mit der Übernahme der „Spielregeln“ zum Teil des Ganzen wurden.

Genau an diesem Punkt setzen Igal Halfin und Jochen Hellbeck, zwei weitere prominente Vertreter der „dritten Generation“, mit ihrer Kritik an: Auch sie berufen sich auf Foucault und halten Kotkin vor, daß es für die Bolschewiki nicht nur zentral war, die Sprache, sondern auch die Seele der Menschen zu beherrschen. Sie gehen noch einen Schritt weiter, wenn sie voraussetzen, daß die Sprache das Bewußtsein strukturiert und, sobald ein Mensch das Vokabular und die Grammatik der Bolschewiki übernahm, er sich damit auch ihre Gedankenwelt einverleibte. Der Glaube, es könne zwischen äußerer Sprachwelt und innerer Vorstellungswelt unterschieden werden, sei naiv. Kotkin sei auf halber Stre-

19 Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley 1995.

20 Ebenda, S. 23.

cke stehengeblieben und in ein psychologisches, ahistorisches Verständnis von „Glaube“ und „Unglaube“ zurückgefallen.²¹

Dessen ungeachtet hat Kotkin mit seinem Werk auch für Halfin und Hellbeck ein neues Forschungsobjekt vorgestellt, dessen zentrale Bedeutung für das Verständnis des Stalinismus offensichtlich schien und scheint: das stalinistische Subjekt. Mit der Neuen Kulturgeschichte rückte nicht nur die Sprache als Machtfaktor in den Mittelpunkt des Interesses. Ein zentraler Platz wurde und wird der Frage nach dem subjektiven Erleben dieser Zeit eingeräumt. Im Sinne von Clifford Geertz „dichter Beschreibung“ entdeckten die Sowjetunionforscher die Binnenperspektive.²² Der Versuch, die Sowjetunion der dreißiger Jahre mit den Augen eines Zeitgenossen zu sehen, sollte davor bewahren, untaugliche westliche Maßstäbe an die UdSSR anzulegen, und gleichzeitig begreiflich machen, nach welchen Kriterien – um nicht zu sagen: mit welcher Sprache – damals ein Mensch seine Umwelt wahrnahm und bewertete. Anstatt ständig von außen neue Konzepte an die Sowjetunion heranzutragen, sollte versucht werden, den historischen Subjekten „zuzuhören“ und sich von ihnen zu neuen Erklärungsmodellen inspirieren zu lassen.

Und was da zu „hören“ war, war erstaunlich und sensationell: Als erstes erschien das von Hellbeck herausgegebene „Tagebuch aus Moskau“ des Stepan Filipowitsch Podlubnyj.²³ Podlubnyj war ein ukrainischer Bauernsohn, der anlässlich der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Verbannung seines Vaters als „Kulake“ mit seiner Mutter 1931 nach Moskau floh, um hier in der Druckerei der „Prawda“ ein vorbildlicher Bolschewik und Stoßarbeiter zu werden. Über nahezu ein ganzes Jahrzehnt führte Podlubnyj Tagebuch, und das was zunächst erstaunte, war, daß er hier nicht seine heimliche, private Welt entfaltete, seine „wahren“ innersten Gedanken, die von seinen nach außen vertretenen Meinungen abwichen. Im Gegenteil stellte sich heraus, daß Podlubnyj sein Tagebuch als Werkstatt des eigenen Ichs verstand, als einen Ort, an dem er sich selbst darüber Rechenschaft ablegte, welche Fortschritte oder Rückschläge er auf dem Weg zu dem sich selbst verordneten Ziel zu verzeichnen hatte, das „richtige Bewußtsein“ zu erlangen. Das Tagebuch war kein Refugium vor der feindlichen Welt, sondern der in die eigenen vier Wände prolongierte Kampfplatz, auf dem der Schreiber gegen sein altes Selbst und seine „Fehler“ rang. Das eigene Aufbegehren gegen die stalinistische Feinddefinition, seine Verachtung für die Geheimpolizei oder seine Kritik an der Reaktion der Staatsorgane auf die Ermordung Kirovs erlebte Podlubnyj als inneren Kampf zweier widerstreitender Identitäten: „In mir sind zwei Menschen. Der eine ist ein staatlicher Mensch, der

21 Igal Halfin/Jochen Hellbeck, Rethinking the Stalinist Subject: Stephen Kotkin's „Magnetic Mountain“ and the State of Soviet Historical Studies, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 44 (1996) 3, S. 456–463.

22 Clifford Geertz, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a.M. 1987.

23 Jochen Hellbeck (Hg.), *Tagebuch aus Moskau 1931–1939*, München 1996.

täglich fordert: (...) Die ganze Zeit gibt er mir Anweisungen. Dieser Mensch lebt die meiste Zeit in mir. Der andere, das ist ein Mensch, der in meiner Seele allen Schmutz aufsammelt, den übriggebliebenen Abfall. Und er sucht immer den geeigneten Zeitpunkt, diesen stinkenden Unrat irgend jemandem über den Kopf zu schütten und sich dadurch von der Last des Abfalls zu befreien. Jener Mensch ist seltener in mir, aber es gibt ihn.²⁴ Podlubnyjs Wille, ein Neuer Mensch zu werden und sein „altes Ich“ niederzuringen, ging so weit, daß er selbst die Verbannung seines Vaters für richtig hielt und für diesen „rückständigen“ Menschen nur noch Verachtung empfand.

Wie es dazu kam, daß die Bolschewiki die Kreation des Neuen Menschen zu ihrem vorrangigen Ziel erklärten und auf welche Weise sie versuchten, es durchzusetzen, stellt Halfin in seinem Werk „From Darkness to Light“ (2000) dar.²⁵ Laut der marxistischen Glaubenslehre, so Halfin, waren Geist (Intelligenzija) und Körper (Proletariat) einst getrennt worden; im Kommunismus würden sie sich wiedervereinen. Der Weg dorthin unterlag einer gesetzmäßigen Entwicklung vom Kapitalismus zum Kommunismus: Der Intelligenz war vorherbestimmt, die Arbeiterschaft zum Licht des Bewußtseins zu führen, dadurch selbst überflüssig und zur konterrevolutionären Kraft zu werden. Aus der Bekämpfung und Überwindung der alten Intelligenz würde dann die neue Intelligenz hervorgehen, die alle Eigenschaften des Proletariats (körperliche Arbeit, Instinkt) mit denen der Intelligenz (Bewußtsein, Bildung) in sich vereinen würde. Als die entscheidende Kampf- und Übergangsphase beschreibt Halfin die sonst oft als Zeit der Improvisation und gescheiterten revolutionären Ideale vernachlässigte Phase der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP, 1921–1928), in der die Universitäten zu Baustellen des Neuen Menschen erkoren und damit zum Mittelpunkt der bolschewistischen Politik erhoben worden seien: Die Maßnahmen der Bolschewiki, die Errichtung von Arbeiterfakultäten 1918 zur Vorbereitung der Arbeiter auf ein Studium, das Entsendesystem, mit dem Partei und Gewerkschaft treue Mitglieder an die Hochschulen delegierten, und die Hochschulsäuberungen der Jahre 1922 und 1924 seien darauf gerichtet gewesen, die Universitäten von nicht-proletarischen Elementen zu reinigen und zu Bollwerken des Proletariats zu machen. Dabei ist für Halfin zentral, daß „Proletariat“ keine soziale oder empirische Größe dargestellt habe, sondern allein als Bewußtseinszustand betrachtet werden müsse. Es sei weniger darum gegangen, denjenigen, die nicht aus einem Arbeiterhaushalt stammten, ein Studium zu verwehren, als vielmehr darum, den bolschewistischen Diskurs auch bei jungen Menschen aus bürgerlichem Elternhaus durchzusetzen und ihnen damit zu einer bolschewistischen Identität zu verhelfen. Die bolschewistische Sprache reflektierte nicht die soziale Realität, sondern schuf, indem sie sich der Köpfe der Studierenden bemächtigte, Neue Menschen. Halfins Studie ist faszinierend, weil sie eine scheinbar bekannte

24 Ebenda, S. 165.

25 Igal Halfin, *From Darkness to Light. Class, Consciousness, and Salvation in Revolutionary Russia*, Pittsburgh 2000.

Epoche, die NÖP, in einem ganz anderen Licht erscheinen läßt und erstmals Puzzlestücke und einzelne Fragmente zu einem ungeahnten, zwingend erscheinenden Bild zusammensetzt. Er fügt in die Geschichte der Sowjetunion und des Stalinismus ein neues Element ein, das lange als Bindeglied fehlte. Dennoch ist ihm entgegenzuhalten, daß „Klasse“ nicht nur eine *dicoursive notion* war, sondern durchaus von den Bolschewiki auch als die soziale Realität abbildend verstanden wurde. Dies war für die entsprechend Stigmatisierten in den zwanziger und dreißiger Jahren anlässlich der Säuberungen von Institutionen aller Art immer wieder erfahrbar. Bereits Fjodor Gladkow stellte diesen Sachverhalt in seinem Roman „Zement“ (1925) unmißverständlich dar: Bei der Säuberung wird Sergej Iwagin, Professorensohn und ehemaliger Menschewik, inzwischen aber überzeugter und leidenschaftlicher Bolschewik, trotz seiner inneren Bekehrung aus der Partei ausgeschlossen.²⁶ Nicht zuletzt der Befehl des NKVD mit der Nr. 00447 „Über die Operation zur Repression ehemaliger Kulaken, Krimineller und anderer antisowjetischer Elemente“ vom 30. Juli 1937 zeigt, daß hier nicht nach „Konvertierung“ gefragt, sondern allein aufgrund der persönlichen historischen Vergangenheit geurteilt wurde. Selbst Stepan Podlubnyj, der so vorbildlich an seiner Metamorphose arbeitete, wurde 1936 als „Kulakensohn“ „entlarvt“ und aus dem Komsomol ausgeschlossen.

Der Neue Mensch

Man kann Halfin vorwerfen, daß der Neue Mensch für die Bolschewiki keineswegs ein ahistorischer Bewußtseinszustand war, sondern die Partei im Gegenteil die Geschichte, das „Geworden-Sein“ des jeweiligen Menschen in den Vordergrund stellte und dieser Prozeß sowohl den sozialen Aufstieg als auch die Entfaltung des Bewußtseins in Abhängigkeit voneinander umfaßte. Den Neuen Menschen machte seine Bildungs-Geschichte aus – das zeigte bereits Ostrowskis Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“. Der Held Pawel Kortschagin stammt aus ärmsten Verhältnissen: Er wird von einem Popen aus der Schule geworfen, arbeitet dann als Küchenjunge in einer Wirtschaft und macht, als er auch diese Stellung verliert, erste Erfahrungen als Arbeiter im Eisenbahndepot. Im Bürgerkrieg verhilft er spontan einem von den Weißen gefangenen Kommunisten zur Flucht, wird daraufhin selbst verraten, verhaftet und kann schließlich zu den Partisanen fliehen. Er dient in der Reiterarmee und leistet nach dem Ende des Bürgerkrieges Parteiarbeit und Hilfe beim Wiederaufbau des Landes. Genau dies war der idealisierte, tausendfach in Romanen, Dramen und Filmen, Reden, Zeitungen und Zeitschriften wiederholte Lebenslauf des Neuen Menschen: Er wuchs in Armut, Entrechtung und Demütigung auf, schloß sich dann in Revolution und Bürgerkrieg spontan den Bolschewiki an und wirkte nach Abschluß der Kampfhandlungen nun schon im vollen Bewußtsein eines Kommunisten an der Verbreitung und Realisierung der bolschewistischen Ideen mit. Den weiteren

26 Fjodor Gladkow, *Zement*, Leipzig 1975.

entscheidenden Schritt konnte Ostrowski alias Kortschagin nicht mehr tun: Infolge einer schweren Verletzung während des Bürgerkriegs erblindete er und starb 1936. Alle seine Kampfgefährten und Nachfolger aber wurden nach vollbrachter Partei- und Aufbauarbeit zum Studium an die Hochschulen und Universitäten geschickt, wo nicht nur ihr kommunistisches Bewußtsein den letzten Schliff erhielt, sondern sie v.a. in einer Fachwissenschaft ausgebildet wurden, die wesentlich war, um in den dreißiger Jahren das Land vollends aufzubauen und zum Blühen zu bringen: Der Neue Mensch war Ingenieur.²⁷ Der Ingenieur war zum Neuen Menschen erkoren worden, nicht nur weil dieser Beruf für die Industrialisierung des Landes gebraucht wurde, sondern ganz entscheidend auch deshalb, weil gerade er das Formen, Gestalten und Erneuern der Gesellschaft, Kultur und des einzelnen Menschen wie kein anderer symbolisierte. „Wie der Stahl gehärtet wurde“ beschreibt genau die wesentlichen Stationen, die ein Individuum durchlaufen mußte, um ein Neuer Mensch zu werden: Armut und Ausbeutung im Zarenreich, Aus- und Aufbruch aus der alten Welt im Bürgerkrieg, Engagement im Namen der Sache in den zwanziger Jahren, Abordnung zum Studium durch die Partei. Diesen Stufen folgten dann meist noch weitere: die Bewährung bei der Kollektivierung, d.h. beim blutigen Einsatz gegen widerständige Bauern, die „Feuertaufe“ auf einer Großbaustelle weit ab von der Zivilisation, die erfolgreiche Bekämpfung von infolge von „Schädlingstum“ entstandenen Produktionsrückständen, usw. usf. Der Neue Mensch war Arbeiter, Intelligenz und Bolschewik in einer Person – und er war ständig im Entstehen begriffen. Es gehörte zu seinem Wesen, daß sein Werdungsprozeß nie abgeschlossen war. Die zentrale Gedankenfigur des Werdens und der Überwindung immer neuer Hindernisse hat Katarina Clark bereits 1981 herausgearbeitet – allerdings für die sozialistisch-realistische Literatur.²⁸ Sie konnte zeigen, daß die Literatur der Sowjetunion nach dem Prinzip des Bildungsromans funktionierte: der Protagonist muß Hürde um Hürde überwinden, bis er schließlich seinem anfänglichen Elend entkommen und zu neuem Bewußtsein gelangt ist. Doch diese Matrix galt in der Sowjetunion keineswegs nur in der Belletristik, sondern auch als die Idealform für die Biographie jedes einzelnen Menschen.

Tatsächlich kann gezeigt werden, daß sich sowjetische Menschen der bolschewistischen Sprache bemächtigten bzw. sich die Sprache der Menschen bemächtigten und Menschen wie Podlubnyj ihre eigenen Erfahrungen anhand der zur Verfügung gestellten Interpretationsmuster sortierten, bewerteten oder überhaupt erst schufen. Ingenieure schrieben ihre Geschichte in ihren Memoiren als Bildungsroman, ganz gleich ob sie dies für die Öffentlichkeit oder das Archiv oder sogar erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion taten. Der Diskurs

27 Vergleiche dazu demnächst: Susanne Schattenberg, *Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren*, München 2002.

28 Katarina Clark, *The Soviet Novel. History as Ritual*, Chicago 1981.

„aus ausgebeutetem Arbeiterkind wird vollwertiger Mensch“ hat selbst mit dem Ende der Bolschewiki seine Macht nicht verloren.²⁹

Jenseits der Sprache

Um die Macht der alles umspülenden, in jeden Menschen einsickernden und diesen schließlich füllenden Sprache wird keine künftige etwaige „vierte Kohorte“ von Stalinismusforscher/innen mehr herkommen. Aber etliche Fragen lassen sich stellen, und weitere Probleme bleiben auch mit diesem kulturalistischen Ansatz unbeantwortet. Zunächst läßt sich fragen, wieweit das „stalinistische Subjekt“ durch die große Macht, die den Diskursen zugeschrieben wird, nicht letztlich zum *Objekt* wird, das der bolschewistischen Weltinterpretation genauso hilflos ausgeliefert war wie das Opfer dem Terror bei den „Totalitaristen“. Tatsächlich finden sich ähnliche Vorstellungen von der Wirkung totaler Herrschaft auf das Individuum und seine Gedankenfreiheit bereits bei Hannah Arendt, wenn sie etwa schreibt, daß der „Inhalt [von Propaganda] – jedenfalls für die Mitglieder der Bewegung und die Bevölkerung eines totalitären Landes – nichts mehr mit Meinungen zu tun hat, über die man streiten könnte, sondern zu einem ebenso unangreifbar realen Element ihres täglichen Lebens geworden ist, wie daß zwei mal zwei vier ist.“³⁰

Anders formuliert bleibt die Fragen offen, unter welchen Umständen sich Menschen zum „willigen Träger“ des bolschewistischen Diskurses machen ließen bzw. welche Faktoren dafür verantwortlich waren, wenn sich Individuen der bolschewistischen Weltaneignung verweigerten. Welche Erfahrungen ließen Menschen resistent werden oder an der Richtigkeit der neuen Normen und Werte zweifeln? Welcher Ereignisse bedurfte es, damit ein Individuum aus diesem Wahrnehmungssystem herauskatapultiert wurde und sich plötzlich außerhalb der anerkannten Weltordnung wiederfand? Am Beispiel Podlubnyjs läßt sich bereits einiges illustrieren: Seine Herkunft aus einer als reich eingeschätzten Bauernfamilie und die Verbannung seines Vaters verhinderten zwar keineswegs, daß er sich mit den Zielen der Bolschewiki identifizierte, ließen aber eine (immer tiefer werdende) Kluft zwischen seinen eigenen Wahrnehmungen und den offiziell gültigen Einschätzungen entstehen. Seine Geschichte ließe sich auch als die zunehmende Frustration und schließliche Abwendung von der Partei erzählen, während Hellbeck sie als inneren Kampf *für* die Neue Welt interpretiert. Die Verhaftung der Mutter im Dezember 1937 führte dazu, daß sich Podlubnyjs Gedankenwelt endgültig von der Urteilswelt der Partei abspaltete. D.h. auch Jochen Hellbeck ist entgegenzuhalten, daß jenseits der Sprache Erfahrungen bleiben, die die etablierten Wertmaßstäbe immer wieder in Frage stellen können. Podlubnyj hätte nicht zwingend mit der Verhaftung seiner Mutter die Trennung von der Partei vollziehen müssen: Es gab genügend Fälle, in denen Menschen

29 Siehe Schattenberg, *Stalins Ingenieure*.

30 Arendt, *Elemente und Ursprünge*, S. 573.

weiterhin der Partei vertrauten und sich von ihren Nächsten lossagten. Warum reagiert der eine konform und der nächste abweichend, wenn sie beide dem gleichen Sprachkodex unterliegen? Warum akzeptiert der eine die neue Weltanschauung sofort und der zweite nach einigem Kampf, während sich die dritte auf diese Werte von vornherein nicht einläßt und sich die vierte von dieser Gedankenwelt früher oder später befreit? Es ist beruhigend festzustellen, daß Menschen nicht allein den Diskursen ausgeliefert waren, sondern es tatsächlich stalinistische *Subjekte* gab, die eigene Erfahrungen mitbrachten und je nach Disposition immer wieder machen konnten. Ob es gelingen wird, systematisch zu beantworten, unter welchen Bedingungen Menschen ihr gewohntes Rezeptionsraster ablegen und den Schritt in eine andere Wertewelt vollziehen, bleibt dahingestellt.

PREISPOLITIK IM VERGLEICH: NATIONALSOZIALISMUS, DDR UND BUNDESREPUBLIK

André Steiner

Die im folgenden Beitrag vorgestellten Überlegungen und ersten Thesen zur Preispolitik in drei Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen deutscher Geschichte sind im Kontext des von der Volkswagen Stiftung geförderten und seit Sommer 2000 am ZZF betriebenen Forschungsvorhabens „*Preisbildung und Lebensstandard in Deutschland unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie: Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik in vergleichender Perspektive*“ entstanden. Das Projekt befaßt sich mit den Zusammenhängen zwischen der Bildung und Entwicklung der Verbraucherpreise, dem Lebensstandard und der daraus erwachsenden Legitimität der politischen und wirtschaftlichen Ordnung in der NS-Zeit, der DDR und der Bundesrepublik. Der Lebensstandard einer Gesellschaft ist ein Ausweis der Leistungsfähigkeit ihres Wirtschaftssystems. Die Art der Preisbildung charakterisiert ihrerseits die jeweils gegebene konkrete Wirtschaftsordnung. Diese steht wiederum in enger Beziehung mit der Form politischer Herrschaft. Die Legitimität, die einem wirtschaftlichen und politischen System im Inneren beigemessen wird, hängt nicht allein, aber doch entscheidend von der materiellen Lebenslage der Bevölkerung ab. Für diese bilden die Verbraucherpreise zusammen mit den Einkommen einen konstitutiven Faktor. Jeder Staat strebt nach Legitimität. Daher stellt sich im Zusammenhang mit diesem Projekt die Frage, in welchem Maße, mit welchen Instrumenten und nicht zuletzt mit welchem Erfolg er dafür die Preispolitik nutzt. Der Erfolg mußte sich an der tatsächlichen Entwicklung des Lebensstandards sowie seiner Wahrnehmung durch die Bevölkerung messen lassen. Eine damit verbundene staatliche Regulierung des Konsums und des Lebensstandards hat es in mehr oder weniger ausgeprägter Form immer gegeben. Aber deren Instrumentalisierung, um Legitimität zu erzeugen, hat im 20. Jahrhundert neue Dimensionen erreicht.

Auf der Basis dieser allgemeinen Überlegungen ergeben sich für das Gesamtprojekt drei Aufgaben: *Erstens* sind die Art der Verbraucherpreisbildung und die sie beeinflussenden Faktoren sowie deren Wirkung zu untersuchen. Dabei ist danach zu fragen, mit welchen Intentionen und aus welchen Gründen vom Staat Verbraucherpreise bestimmt und welche Kriterien und Faktoren bei der Preisbildung herangezogen wurden. Ebenso interessiert die Wirkung der staatlich administrierten Preise – auch im Vergleich zu Marktpreisen. Um den tatsächlichen Erfolg einer solchen Politik zu bestimmen, müssen *zweitens* vor allem für die Zeit des Nationalsozialismus und die DDR die vorliegenden amtlichen, aber fragwürdigen Indizes der Lebenshaltungskosten neu geschätzt werden, wobei nicht vollständig monetär vermittelte Verbrauchsanteile sowie Angebotsdefizite und Qualitätsverschlechterungen zu berücksichtigen sind. *Drittens* soll der Effekt

sowohl der realen Entwicklung des Lebensstandards als auch der dahingehend betriebenen Politik auf die Stabilität und Legitimität der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Ordnung bestimmt werden. Neue Erkenntnisse können damit vor allem in bezug auf die präzisere quantitative Rekonstruktion der Lebensstandardentwicklung, die genauere Charakterisierung eines wesentlichen Elements der jeweiligen Wirtschaftsordnungen und dessen Funktionalität im Herrschaftssystem gewonnen werden.

Diesen übergreifenden Fragen wird in drei Teilprojekten zum *Nationalsozialismus* (Bearbeiter: André Steiner), zur *DDR* (Bearbeiterin: Jennifer Schevardo) und zur *Bundesrepublik* (Bearbeiterin: Irmgard Zündorf) nachgegangen, wobei die beiden letzteren als Dissertationsvorhaben betrieben werden. Allerdings mußten die Untersuchungszeiträume eingegrenzt werden. Für das NS-Regime beschränkt sich die Analyse auf die Vorkriegsjahre (1933 bis 1938/39), da sich in Kriegswirtschaften immer einschneidende Veränderungen für den Lebensstandard ergaben. Daher kann dort das kriegswirtschaftlich Notwendige nicht hinreichend genau von den Spezifika des Nationalsozialismus getrennt werden, obwohl die Entfesselung des Krieges unmittelbar sein Werk war. Sowohl aus der DDR-Geschichte als auch aus der der Bundesrepublik werden die fünfziger Jahre herausgegriffen, weil damit die Untersuchungszeiträume in etwa gleich lang gehalten werden können und sich darüber hinaus für sie wesentliche Gemeinsamkeiten in den Rahmenbedingungen und Grundkonstellationen ergeben, die den Vergleich und wechselseitige Bezüge ermöglichen. In allen drei zu analysierenden Zeitabschnitten war ein ausgeprägtes Wachstum der Wirtschaft zu verzeichnen, das eine grundlegende Voraussetzung war, um den Lebensstandard zu verbessern. Ebenso werden aber in allen drei Fällen politische und wirtschaftliche Systeme in der „Ausbaustufe“ betrachtet: Beim NS-Regime und der DDR handelte es sich um Diktaturen, die stabilisiert werden sollten, und in der Bundesrepublik bemühte man sich nach der formalen Etablierung der Demokratie, diese in der Gesellschaft zu verankern und die Diktatur auch mental zu überwinden. Der gleichermaßen diachrone und synchrone Vergleich wirft zusätzliche Fragen, wie die nach der historischen Lernfähigkeit sowie möglichen personellen und institutionellen Kontinuitäten oder die nach den wechselseitigen Einflüssen auf. Das ist schon bei der folgenden Betrachtung der Preispolitik in den drei Untersuchungsabschnitten zu sehen.

Staatliche Preispolitik umfaßt alle Maßnahmen, mit denen Preise beeinflusst werden, um das Preisniveau auf einzelnen Märkten oder aber generell zu bestimmen, Inflation oder Deflation vorzubeugen und damit Geldentwertung bzw. Depression zu verhindern oder aber die Kaufkraft der Einkommen, d.h. das Realeinkommen zu steigern. Der Staat greift ein, weil die Ergebnisse von Marktprozessen wirtschaftspolitisch als unerwünscht betrachtet werden. So können Preisbewegungen mit zu großen Schwankungen im Zeitablauf stabilitäts- oder auch verteilungspolitische Zielvorstellungen gefährden. Daher sollen mit der Preispolitik Marktabläufe stabilisiert, Verbraucherbelastungen begrenzt und/oder

Produzenteneinkommen stabilisiert werden. Dabei stehen dem Staat verschiedene Mittel zur Verfügung: Er kann sich darauf beschränken, die Preise zu überwachen oder zu kontrollieren. In der Konsequenz folgen dann aber staatliche Preisfestsetzungen oder in der extremsten Form ein Preisstopp. Er kann aber auch die Vorschriften des betrieblichen Rechnungswesens festsetzen und damit die Preise beeinflussen. Schließlich können einzelne Preiselemente von ihm dirigiert werden. Als Instrumente zieht er dabei Höchstpreise, Mindestpreise oder Festpreise heran, die neben den gewünschten alle aber auch unerwünschte wirtschaftliche Effekte nach sich ziehen können. Darüber hinaus stehen dem Staat noch die Kartellpolitik und andere wettbewerbspolitische Instrumente zur Verfügung, um die Preise in oligopolistischen Märkten zu flexibilisieren. Der Stellenwert staatlicher Preispolitik entspricht auch dem Charakter des Wirtschaftssystems: in einer konstruierten Ordnung wird die staatliche Preispolitik eine andere Rolle als in einer eher spontan oder evolutionär entstandenen spielen – und zwar im Hinblick darauf, zu welchem Zweck oder auf welches Ziel hin dieses System konstruiert wurde. Gleichwohl hat es eine staatliche Regulierung der Preise in der Geschichte in verschiedener Form immer gegeben. Dabei waren die für den Lebensstandard relevanten Verbraucherpreise in vielfältiger Weise mit allen anderen Preisen in der Gesamtwirtschaft verbunden – sei es über die Preise der Vorprodukte oder über den Druck dieser Preise auf das Lohnniveau. Es bestanden vielfältige Interdependenzen, die von den damaligen Akteuren, aber auch in der retrospektiven Analyse beachtet werden mußten bzw. müssen.

Gerade in den beiden Diktaturen der deutschen Geschichte – dem Nationalsozialismus und der DDR – bildeten die Preise ein direkt instrumentalisiertes Politikfeld, mehr als in den Demokratien von Weimar und Bonn. Trotzdem gab es auch in der Weimarer Republik in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in der Weltwirtschaftskrise Versuche, Preise, z.B. von Brot, zu bestimmen und zu kontrollieren. Die Mieten wurden ohnehin während der gesamten Zeit staatlich geregelt. Ebenso wollte man in Westdeutschland in den fünfziger Jahren und in weit geringerem Maße auch noch in den sechziger Jahren die Verbraucherpreise unmittelbar beeinflussen. In allen angeführten Fällen war man sich der sozialen Wirkung von Preisen und ihrer Funktion sowie der Tatsache bewußt, damit die jeweilige Ordnung legitimieren zu können. Das NS-Regime und die DDR, deren politische Führer mit grundsätzlich verschiedenen Motiven und Zielen ihre Herrschaft errichtet hatten, wiesen dahingehend starke instrumentelle Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede auf. In beiden Wirtschaftsordnungen wurde versucht, die Preisentwicklung staatlich zu kontrollieren bzw. zu bestimmen, um politischen Zielen und Ansprüchen gerecht zu werden. Das NS-Regime wollte damit die Umverteilung der volkswirtschaftlichen Ressourcen zugunsten des primären wirtschaftspolitischen Ziels, der Aufrüstung, unterstützen. In der DDR hatte man dagegen den Anspruch, in einem zur Marktwirtschaft alternativen System die sozialistische Utopie zu verwirklichen, woraus auch der Unterschied resultierte, daß im Nationalsozialismus das Wirtschaftssystem grundsätzlich beibehalten und

in der DDR neu konstruiert wurde. Dem NS-Regime gelang es zwar, u.a. mit seiner Preis- und Lohnpolitik den privaten Verbrauch zugunsten des Staatsverbrauchs zu beschränken. Legitimität konnte es so aber bestenfalls begrenzt stiften, da der Lebensstandard dadurch zeitweilig sank und schließlich bis zum Kriegsbeginn stagnierte. Das gleiche gilt für die DDR, wo die Verbesserung der materiellen Lage selbst eines der wirtschaftspolitischen Ziele war. Auch wenn der Lebensstandard dort von einem niedrigen Niveau nicht unbeträchtlich anstieg, blieb er hinter den Erwartungen sowohl der politischen Führung als auch der Bevölkerung zurück. Dagegen setzte man in der Bundesrepublik zur Verbesserung der materiellen Lage eher auf das individuelle Leistungsstreben. Hier mag auch der Grund dafür liegen, weshalb die bundesdeutsche Demokratie bei der Entwicklung des Lebensstandards letztlich erfolgreicher als die beiden Diktaturen war. Der Vergleich mit der Weimarer Zeit macht aber – ohne hier auf die tieferen Ursachen eingehen zu können – wiederum deutlich, daß diese erfolgreiche Entwicklung nicht nur Folge der Re-Etablierung einer Marktwirtschaft nach 1948 war, sondern weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Ausgestaltung der einzelnen Elemente dieser Marktwirtschaft ebenso eine entscheidende Rolle spielen. Gleichwohl wollte man sich auch in der Bundesrepublik nicht ganz auf das wohlstandsmehrende Tun des einzelnen verlassen. Es scheint so, als wenn hier mit der staatlichen Preisadministration der fünfziger Jahre an mentale Prädispositionen aus der NS-Zeit angeknüpft wurde, weil man zunächst den Marktkräften mißtraute und die Verbraucher vor ihnen schützen wollte.

Im folgenden soll dieser Fall etwas detaillierter beleuchtet werden. In der Marktwirtschaft der fünfziger Jahre administrierte der bundesrepublikanische Staat die Preise zum einen direkt als Anbieter oder Nachfrager. Darüber hinaus fixierte er die Preise für Güter und Leistungen privater Anbieter kraft seiner hoheitlichen Befugnisse. Nicht zuletzt beeinflusste er Verbraucherpreise indirekt, indem er die Preise in vorgelagerten Erzeugungs- oder Distributionsstufen festlegte. Außerdem wurden die Preise einer Reihe von Gütern nicht unerheblich durch Verbrauchssteuern bestimmt. Mit dem Leitsatzgesetz von 1948 war zwar nach der Währungsreform der Grundsatz festgeschrieben worden, wonach der Freigabe der Preise vor der behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben sei. Entsprechendes galt auch für die Bewirtschaftung. Allerdings sollten im Interesse der privaten Verbraucher und der Sicherung der Produktion die Preise für die Hauptnahrungsmittel und diejenigen für die Produktion unerläßlicher Rohstoffe weiter behördlich festgelegt werden. Das betraf in unserem Zusammenhang die Preise für Getreide und Getreideerzeugnisse, Milch und Milcherzeugnisse, Kartoffeln, Fleisch und Fett sowie von Kohle und Elektrizität. Weiterhin wurde der Wohnungsmarkt während der gesamten fünfziger Jahre direkt staatlich bewirtschaftet. Die Befugnisse zur staatlichen Preisfestsetzung lagen beim Bundeswirtschaftsminister bzw. den Behörden der Bundesländer. Dafür etablierte man Preisbildungsstellen. Neben dem Bundeswirtschaftsministerium, das die Grundlinien der Preispolitik bestimmte, beeinflussten die Bundesministerien für Finan-

zen, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Verkehr sowie Bau, aber auch die Behörden der Landesregierungen sowie zum Teil die Kommunen die Verbraucherpreise in den verschiedenen Güter- und Leistungsgruppen. Außerdem versuchten Verbände und Gewerkschaften im Interesse ihrer Klientel Einfluß auf die staatlichen Preisentscheidungen zu gewinnen.

Den Preisen für Nahrungsmittel kam nach den entbehrungsreichen Nachkriegsjahren eine besondere Rolle zu. Schon auf Grund des hohen Anteils der Ernährungskosten am Verbrauch der Arbeitnehmerhaushalte hatten die staatlich administrierten Preise dieses Bereiches das höchste Gewicht für die Entwicklung des Lebensstandards. Nachdem im Frühjahr 1951 die letzten direkten Bewirtschaftungsmaßnahmen für die Verbraucher im Ernährungsbereich aufgehoben worden waren, wurden zwar die Preisbindungen für eine Reihe von Produkten beibehalten, aber für die Masse der landwirtschaftlichen Erzeugnisse galten Höchstpreise. Angesichts von noch auftretenden temporären und punktuellen Versorgungsmängeln führte dies auch weiterhin zu schwarzen Märkten mit höheren Preisen, denen aber wohl nur noch begrenzte Bedeutung zukam. Die Bundesrepublik war auf den Import angewiesen, um die Ernährung der Bevölkerung gewährleisten zu können. Da Anfang der fünfziger Jahre die Weltmarktpreise für die wichtigsten Agrargüter deutlich über den Inlandspreisen lagen, subventionierte der Staat über eine Importausgleichsstelle im Interesse der preiswerten Grundversorgung – selbst in der Preis-Hausse der Korea-Krise – die Einfuhr. Damit konnte der Anstieg der Ernährungskosten bei weitgehender Versorgungssicherheit zumindest beschränkt werden. Die staatliche Preisadministration kam daher bis 1951 dem Lebensstandard der Arbeitnehmer positiv zugute. Die wirtschaftspolitischen Ziele und erreichten Effekte stimmten in dieser Phase überein. Gleichwohl waren Verschwendung der subventionierten Güter und Mißbrauch der Subventionen nicht zu übersehen. Seit 1952 sanken aber die Weltmarktpreise und lagen unter den fixierten Preisen, die die Einkommen der Agrarproduzenten sichern sollten. Deshalb ging man mit der Beibehaltung von Marktordnungen damals faktisch vom Verbraucher- zum Bauernschutz über. Damit wurde an Kontinuitäten aus dem Kaiserreich ebenso wie aus der Zeit des Nationalsozialismus angeknüpft. Eine Politik, mit der zunächst die Verbraucherpreise niedrig gehalten werden sollten, wurde also nach Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus wahltaktischen Gründen nicht modifiziert, sondern jetzt zugunsten der Bauern von den Parteien durchgängig mitgetragen. Zwar schloß man in den Folgejahren im Konflikt zwischen den Erwartungen der Landwirte und denen der Verbraucher auch Kompromisse, und nicht jede Preiserhöhung ließ sich durchsetzen. Aber insgesamt richtete sich die Preis- und Subventionspolitik auf die Einkommenssicherung der Landwirte.

Ein anderes Beispiel lebensstandardbeeinflussender Politik bildete der Wohnungsmarkt. Er litt Anfang der fünfziger Jahre unter einem extremen Fehlbestand und der Kapitalmarkt bot nicht in ausreichendem Maße die Mittel für einen schnellen Ausgleich. Daher schien aus sozialpolitischen Gründen eine Bewirt-

schaftung des Wohnraums ebenso wie die Administration der Preise angezeigt. Darüber hinaus sollte die Regulierung der Mieten auch Lohnsteigerungen vorbeugen. Mit dem Wohnungsbaugesetz von 1950 wurde der Wohnungsmarkt in vier Segmente unterteilt, die sich auch nach dem Mietniveau unterschieden und deren Mieten stufenweise bis 1963 freigegeben wurden. Im Rahmen des Liberalisierungsprozesses hatte man dem Zielkonflikt Rechnung zu tragen, der sich aus der Aufgabe ergab, mit knappen Ressourcen ausreichend viele Wohnungen zu bauen, sowie gleichzeitig die Mieten aus sozialen Gründen niedrig zu halten. Im hier betrachteten Untersuchungszeitraum hat die staatliche Mietenadministration angesichts eines erheblichen Marktungleichgewichtes den Preis für das Wohnen im Durchschnitt zwar auf einem relativ niedrigen Niveau gehalten. Das Angebotsdefizit konnte zwar gemildert, aber nicht beseitigt werden. Daher war der Effekt auf den Lebensstandard zwiespältig. Über die angeführten Beispiele hinaus beeinflusste der Staat Verbraucherpreise durch Verbrauchssteuern und die Tarife im öffentlichen Personenverkehr, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden kann.

Die Intentionen für die Regulierung der Verbraucherpreise in der Bundesrepublik lagen kaum auf der ökonomischen Seite. Abgesehen von den Preiselementen, die vom Staat unter fiskalischen Gesichtspunkten erhoben wurden, wie die Verbrauchssteuern auf den Individualverkehr und die Genußmittel sowie die Umsatzsteuer, dominierten eher sozialpolitische Motive. Einerseits sollte Gering- und Normalverdienern ermöglicht werden, ihren Grundbedarf – beim Wohnen und zunächst auch bei der Ernährung – preiswert befriedigen zu können. Andererseits wollte man bestimmten, vom Strukturwandel betroffenen Produzentengruppen die Einkommen sichern. Jedoch blieb es fraglich, ob sich die erhofften sozialen Effekte immer einstellten. Die Grenzen solcher sozialen Kalküle bei den staatlichen Akteuren zeigten sich dort, wo der Staat selbst als Anbieter – wie im öffentlichen Personenverkehr – auftrat. Wie das höhere Wachstum der geforderten Tarife im Vergleich zu den gesamten Lebenshaltungskosten demonstriert, stand dabei die Kostendeckung im Vordergrund. Möglicherweise wäre also eine stärkere Hinwendung zur Marktpreisbildung zumindest in manchen Bereichen zum Vorteil des Verbrauchers gewesen. Gerade Erhard war davon überzeugt, daß die konsequente Umsetzung der Marktwirtschaft eine allgemeine Lebensstandardsteigerung – „Wohlstand für alle“ – garantieren würde, wobei auch er interventionistische Maßnahmen des Staates anfangs und begrenzt nicht ausschloß. Adenauer dagegen war eher bereit, mit staatlichen Eingriffen sozialen Belangen der Bevölkerung zu Lasten der reinen Lehre von der Marktwirtschaft Rechnung zu tragen. Damit verfolgte er oft wahltaktische Motive. Einig waren sich beide darin, daß auf diese Weise Klassenkampf und gesellschaftliche Destabilisierung gebannt, die Demokratisierung Deutschlands gesichert sowie die Bevölkerung gegen den Kommunismus immunisiert werden sollte. Auch aus diesem Grund hatten die staatlich administrierten Preise wenigstens bis Mitte der fünfziger Jahre dazu zu dienen – so das Bundeswirtschaftsministerium –, „die

Preisstabilität unter allen Umständen abzusichern“. Die Vorstellung, mit einzelnen administrierten Preisen die Inflation beeinflussen zu können, deutet darauf hin, daß es zumindest einige Kontinuitäten im wirtschaftspolitischen Denken gab. Im Zusammenhang mit der Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit nahmen seit Mitte der fünfziger Jahre die ordnungspolitischen Einwände gegen die staatlichen Preisbindungen im Bundeswirtschaftsministerium zu, ohne daß bis Ende des Jahrzehnts an deren völlige Aufgabe gedacht worden wäre. Da sich das Publikum immer wieder über temporäre Preissteigerungen empörte, wollte man dieses Instrument nicht aus der Hand geben, um öffentlichkeitswirksam Aktivismus demonstrieren zu können.

Vorliegende Untersuchungen belegen, daß die vorwiegend vom Staat festgelegten Preise für Verkehrsleistungen und Nachrichtenübermittlung in Wahljahren deutlich geringer als in den Nachwahljahren stiegen. Dagegen nahmen die Preise für die Gütergruppe Ernährung insgesamt im Wahljahr stärker als im Nachwahljahr zu. Damit sollten im Interesse der Wahlchancen die Einkommen der Landwirte, die damals noch ein großes Wählerpotential darstellten, gesteigert werden. Durch solche in verschiedene Richtungen zielende Einflüsse bildete sich für die administrierten Preise insgesamt aber kein eindeutiger politischer Zyklus heraus. Tatsächlich war der Stellenwert staatlicher Preispolitik für die Legitimität der wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik offenbar zunächst nicht zu vernachlässigen. Dies läßt sich aufgrund von Meinungsumfragen vermuten. Darin rangierten Preissenkungen bzw. -stabilität bei der Frage nach den dringendsten Regierungsaufgaben in den fünfziger Jahren – mit Schwankungen – meist auf mittleren und vorderen Plätzen. Angesichts der Erfahrungen der Zwischenkriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit mit Inflationen konnten diese Ergebnisse kaum überraschen. Die Inflationsängste der Deutschen mußten von frei gewählten Politikern berücksichtigt werden. In den beginnenden fünfziger Jahren nutzten sie die Preisadministration durchaus auch mit diesbezüglicher legitimatorischer Absicht. Als aber in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die Inflation zunahm, setzte man aus ordnungspolitischen Gründen auf geld- und währungspolitische Instrumente. Die administrative Beeinflussung der Verbraucherpreisentwicklung betrachtete man denn auch als ein temporäres, bis zum Erreichen bestimmter Ziele notwendiges Instrument.

Jedoch auch die nationalsozialistischen Machthaber mußten mit den Inflationsängsten der Deutschen im Interesse ihrer noch zu festigenden Herrschaft rechnen. Die bisherige Literatur nimmt gewöhnlich an, daß die Reallöhne seit 1933 langsam anstiegen. Nach ersten Recherchen spricht aber vieles dafür, daß in der ersten Periode der NS-Herrschaft bis 1936 die (Nominal-)Löhne nur wenig anstiegen, hingegen sich die Verbraucherpreise schneller entwickelten. In der Zeit nach 1936 wuchsen die Löhne stärker als die Lebenshaltungskosten. Das heißt, daß der Reallohn für die Beschäftigten nach der Weltwirtschaftskrise bis etwa 1936 tendenziell sank, um dann bis 1938/39 anzusteigen und maximal das Niveau vom Krisenende wieder zu erreichen.

Die Preise für Nahrungsmittel spielten auch im Nationalsozialismus von Anfang an eine Sonderrolle, da den Bauern in der herrschenden Ideologie und für die Herstellung wirtschaftlicher Autarkie besondere Bedeutung beigemessen wurde. Um deren Einkommen zu sichern, wurden in der Marktordnung des Reichsnährstandes mit hohem bürokratischen Aufwand für die Erzeuger „Festpreise“ mit vielfältigen Differenzierungsformen dekretiert, die das Preisniveau deutlich anhoben. Bisher wurde davon ausgegangen, daß das in gewissem Maße zu einem administrativ gelenkten und überwachten Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln führte, weil die Anhebung der Erzeugerpreise durch die Kürzung der Handelsspannen nicht vollständig aufzufangen war. Da die Preise für Nahrungsmittel aber in mehreren Wellen 1933 bis 1935 deutlich anstiegen, spielten wohl die Angebots- und Nachfrageverhältnisse für die tatsächlichen Verbraucherpreise zumindest bis 1936 eine größere Rolle als bisher meist angenommen. Das Angebot an Nahrungsmitteln hatte sich quantitativ und qualitativ infolge von Importkürzungen entsprechend den Autarkiebestrebungen der Nationalsozialisten, von Mißernten 1934/35 und nicht zuletzt wegen der zum Teil durch das „Festpreis“-System falsch gesetzten Anreize für die Erzeuger verringert, woraus zu einem guten Teil der Preisauftrieb folgte. Aus diesen Verhältnissen resultierten Qualitätsverschlechterungen sowie graue und schwarze Märkte mit deutlich höheren Preisen. Auf die Preissteigerungen bei den Nahrungsmitteln reagierten verschiedenste Instanzen (Reichsarbeitsminister, Treuhänder der Arbeit). Sie versuchten sie auf vielfältige Art und Weise zu begrenzen, weil sie den daraus folgenden Druck auf Lohnsteigerungen fürchteten. Allerdings waren diese Bestrebungen infolge der starken Stellung des Reichsnährstandes und der dahinter stehenden Lobby nicht besonders erfolgreich. Hier zeigt sich ein weiteres Mal die Widersprüchlichkeit der politischen Ziele im Nationalsozialismus.

Auch für gewerbliche Verbrauchsgüter versuchte das Regime von Anfang an, Preiserhöhungen mit gesetzlichen Maßnahmen zu verhindern, was der Reichskommissar für die Preisüberwachung kontrollieren sollte. In diesem Bereich spielte allerdings die zunehmende Rohstofflenkung und die damit verbundene Verknappung der Ressourcen für den Konsumgüterbereich und hier wiederum insbesondere für Textilien die entscheidende Rolle für die Entwicklung der Preise. Dabei war die Verbraucherpreisentwicklung für gewerbliche Konsumgüter am schwersten zu kontrollieren, da Produzenten und Händler immer neue, nur leicht modifizierte Produkte zu jeweils anderen Preisen anbieten konnten. Darüber hinaus sollten gerade für Bekleidung anstelle zu importierender Rohstoffe im Inland produzierte Ersatzstoffe eingesetzt werden, die teurer waren sowie die Lebensdauer und Qualität der Textilien verminderten. Allein die durch Qualitätsverschlechterungen verursachten mittelbaren Preissteigerungen beliefen sich zwischen 1933 und 1938 auf mindestens 30 %. Nicht zuletzt konnten die Verbraucher auch Textilien auf grauen oder schwarzen Märkten zu deutlich höheren Preisen erwerben.

Im November 1936 erließ der neu eingeführte Reichskommissar für die Preisbildung einen generellen Preisstopp bei gleichzeitigem Vorbehalt erlaubter Preissteigerungen. Um diese Vorgaben realisieren zu können, schuf man einen wachsenden bürokratischen Apparat und eine Vielzahl instrumenteller Regelungen für alle Preise einschließlich der Verbraucherpreise, die meist auf Höchst- und Festpreise hinausliefen. Bei den Nahrungsmitteln konnte der Preiszuwachs offenbar eingedämmt werden. Denn das Verbot von Preiserhöhungen wurde im Bereich der Nahrungs- und Genußmittel wegen der politischen Brisanz strenger kontrolliert. Weit weniger gelang dies bei der Kleidung, da der verordnete Preisstillstand mit der schon erläuterten Methode einfacher umgangen werden konnte. Bei den Mieten dominierte bis 1936 die Politik, wieder Marktpreise zuzulassen. Jedoch war es gerade die im Zuge der Staatskonjunktur erreichte Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die steigende Zahl von Eheschließungen, die die Lage auf dem Wohnungsmarkt zunehmend verschärfte, weil damit die Nachfrage anstieg. Jedoch konzentrierte sie sich wegen der beschränkten Einkommen auf billigen Wohnraum. Damit nahmen die Mieten gerade in diesem Marktsegment deutlich, wenn auch uneinheitlich zu. Die Versuche seitens des Reichskommissars für die Preisüberwachung und des Reichsarbeitsministeriums, die Mieten zu kontrollieren, blieben praktisch wirkungslos. Mit dem allgemeinen Preisstopp 1936 verhängte man ebenfalls einen Mietenstopp, der die Mieten weitgehend konservierte, wenn auch das darüber hinaus angestrebte Ziel einer Mietsenkung nicht erreicht werden konnte. Damit wurden die Mieten ab 1936 von der allgemeinen Preisentwicklung abgekoppelt. Allerdings galt dies nicht für Neuvermietungen, wo die Preise weiter stiegen.

Zusammengefaßt waren es – die Mieten ausgenommen – weniger die zunehmende Beschäftigung und die steigenden Einkommen, die den Druck auf die Preise Ende 1934 und 1935 erhöhten, als vielmehr die vor allem infolge der Lenkungsmaßnahmen zunehmenden Knappheiten der Verbrauchsgüter und die steigenden Preise der Ausgangsrohstoffe. Noch stärkere Erhöhungen der Verbraucherpreise wurden wohl weniger durch das Eingreifen staatlicher Instanzen verhindert, sondern eher, weil sie bei den Verbrauchern infolge niedriger Einkommen nicht durchsetzbar waren. Die Ablehnung freier Marktpreise und die Forderungen nach staatlicher Festsetzung „gerechter Preise“ durch den Nationalsozialismus blieb, was den Verbrauch betraf, zunächst eher Demagogie. In diesen Kernbereich einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung sollte erst und nur soweit eingegriffen werden, wie das primäre Ziel – die „Wehrhaftmachung“ Deutschlands – gefährdet schien. Als dies ab 1936 der Fall war, wurde die deutlich einflußreichere Institution des Reichskommissars für die Preisbildung geschaffen. Auch die Versuche, über Preiskontrollen Lohnsteigerungen zu begrenzen, waren wohl nicht nur zum Scheitern verurteilt, weil der Staat mit Hilfe der Geldschöpfung bei den öffentlichen Rüstungsaufträgen jeden Preis bezahlte, sondern auch weil sich der Reichskommissar als Behörde schon wegen der vorhandenen Kapazitäten außerstande sah, die gesamten Verbraucherpreise zu kon-

trollieren. Außerdem waren die lenkenden Instanzen unsicher, wo sie ansetzen mußten, um diese Entwicklungen zu begrenzen. Als Kriterien der staatlichen Preisadministration konnten nur Kostenkalkulationen herangezogen werden, was – ähnlich wie später in der DDR – zumindest partiell zur Inkonsistenz des Preissystems führen und weitere staatliche Interventionen hervorrufen mußte. Jedoch betrieb man die Preispolitik noch mit Instrumenten, die auf Marktpreisen basierten, aber durch einzelne Festlegungen (Mindest-, Fest- oder Höchstpreise) bereits modifiziert wurden. Der 1936 erlassene Preisstopp basierte prinzipiell noch auf einem marktorientierten Preissystem, was dem Charakter der NS-Wirtschaft als einer gelenkten Wirtschaft entsprach.

Dagegen wurde in der DDR das Wirtschaftssystem grundlegend transformiert. Dabei war die rasche Verbesserung des Lebensstandards in Ost- ebenso wie in Westdeutschland nach 1945 erforderlich, um das Land politisch und sozial zu stabilisieren. Darüber hinaus hatte der seit Ende der vierziger Jahre geführte Kalte Krieg die Konsequenz, daß die Bevölkerung im geteilten Deutschland die Entwicklung ihrer materiellen Lage als wichtigen Maßstab für den Erfolg und die Legitimität des eigenen Systems ansah. Außerdem begründeten die Kommunisten ihren Machtanspruch ebenso wie die Etablierung eines sozialistischen Wirtschaftssystems in Ostdeutschland damit, daß sie sozialistische Ideale verwirklichen wollten, die zu dieser Zeit aufgrund der wirtschaftlichen Katastrophen der Zwischenkriegszeit und deren Folgen zusätzliche Attraktivität gewonnen hatten. Diese Visionen – Vollbeschäftigung, Krisenfreiheit und Bedürfnisbefriedigung für alle – bildeten wesentliche Ziele des bewußt als Gegenmodell zur Marktwirtschaft verstandenen Systems, das sich auch deshalb am Westen messen lassen mußte. Angesichts dieser Bedingungen war die Entwicklung des Lebensstandards in der DDR – ähnlich wie im Nationalsozialismus – ein Politikum und wurde ebenso wie die Wirtschaft insgesamt in hohem Maße durch politische Prärogative bestimmt. Die staatlich festgesetzten Löhne und Preise sollten mit dem administrierten Güterangebot korrespondieren. Bei Verteilungsentscheidungen stand der Konsum immer in Konkurrenz zu den Investitionen, wobei die Zentrale dazu neigte, letztere auf Kosten der Konsumtion auszudehnen. Da aber die SED-Spitze den Anspruch vertrat, eine gerechtere Gesellschaft mit sozialer Sicherheit für alle zu schaffen, mußte sie ein bestimmtes Mindestniveau des Lebensstandards gewährleisten. Darüber hinaus beeinflusste in Ostdeutschland der direkte Vergleich mit den Verhältnissen im Westen entscheidend, wieviel Mittel durch die SED-Führung für den Konsum zur Verfügung gestellt wurden und wie die Bevölkerung ihre eigene materielle Lage beurteilte.

Die Grundlinien der Preispolitik bestanden darin, daß es seit der Bildung der Handelskette „HO“ 1948 ein doppeltes, staatlich legitimes Verbraucherpreinsniveau gab. Zum einen waren alle lebenswichtigen Güter noch rationiert und die Preise für die auf Karten erhältlichen Waren niedrig. Zum anderen mußten die Verbraucher in den HO-Läden für die dort angebotenen Waren ein Vielfaches bezahlen. Die HO-Preise orientierten sich – so die in der Literatur vertretene,

aber an Hand der archivalischen Überlieferung bisher nicht verifizierte These – an denen auf dem Schwarzmarkt, die sie knapp unterschritten. Entscheidend war dabei, daß damit der nach der Währungsreform noch bestehende Geldüberhang beseitigt und die Konsolidierung des Staatshaushaltes vorangetrieben werden sollte. Faktisch erhob der Staat mit diesen Preisen eine sehr hohe Akzise. Dieses doppelte Preissystem veränderte sich in den folgenden Jahren in zweifacher Weise. Erstens wurden schrittweise immer mehr Waren aus der Rationierung entlassen und somit der Umfang der Nachfrage eingeschränkt, die zu „historischen“ Preisen befriedigt werden konnte. Zweitens wurden bei den nicht mehr rationierten Waren die „freien“ Preise zwar gesenkt, aber in der Regel lagen sie deutlich über den vorherigen Kartenpreisen. Dadurch erhöhten sich vor allem für Geringverdiener die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten. Die „freien“ Preise sollten in dem Maße gesenkt werden, wie das Warenangebot verbessert werden konnte. Die staatlich dekretierten Herabsetzungen der Verbraucherpreise konzentrierten sich auf die Jahre bis 1954. Danach sanken die Preise erheblich langsamer. Preissenkungen erachtete man aber als das wichtigste Instrument, um den Lebensstandard zu steigern. Erst mit der Aufhebung der Rationierung 1958 wurde das Preissystem für die Verbraucher vereinheitlicht. Die damit verbundenen Preissteigerungen fing man durch Einkommenszulagen auf. Es bildete sich die später für die DDR als typisch erachtete Struktur der Verbraucherpreise heraus, die tendenziell für den starren Bedarf ein in Relation zu den Kosten niedriges und für den elastischen ein überhöhtes Niveau aufwies.

Als problematisch erwies es sich, daß in der ersten Hälfte des Jahrzehnts sowohl in der staatlichen Wirtschaftsverwaltung als auch in den Betrieben Preisfragen als nachrangig bewertet wurden. Aus wirtschaftspraktischen Gründen mußte ihre Bedeutung aber immer stärker anerkannt werden. Daher wurden 1953 „Grundsätze der Preispolitik“ beschlossen, mit denen erst von einer konzisen Preispolitik gesprochen werden konnte. Danach sollten für alle Waren – mit Bezug auf und in Verkennung der Marx'schen Theorie – einheitliche Festpreise auf der Basis der gesellschaftlich notwendigen Kosten und eines angemessenen Gewinns gebildet werden. Auf diesen als Betriebspreise fungierenden Festpreisen hatten die Verbraucherpreise zu basieren, mit denen aber andererseits die Übereinstimmung von Nachfrage und Warenangebot gesichert werden sollte. Da die Festpreisbildung entsprechend den Herstellungsstufen schrittweise erfolgte, waren die Betriebspreise der Konsumgüterindustrie lange Zeit nicht unmittelbar betroffen. Außerdem entzogen sich diese Preise offenbar der zentralen Kontrolle, was belegt, daß der umfassende Lenkungsanspruch auch bei den Preisen nur unzureichend umgesetzt werden konnte. Offen ist, wie sich diese „eigenmächtige“ Betriebspreisbildung auf die Verbraucherpreise auswirkte. Die große politische Bedeutung, die die SED-Führung den Verbraucherpreisen beimaß, stand also in keinem Verhältnis zu ihren begrenzten Möglichkeiten, deren Entwicklung im Zusammenhang mit den zugrundeliegenden Betriebspreisen tatsächlich zu kontrollieren. Betriebs- und Verbraucherpreise dienten verschiedenen Zwecken

und basierten daher auf unterschiedlichen Kriterien, wobei erstere stärker ökonomischen Notwendigkeiten und zweite eher sozialpolitischen Zielen zu folgen hatten. Die wirtschaftlich erforderliche Verbindung zwischen beiden entstand durch staatliche Abgaben und Subventionen, die zunächst mehr als „technischer“ Ausgleichsfaktor zwischen wirtschaftlichen und politischen Interessen betrachtet wurden. Im Verlauf der fünfziger Jahre wuchs aber die Einsicht in die Funktionen und Effekte der Abgaben und Subventionen sowie in die sich daraus ergebenden Handlungsbeschränkungen.

Bei den einzelnen Entscheidungen über die Verbraucherpreise erwies sich, welche Güter zum für breite Schichten als lebensnotwendig eingestuften Sortiment gehören sollten und damit möglichst billig zu halten waren. Darüber hinaus wurde wohl auch die Einkommensentwicklung der Beschäftigten bei der Preisbildung in Rechnung gestellt. Sie sollten mit ihrem Einkommen ihren Bedarf decken können, wobei sich die politisch Verantwortlichen am Bedarf einer Arbeiterfamilie in der Weimarer Zeit orientierten, in der sie selbst mehrheitlich sozialisiert worden waren. Da die Verbrauchsgüter des starren Bedarfs tendenziell weniger der Produkterneuerung unterlagen und der für gleiche Waren einmal gebildete „freie“ Verbraucherpreis als sakrosankt galt, waren die Preise für diese sozialpolitisch besonders wichtigen Güter in der Regel festgeschrieben. Insbesondere Nahrungsmittel hatten einen hohen Stellenwert für die Sicherung der Grundversorgung und wurden entsprechend subventioniert. Da die SED-Spitze – auf die Tradition der Arbeiterbewegung im Kampf gegen Obdachlosigkeit und Mietwucher zurückgreifend – ebenso Wohnungen zum unabdingbaren Grundbedarf rechnete, wurden die Mieten auf dem Niveau von 1944 eingefroren. Niedrige Verkehrstarife sollten den Berufsverkehr sowie die staatlicherseits geforderte Arbeitskräftemobilität, also vor allem ökonomische Erfordernisse, sichern. Bekleidung und andere industrielle Konsumgüter unterlagen einem schnelleren Produktwechsel, weshalb dort die Preise öfter neu bestimmt wurden, wobei die Produktionskosten herangezogen wurden. Gleichzeitig stellte man sich aber nach und nach der Einsicht, daß die sich gegenüber den Betriebspreisen ergebenden Subventionen bzw. Abgaben per Saldo den Staatshaushalt nicht übermäßig belasten durften. Daher mußten die im Bereich der industriellen Konsumgüter festgelegten Verbraucherpreise zwangsläufig mit hohen Abgaben belastet werden. So ergaben sich aus den einmal festgesetzten Verbraucherpreisen die erforderlichen Subventionen oder Akzisen. Die damit verzerrte Preisstruktur führte einerseits zu Verschwendung und andererseits zu Frustrationen über nicht zu erhaltende oder zu teure Konsumgüter. Auch das war eine der Ursachen für den im Osten niedrigeren Lebensstandard als im Westen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß das NS-Regime die angestrebte Kontrolle der Entwicklung der Verbraucherpreise nicht vollständig umsetzen konnte. Vor allem Angebotsverknappungen und später die Lohndynamik ließen die Preise ansteigen. Die staatlichen Versuche, das Preisniveau zu stabilisieren, scheiterten an den der NS-Wirtschaftspolitik inhärenten Widersprüchen. Ihr primäres

Ziel – die Aufrüstung – erforderte die entsprechende Ressourcenverteilung und wurde mittels Geldschöpfung finanziert, was beides das Preisniveau nach oben drückte. Die Verbraucherpreise waren offenbar weit stärker Marktpreise als bisher angenommen. Entsprechend seinen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Zielen gelang es dem NS-Regime aber, den privaten Verbrauch zugunsten des Staatsverbrauchs und der Unternehmensgewinne zu beschränken und die Aufrüstung auch von den Arbeitnehmern bezahlen zu lassen. In der DDR sollte die gesamte Preisbildung durch den Staat zentral gelenkt werden. Zwar verstand die SED-Spitze die Verbraucherpreise als Politikum ersten Ranges und senkte daher anfangs die Preise systematisch, um sie dann eher zu stabilisieren. Aber in wesentlichen Verbrauchsbereichen, wie bei der Bekleidung, entzog sich die Preisbildung faktisch ihrer Kontrolle. Man kann diese Reaktionen als Zeichen nicht zu unterdrückender Marktbeziehungen interpretieren, aber dennoch handelte es sich nicht um Marktpreise. Vielmehr wurde die in sich nicht konsistente zentrale Preispolitik weiter verzerrt. Die eher unter sozialpolitischen Aspekten festgelegten Verbraucherpreise erforderten vor dem Hintergrund der eher ökonomisch bestimmten Betriebspreise ein kompliziertes Geflecht von Subventionen und Abgaben, welches vielfältige Ineffizienzen hervorrief. Letztlich erforderte die Subventionierung wachsende Mittel, wirkte sozial ungleichgewichtig und verhinderte Strukturwandel hin zur Produktion moderner Konsumgüter, warf also letztlich neue soziale Probleme auf. In der frühen Bundesrepublik sollte dagegen die Preisbildung grundsätzlich dezentral und autonom durch die Wirtschaftssubjekte erfolgen. Dennoch administrierte der Staat auch hier nicht unbeträchtlich und mit wechselnden Begründungen die Preise. Oft standen hinter der Preispolitik wahltaktische Motive. Teils war sie unmittelbar auf den Nutzen der Konsumenten, teils auch auf den der Produzenten gerichtet. In jedem Fall zeigte sich hier wohl zunächst eine Kontinuität im wirtschaftspolitischen Denken, indem man der „unsichtbaren Hand“ des Marktes gerade in diesem sensiblen Bereich nicht vertraute. Neben diesen Intentionen bei der staatlichen Preispolitik in der Bundesrepublik spielten auch stabilitätspolitische Kalküle eine Rolle. Allerdings verzögerte auch diese Form der Preispolitik den Strukturwandel.

Staatliche Preispolitik produziert gegenüber den im allgemeinen Gleichgewichtsmodell erzielbaren Ergebnissen wohl immer Wohlfahrtsverluste. Da aber die Bedingungen dieses Modells in der Realität nicht verwirklicht sind und deren strikte Realisation auch jeglicher Gesellschaftspolitik fremd ist, besteht das entscheidende Problem darin, daß die mit der staatlichen Preispolitik unter sozialen Aspekten faktisch intendierten Umverteilungen möglichst wenig die wirtschaftlichen Anreize verfälschen bzw. untergraben und damit schließlich das System insgesamt in Frage stellen. Es zeigt sich, daß – wie in der Theorie der Wirtschaftspolitik – Mindestpreise die Anbieter und Höchstpreise die Nachfrager besserstellen. In beiden Fällen mußten negative wirtschaftliche Folgen, wie Verzerrungen in der gesamtwirtschaftlichen Allokation, Überangebote auf der einen Seite und Angebotsverknappungen auf der anderen Seite, Schwarzmärkte

und Verschlechterung der Güterqualität, in Kauf genommen werden. Dabei unterschied sich in den drei Fällen das Ausmaß der Preiseingriffe: von einer eher indirekten Steuerung bis zu einer vollständigen Umgestaltung des Preissystems. Aber auch eine auf totale Erfassung und Kontrolle angelegte staatliche Preispolitik konnte nicht alle autonomen Preisbewegungen ausschalten, was als ein Moment der nicht vollständig zu unterdrückenden Märkte zu verstehen ist. Die Differenzen im Ausmaß der Preiseingriffe erklären sich vor allem aus den damit verfolgten Intentionen. In der sozialen Marktwirtschaft der frühen Bundesrepublik sollte die Preispolitik sowohl deren Funktionsweise als auch ihre Legitimität garantieren. Im Nationalsozialismus hatte die Preispolitik die Indienstnahme der Wirtschaft für außerökonomische Ziele und gleichzeitig einen sozialen Mindestkonsens bei rassistisch-ideologisch motivierten Exklusionen zu sichern. In der DDR sollte die gesamte Wirtschaftsordnung im Hinblick auf politische und soziale Ziele umgestaltet werden, wobei der Preispolitik (konsequenterweise) zunächst tendenziell zu wenig Beachtung geschenkt und sie danach diesen Zielen untergeordnet wurde. Daher war es auch folgerichtig, daß sie schließlich ein wesentliches Element der Destabilisierung und des Niedergangs dieses Wirtschaftssystems darstellte.

**GESCHICHTSKULTUR UND HERRSCHAFTSLEGITIMATION IM
20. JAHRHUNDERT**

**Martin Sabrow/Christoph Classen/Klaus Große Kracht/
Mario Keßler/Susanne Schattenberg/Krijn Thijs/Albrecht Wiesener**

Im folgenden stellt sich der Projektbereich IV des Zentrums für Zeithistorische Forschung vor, der in thematischer Erweiterung an das Vorgängerprojekt „Geschichte als Herrschaftsdiskurs“ (s. *Bulletin Nr. 5*) anknüpft. Er ist in zwei Teilbereiche gegliedert, die sich einmal mit der Legitimationskultur politischer Herrschaft im „Dritten Reich“, der DDR und der Bundesrepublik (Teilbereich A) und zum anderen mit der Rolle von Geschichte im öffentlichen Diskurs in der bipolaren Welt nach 1945 (Teilbereich B) befassen.

TEILBEREICH IV A

Die Kultur des Politischen.

**Wirklichkeitsordnung und Herrschaftslegitimation im
„Dritten Reich“, in der Bundesrepublik und der DDR**

Der Teilbereich A besteht aus drei Projekten, die auf unterschiedlichen Ebenen nach der inneren Bindungskraft miteinander konkurrierender bzw. einander ablösender Herrschaftssysteme im 20. Jahrhundert in Deutschland fragen und ihrer Fähigkeit bzw. Unfähigkeit zur Erzeugung eines Grundkonsenses nachgehen. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt ist die Annahme, daß diktatorisch wie demokratisch verfaßten Gesellschaften ein lebensweltlicher Akzeptanzrahmen jenseits gewußter Überzeugungen und politischer Bekenntnisse eignet, in dem sich legitimatorische Bemächtigungsstrategien erst erfolgreich entfalten konnten bzw. können.

An ausgewählten Beispielen untersuchen die Bearbeiter Formen, Charaktere und Reichweiten politischer und vopolitischer Konsensstiftung auf den Ebenen der Herrschaftsrepräsentation und des alltäglichen Handelns im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik und in der DDR. Im Mittelpunkt des Untersuchungsrahmens stehen dabei die Begriffe Legitimationskultur, Konsens und Konflikt sowie lebensweltliche Normalität. Im Gegensatz zu „Legitimität“ soll der neutralere Begriff der „Legitimationskultur“ stärker die kulturelle und lebensweltliche Dimension politischer Legitimationsordnungen betonen und dadurch gezielte komparatistische Analysen ermöglichen. Damit eröffnet sich ein Zugang zum Verständnis der Funktionsmechanismen von Herrschaft in der Moderne, bei dem stärker die Frage nach den kulturellen Selbstverständlichkeiten und handlungsleitenden Wertorientierungen im Mittelpunkt stehen soll.

Konsens und Konflikt bezeichnen dabei die zentralen Pole der kommunikativen Interaktion und gegenseitigen Bezugnahme von Herrschenden und Beherrschten, die hier insbesondere in ihrer Dimension als öffentliches Handeln thematisiert werden sollen. Dies verlangt einerseits, die in Konflikten zutage tretenden und in der Lebenswelt fundierten Vorstellungen von Normalität zu ergründen. Andererseits muß sich der Blick auch auf die vielfältigen Formen der Konsensbindung und Konsensinszenierung richten, die herrschende Vorstellungen lebensweltlicher Normalität auf sehr unterschiedliche Art und Weise kommunizieren und versinnbildlichen. Die Frage nach einer „Kultur des Politischen“ im Nationalsozialismus, der Bundesrepublik und der DDR thematisiert somit vor allem die jeweilige Kommunikationsabhängigkeit politischer Herrschaft in den drei einander ablösenden bzw. miteinander konkurrierenden Herrschaftssystemen des 20. Jahrhunderts in Deutschland.

IV/A-1

Martin Sabrow:

Herrschaft und Konsens im „Dritten Reich“ und in der DDR

Gegenstand der Untersuchung sind zwei Aspekte der Legitimationskultur beider deutscher Diktaturen des 20. Jahrhunderts, in denen gezielte Inszenierung und tieferliegende kulturelle Orientierungsmuster in unterschiedlicher Weise aufeinander treffen, nämlich die jeweilige Rolle von Konsens und Konsensbildung in beiden Gesellschaften und zum anderen die unterschiedliche Stellung von Zeit und Zeitlichkeit in der jeweiligen Kultur des Politischen.

Beide Diktaturen setzten gegen die von ihnen verfemte Legitimität durch freie Wahlen eine proklamierte, durch Akklamationsrituale und Partizipationsofferten beglaubigte Identität von Volk und Führung, die allerdings in beiden Regimen zu ganz unterschiedlichen Ausprägungsformen fanden. Pointiert läßt sich in bezug auf das „Dritte Reich“ von einer vornehmlich *ästhetischen Inszenierung* sprechen, die eine weitgehend in sich geschlossene Gegenwelt erzeugte und bevorzugt mit sinnlichen Symbolen operierte. Im umgekehrten Fall der sozialistischen Diktatur tritt in erster Linie eine *ideologische Inszenierung* hervor, die eine nicht minder geschlossene Gegenwelt primär mit Hilfe von Sätzen und Aussagen zu erzeugen versuchte, in der ästhetische und theatralische Elemente keineswegs fehlten, aber ihren ohnedies gegenüber dem Nationalsozialismus relativ geringeren Stellenwert im Laufe der Jahrzehnte noch zunehmend einbüßten oder zum leeren Ritual ausgehöhlt wurden. Das Projekt versucht, diese These einmal an den unterschiedlichen Ausdrucksformen der Übereinstimmung von Herrschern und Beherrschten zu erhärten, die sich aus dieser Differenz ergaben und das öffentliche Auftreten der Machthaber in beiden Systemen jeweils prägten – im SED-Fall prononciert egalitär und in bezug auf den NS-Staat prononciert autoritär. Hiervon ausgehend soll in verallgemeinernder Weise nach den

unterschiedlichen Charakteren der kulturellen und politischen Konsensbildung in beiden Diktaturen gefragt werden. Hier steht die Frage im Vordergrund, ob und inwieweit die Legitimationsordnung des Nationalsozialismus auf einem (zumindest bis Kriegsbeginn) eher elastischen, vor allem aber charismatisch verstärkten Fundamentalkonsens beruhte, der Distanz, Unzufriedenheit und selbst abweichende Überzeugungen im einzelnen keineswegs ausschließen mußte, während die behauptete Interessenidentität zwischen Volk und Führung sich in der sozialistischen Diktatur als demonstrativer Universalkonsens manifestierte, dessen strukturelle Künstlichkeit durch beanspruchte innere Geschlossenheit und äußere Abgrenzung neutralisiert werden sollte.

Im zweiten Analyseschwerpunkt geht es um die unterschiedliche Stellung beider diktatorischer Legitimationskulturen zu Vergangenheit und Zukunft. Sowohl die NS-Herrschaft wie das Regime von Ulbricht und Honecker füllten in ihrer Präsentation nicht nur den politischen und kulturellen Raum ihrer Zeit aus, sondern verlängerten ihren Geltungsanspruch auch in die Aneignung von Geschichte und in das Versprechen zukünftigen Fortschritts oder heilsgeschichtlicher Erlösung. Gleichzeitig zeigen sich im Zeitbezug beider Regime aber auch charakteristische Unterschiede etwa in der selektiven oder integralen Bemächtigung der Vergangenheit oder in der von ihnen vermittelten Nähe oder Ferne zu Wandel und Moderne. Dabei liegt die Vermutung auf der Hand, daß der „Fortschritts“-Gedanke der sozialistischen Moderne, die mit Ulbricht ‚das Wort „unmöglich“ aus dem Lexikon streichen wollte‘, eine mobilisierende Leitkategorie der sozialistischen Legitimationsordnung bildete, deren allmähliches Verblässen seit der Entmachtung Ulbrichts zur Aushöhlung der sozialistischen Herrschaftsordnung maßgeblich beitrug. Dagegen läßt sich fragen, inwieweit der weniger lineare Grundcharakter des NS-Zukunftsbezuges, der noch die Selbstzerstörung legitimatorisch zu integrieren fähig war, sich als chiliastische „Bewegung“ vor dem Leitbild einer pseudo-organischen, die Widersprüche von Tradition und Fortschritt negierenden oder kaschierenden Moderne beschreiben läßt. Ebenso sollen charakteristische Differenzen der Stellung zur Vergangenheit in beiden Legitimationssystemen beleuchtet werden. Als Untersuchungsfeld wird hier der Märtyrerkult gewählt und als Vergleichsbeispiel die Gedenkfeiern zum Ludendorff-Hitler-Putsch vom 8./9. November 1923 in München und der 15. Januar (Jahrestag der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts 1919) in Berlin. Die These lautet, daß im SED-Staat die Vergangenheit in einer Form des „historischen Präsentismus“ immer wieder neu aktualisiert und in ihrem Eigenwert negiert wurde, während die Memorialkultur des NS-Staates auf ein spezifisches Weiterleben der Vergangenheit in der Gegenwart gründete.

In einer Zusammenschau beider Teiluntersuchungen soll schließlich die Frage erörtert werden, ob die Legitimationskultur der sozialistischen gegenüber der nationalsozialistischen Diktatur sich aufgrund ihrer zeitlichen Erstreckung so grundsätzlich wandelte, daß die stalinistische bzw. radikalsozialistische und die bürokratisch-erstarrte bzw. realsozialistische Variante der SED-Herrschaft sich

als zwei in mancher Hinsicht strukturell verschiedene Formen politischer Herrschaft in der modernen Diktatur voneinander scheiden lassen. Des weiteren soll die These geprüft werden, daß das SED-Regime den Typus einer „Konsens-Diktatur“ vorstellte, der sie fundamental von der zugleich inszenierten und ersehnten Spiegelwelt des Nationalsozialismus unterschied, in der soziale Erwartungen und politische Entsprechungen miteinander kommunizierten und sich verstärkten.

IV/A-2

Christoph Classen:

Legitimation im lokalen Raum. Zur kulturellen Vermittlung und Erfahrung politischer Herrschaft in der DDR 1949–89

Forschungen zu Legitimationsprozessen in der DDR haben sich bisher vor allem auf die Makroebene des politischen Systems konzentriert und etwa mit der Propaganda zentraler Organe von Partei und Staat in erster Linie die intentionale Seite von Legitimation erfaßt. Dies bringt die Gefahr mit sich, der Komplexität von Herrschaft als sozialem Beziehungsverhältnis nicht gerecht zu werden, weil dabei die gesellschaftliche Aneignung der intentionalen Strategien weitgehend unberücksichtigt bleibt. Mikrohistorische Untersuchungen bieten dagegen die Chance, gezielt die Verzahnung von übergeordnetem Herrschaftsanspruch des politischen Systems mit mental und sozial verankerten Praxen und Bedürfnissen zu untersuchen. Dem Projekt liegt die These zugrunde, daß gerade ein solcher mikrohistorischer Blick, der die wechselseitige Durchdringung und Veränderung von politischem System und Lebenswelt in den Blick nimmt, in der Lage ist, die vielfältigen alltäglichen Arrangements mit dem Regime näher zu beleuchten und Vorstellungen einfacher Bipolaritäten zu überwinden.

Auf dieser Grundlage untersucht das Forschungsprojekt, das im Herbst dieses Jahres beginnt, den „Nahbereich“ politischer Legitimation in der DDR an drei lokalen Beispielen, um Einblick in die Interaktion zwischen alltäglichem Leben und politischer Herrschaft auf der kommunalen Ebene zu gewinnen. Das Projekt versucht eine empirische Rekonstruktion der Innenseite der Diktatur und nimmt damit eine Perspektive auf, die von der regional orientierten NS-Konsensforschung vorgezeichnet worden ist. Gerade im lokalen Raum läßt sich präzise verfolgen, inwieweit die Herrschaftsansprüche der SED sich mit vorhandenen Strukturen, Identitäten und Traditionen vermitteln ließen, sie unterdrückten, transformierten und umgingen, aber auch vor ihnen zurückwichen. Politische Mißstände und Zumutungen waren hier ebenso konkret erfahrbar wie Verbesserungen der alltäglichen Lebenssituation. Der analytische Bezug auf lokale Identität bietet deshalb einen geeigneten Ansatzpunkt, um zu untersuchen, welche unterschiedlichen Arrangements zwischen Anpassung und Distanz sich im Laufe der Zeit im SED-Staat herausgebildet haben.

Das Projekt zielt darauf, einen Beitrag zur Anatomie von Herrschaft auf kommunaler Ebene zu leisten. Es fragt nach den stabilisierenden und destabilisierenden Binnenfaktoren, die neben der Präsenz sowjetischer Truppen und der Gewaltandrohung die vierzigjährige Existenz einer neuen Diktatur in Ostdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichten. Unter „lokalen Identitäten“ werden dabei räumlich konnotierte, scheinbar natürliche Vergemeinschaftungsformen verstanden, die sich Herrschaft zunutze machen kann, die aber ebenso gut auch eine Gegen-Identität zu übergeordneten Herrschaftsansprüchen konstituieren können. In welchem Maße (und ggf. zu welchem Preis) gelang es der SED im Laufe ihrer vierzigjährigen Herrschaft, an vorhandene lokale Traditionen anzuknüpfen und sie mit der eigenen Programmatik zu verknüpfen? Zu welchen Brüchen oder Kontinuitäten ist es dabei gekommen? Hat die Subordination der kommunalen Ebene unter den zentralstaatlichen Verfügungsanspruch am Ende auch die Erosion lokaler Vergemeinschaftung nach sich gezogen und damit langfristig zur Delegitimierung des Systems beigetragen?

Zur Untersuchung dieser Fragen wurden drei Städte ausgewählt, die nach geographischer Lage, historischer Tradition und wirtschaftlichem Potential stark voneinander abweichen: Mühlhausen, Stralsund und Eisenhüttenstadt. Thematisch stehen Inszenierungen und Wahrnehmungen von sozialer Sicherheit, stadtgeschichtlicher Tradition und gesellschaftlichem Fortschritt im Vordergrund, die jeweils anhand von zwei Gegenständen analysiert werden sollten: der Versorgungsproblematik und dem Umgang mit bedeutsamen städtischen Bauten.

Die Bedeutung des „vopolitischen“ Bereichs alltäglicher Reproduktion für die Akzeptanz politischer Herrschaft wird am Beispiel der Versorgungsfrage untersucht: Dabei ist danach zu fragen, welche Bedeutung Fragen von Versorgung und Konsum für die Identifikation mit der Stadt und die Legitimation des politischen Systems insgesamt hatten. So kann unterstellt werden, daß der anhaltende Diskurs über Versorgungsfragen eine permanente, delegitimierende Wirkung entfaltete. Gab es dabei Unterschiede zwischen den drei Städten? Konnten andere, z.B. kulturelle Identitätsangebote die Probleme zumindest zeitweise kompensieren oder entschärfen? Läßt sich schließlich im lokalen Raum die Wirkung der verstärkten Investitionen in den privaten Verbrauch ab Anfang der siebziger Jahre wenigstens ansatzweise nachweisen?

Auf einer zweiten Ebene werden symbolische Inszenierungen von Fortschritt und Tradition in der Stadt thematisiert. Im Umfeld baulicher Maßnahmen bzw. Mängel wird der Frage nachgegangen, wie der Mythos vom „Anfang“ und „Aufbau“ in der Stadt in seiner Verbindung von technisch-materiellem und gesellschaftlichem Fortschritt im Alltag inszeniert wurde und wie weit „Fortschritt“ als konsensuales Ziel zur Integration der Gesellschaft jeweils trug. Analog stellt sich die Frage nach dem Umgang mit lokalen Traditionen anhand historischer Bauten. Welche Traditionen wurden zu unterschiedlichen Zeiten genutzt, welche lagen gegebenenfalls brach, und wie wurden sie jeweils adaptiert, umgedeutet oder eingeehgt? Zeitigte die verstärkte Rückbesinnung auf einen breiteren Tradi-

tionsbestand seit den siebziger Jahren auf kommunaler Ebene die erhofften legitimatorischen Effekte?

Um der Dynamik einer sich verändernden Legitimationskultur des SED-Staates gerecht zu werden, die zunächst stark prospektiv ausgerichtet war, später aber zunehmend Zukunftssicherheit durch die Betonung von Tradition und Reproduktion ersetzte, ist das Projekt längsschnittartig angelegt und umgreift die gesamte vierzigjährige Existenz der DDR. Dabei konzentriert es sich schwerpunktmäßig auf drei Phasen der DDR-Entwicklung, die gleichzeitig unterschiedliche generationelle Prägungen reflektieren: die Phase des sozialistischen Aufbaus, die frühe Honecker-Zeit und die Krisenzeit der Gorbatschow-Ära.

IV/A-3

Albrecht Wiesener:

Ordnungen und Repräsentationen der Stadt in Deutschland nach 1945. Stadtentwicklung und die Kultur des Politischen in Bielefeld und Halle/Saale.

Thema des Forschungsprojektes ist die Frage nach dem Stellenwert von Stadtentwicklungen für den Wandel der städtischen Öffentlichkeiten und das Selbstverständnis der politischen und sozialen Eliten in Deutschland nach 1945. In vergleichender Perspektive werden die lokalpolitischen Kommunikations- und Handlungszusammenhänge in den beiden untersuchten Städten Bielefeld und Halle/Saale rekonstruiert und der zeitliche Wandel der kommunalen Stadtentwicklungspolitik näher bestimmt.

Neubau, Rekonstruktion und Umbau der vorhandenen Stadt waren in der Bundesrepublik wie in der DDR zentrale Handlungs- und Kommunikationsfelder von Kommunalpolitikern, Stadtverwaltungen, Experten und Bewohnern. Die unterschiedlichen Phasen der Stadtentwicklung und der Wandel städtebaulicher Leitbilder in Deutschland nach 1945 werden im Projekt im Hinblick auf die mit ihnen verbundenen Konsens- und Konfliktpotentiale im lokalen Raum untersucht. Dabei geht das Forschungsprojekt von der These aus, daß die Arenen städtischer Öffentlichkeiten in beiden deutschen Gesellschaften nach 1945 von vielfältigen Bestrebungen gekennzeichnet waren, einen Konsens zwischen dem Selbstverständnis der politischen und sozialen Eliten und den Erwartungshaltungen der Stadtbewohner zumindest in symbolischer Hinsicht zu verdeutlichen. So repräsentierte sich in der baulich-materiellen Gestaltung des Stadtraums und den dadurch hervorgerufenen Veränderungen der städtischen Lebenswelten stets auch das jeweilige „Bild von Gesellschaft“. Dieses stand in seinen Ansprüchen, Verheißungen und Zumutungen zur Disposition und ließ den veränderlichen Stadtraum zum Bedeutungsträger politischer und sozialer Erwartungshaltungen werden.

Begreift man die Stadt als Vorstellungsraum von unterschiedlichen Akteuren (Politikern, Planern, Bewohnern), der selbst produzierend auf die Gestaltung des Stadtraumes wirkt, dann ergeben sich eine Reihe durchaus vergleichbarer Aspekte in der Stadtentwicklung der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften. Denn für beide Gesellschaften und ihre städtischen Zusammenhänge gilt ohne Zweifel, daß die Planung und Realisierung der Stadtentwicklungsprojekte die vorgefundene Stadt neu definieren mußten und dies vor allem durch die Eliten der kommunalen Verwaltung und lokalen Parteien geschehen ist. Dabei geht es nicht allein um die konkreten Inhalte der stadträumlichen Vorstellungswelten, sondern vielmehr auch um ihre Formen, d.h. um die Art und Weise, wie auf lokaler Ebene in der Stadtentwicklungsplanung und in der Kommunikation über den veränderbaren bzw. veränderlichen Stadtraum sowohl auf die vorgefundene als auch auf die herzustellende Stadt Bezug genommen wird. Auf diese Weise geraten insbesondere die zeitbedingten und systemspezifischen Bezugnahmen auf die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der jeweiligen Stadt in den Blick, die sich in der Kommunikation über die Planung und Realisierung von Stadtentwicklungsprojekten durch die lokalen Eliten und Stadtbewohner gleichermaßen verdeutlichten.

Unter Berücksichtigung der systemspezifischen Bedingungen für die Ausprägung städtischer Öffentlichkeiten in der Bundesrepublik und in der DDR, die über die Publizität der jeweiligen lokalen Meinungsbildungen zu Fragen der Stadtentwicklung vorentschieden, wird die Ausgangsthese des Projektes anhand von Fallstudien zur Stadtentwicklung in Bielefeld und Halle/Saale überprüft werden. Dabei konzentriert sich die Untersuchung auf einzelne Phasen und Großprojekte der Stadtentwicklung, um daran den Wandel der Kommunikation von Stadtentwicklung sowie der jeweiligen städtischen Öffentlichkeitskultur zu erfassen.

Vergleichende Untersuchungen zur Stadtentwicklung in Deutschland nach 1945, die jenseits der struktur- und planungsgeschichtlichen Dimension auch gezielt die erfahrungsgeschichtliche Ebene der Aneignung und Kommunikation des veränderlichen Stadtraums in den Blick nehmen, stellen nach wie vor ein Desiderat dar. Zudem konzentrieren sich Stadtstudien in Deutschland häufig genug nur auf eine Stadt und verharren somit in einem lokalgeschichtlichen Horizont, der übergreifende Fragestellungen von Öffentlichkeit, Aneignungsweisen und Herrschaftsrepräsentation nur bedingt zuläßt.

Im Hinblick auf die Operationalisierung des Themenfeldes unterscheidet das Projekt zwei Untersuchungsrichtungen. Das betrifft zunächst das Feld der Akteure und Strukturen. Hier muß vor allem auf die systemspezifischen Bedingungen für Planung, Realisierung und Aneignung eines sich verändernden Stadtraums eingegangen und eine Einordnung der lokalen Ebene in übergreifende Entscheidungsstrukturen hinsichtlich der Planungs- und Finanzierungskompetenzen vorgenommen werden. Darüber hinaus stehen das Selbstverständnis der kommunalen Entscheidungsträger als politische Steuerungsgewalt der Stadtentwicklung,

aber auch die Vernetzung von Experten und Bewohnern gegen sowie die Mobilisierung für Planungs- und Bauvorhaben durch Parteien und Initiativen in der lokalen Öffentlichkeit im Vordergrund. Im Hinblick auf die Diskurse und Repräsentationen der Stadtentwicklung zielt die Untersuchung vor allem auf die sprachlichen Verlautbarungen der direkten und indirekten Bezugnahme auf die vorhandene und vorgestellte Stadt in den städtischen Öffentlichkeiten beider Untersuchungsorte ab. In den Blick geraten dabei die Fachöffentlichkeiten in Rat, Verwaltung und Initiativen sowie die jeweiligen Arenen der lokalen Medienöffentlichkeit. Die vergleichende Untersuchung soll dabei die jeweiligen stadtbezogenen Identifikationsprozesse und -brüche abbilden sowie exemplarisch die Aneignung des Stadtraums durch die Bewohner zur Darstellung bringen.

Das Ziel der Untersuchung besteht in der Beantwortung der Frage, inwieweit Städte ihrer Funktion als Kommunikations- und Vermittlungsräume politisch-institutioneller Ordnungen angesichts der massiven Eingriffe in die städtischen Lebenswelten nach 1945 und der spezifischen politischen Rahmenbedingungen von Diktatur und Demokratie gerecht wurden.

TEILBEREICH IV B

Nationale Meistererzählungen. Geschichte im öffentlichen Raum

Das mit dem Begriff der historischen „Meistererzählung“ eröffnete Untersuchungsfeld ist im doppelten Sinn grenzüberschreitend: Es versucht, den qualitativen Unterschied zwischen östlicher und westlicher Historiographie nach 1945 in einer übergreifenden Perspektive zu integrieren, und es erlaubt, neben der professionellen Geschichtswissenschaft gleichrangig auch andere gesellschaftliche Institutionen der Vergangenheitsaneignung und -vermittlung in den Blick zu nehmen. Entsprechend breit ist das von der Sowjetunion bis zur Bundesrepublik und vom Ersten Weltkrieg bis zur deutschen Vereinigung 1989/90 reichende Untersuchungsfeld angelegt. Im Zentrum steht das Interesse an den unterschiedlichsten Manifestationen hegemonialer Leiterzählungen und konkurrierender Gegenerzählungen des Vergangenen, die sowohl im fachhistorischen Diskurs als auch in der öffentlichen Geschichtskultur und im Rahmen individuellen Erinnerns erforscht werden sollen. Die Betonung der narrativen Qualität insbesondere nationaler Meistererzählungen zielt darauf ab, unterschiedliche Formen erinnernder Praxis auf übergreifende Erzählstränge zurückzuführen und versucht zugleich, ihre identitätsstiftende bzw. identitätsbedrohende Funktion für Gesellschaften, soziale Gruppen und Individuen zu erhellen. Aus dieser Perspektive soll die Frage, inwiefern kollektive oder individuelle Identitäten ihre Zeitorientierung übergreifenden Meistererzählungen verdanken, ebenso untersucht werden wie auch ihre Beziehungen zu wissenschaftlichen, öffentlichen und politischen Diskursen.

**Klaus Große Kracht:
Zeitgeschichte im Streit. Historikerkontroversen im öffentlichen Raum der
Bundesrepublik**

Das Forschungsprojekt zielt auf die Untersuchung des Verhältnisses von geschichtswissenschaftlicher Forschung und politischer Kultur in der Bundesrepublik von den sechziger Jahren bis zur Gegenwart. In vergleichender Perspektive sollen folgende vier zeithistorische Kontroversen untersucht und auf das Zusammenspiel von Wissenschaft und Öffentlichkeit befragt werden: Die „Fischer-Kontroverse“ seit Mitte der sechziger Jahre um die Kriegszielpolitik des Deutschen Kaiserreichs, der sogenannte „Historikerstreit“ Mitte der achtziger Jahre über die Bewertung des Holocaust, die Debatte über die „Abwicklung“ der Geschichtswissenschaft der DDR sowie schließlich die Kontroverse um Daniel J. Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ von 1996.

Das Projekt setzt sich zur Aufgabe, Geschichtswissenschaft und öffentliche Geschichtskultur als zwar strukturell gekoppelte, dennoch aber autonome Diskursphären zu begreifen und nach der Logik ihres konfliktreichen Spannungsverhältnisses zu fragen. Die vier genannten Kontroversen sollen in dem zweijährigen Projekt auf folgenden drei Ebenen vergleichend untersucht werden:

Zunächst wird auf einer *inhaltlich-hermeneutischen* Ebene zu fragen sein, welche Themen der zeitgeschichtlichen Forschung überhaupt in Frage kommen, ein breites öffentliches Interesse auf sich zu ziehen. Eine Arbeitshypothese in dieser Hinsicht ist, daß nur solche Themen mit größerer Aufmerksamkeit rechnen können, die zentrale Aspekte des Selbstverständnisses der Deutschen betreffen. Die einzelnen Kontroversen ließen sich insofern als Krisenmomente der identitätsverbürgenden „nationalen Meistererzählung“ der Bundesrepublik deuten, in denen diese zu unterschiedlichen Zeitpunkten neu vermessen und justiert wird.

Auf einer *wissenschaftssoziologischen* Ebene sollen typische Verlaufsmuster wissenschaftlicher Streitformen innerhalb der zeithistorischen Forschungslandschaft der Bundesrepublik herausgearbeitet werden. Dabei sollen nicht nur die Verhaltensweisen der jeweiligen Kontrahenten, ihre Stellungen und Stellungnahmen im *intellektuellen Feld* (Bourdieu) thematisiert werden, sondern darüber hinaus auch die Rolle der Medien, die häufig durch ein gezieltes „agenda setting“ den jeweiligen Debatten erst eine breite Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit ermöglichen. In dieser Hinsicht wird auch zu fragen sein, welche Transmissionseffekte (Informationsreduzierung, Personalisierung, aber auch Renommee- und Reputationschancen etc.) der Wechsel von der Fachöffentlichkeit hin zur breiteren Feuilletonöffentlichkeit mit sich bringt und wie diese auf den wissenschaftlichen Selbststeuerungsprozeß zurückwirken.

Auf einer *wissenschaftsethischen* Ebene wird schließlich nach den gemeinsamen Standards zu fragen sein, die oberhalb der thematischen Konflikte die Kontrahenten miteinander verbinden. So ist davon auszugehen, daß der Großteil der beteiligten Akteure sich über die gemeinsamen „Spielregeln“ der jeweiligen Kontroverse einig war und Abweichungen (etwa Verfälschung von Quellen, unrichtige Zitationsweise, Zuflucht zu außerwissenschaftlichen Instanzen wie politischer Macht oder rechtlichen Verfügungen) ablehnte. Ziel der Untersuchung soll auf dieser Ebene die Freilegung des impliziten normativen Konsenses sein, der sich, so die Hypothese, in den vier genannten Kontroversen herausgebildet hat und gewissermaßen die implizite „Historik“, den gemeinsam geteilten Regelkanon der bundesrepublikanischen Zeitgeschichtsforschung gegenwärtig ausmacht.

Die im Projekt angestrebte reflexive Historisierung der genannten Historikerdebatten zielt somit darauf, „Zeitgeschichte als Streitgeschichte“ auszuweisen, d.h. als eine akademische Praxis, die sich über eine gemeinsame „Streitkultur“ nach innen hin integriert, ihre Inhalte über den öffentlich ausgetragenen Streit nach außen hin vermittelt und von der Öffentlichkeit wiederum wichtige Impulse zur inneren Steuerung gewinnt. Mit der Untersuchung verbindet sich so schließlich ein Moment fachlicher Selbstverständigung: So wird zu fragen sein, ob die wissenschaftliche Erforschung der Zeitgeschichte als „Geschichte der Mitlebenden“ (H. Rothfels) überhaupt auf den engen Kommunikationsraum reiner Expertendiskurse eingegrenzt werden kann oder nicht bereits in ihrem Gegenstandsbe- reich auf eine breitere Öffentlichkeit zielt.

IV/B-2

Susanne Schattenberg:
Nach Stalins Tod: Gesellschaftliche Meistererzählung in der Krise.
Identität und Legitimation in der Sowjetunion und Polen

Schweigend der Marmor.
Schweigend flimmernd das Glas.
Schweigend auch die Wache
Im Wind zu Bronze erstarrt,
Nur der Sarg dampfte leicht.
Atem floß aus dem Sarg,
als sie ihn durch die Türen
des Mausoleums hinaustrugen. (...)
E. Evtušenko, Die Erben Stalins.

In der Sowjetunion ging mit Stalins Tod 1953 und endgültig dann mit Chruščevs „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 ein Zeitalter zu Ende. Stalin wurde nicht nur aus dem Mausoleum hinausgetragen und an der Krem- l-mauer verscharrt sowie sein Name von Fabriken, aus Ortsnamen und der Natio-

nalhymne getilgt. Stalin wurde auch aus den offiziellen Diskursen, den Legitimationsstrategien und Deutungsmustern gestrichen. Den Sowjetbürgern wurde der offizielle Bezugspunkt für ihr Tun und Handeln genommen. Was aber passiert mit einer Gesellschaft, der vom einen auf den anderen Tag die zentrale Identifikationsfigur verloren geht und der damit der gesamte Legitimationshaushalt durcheinandergerät? Mit welchen Strategien versuchten Partei und Regierung, diese Lücke zu füllen, die zugegebenen Verbrechen zu erklären und die Sowjetunion weiterhin zu legitimieren? In welchem Maße waren sowjetische Einwohner davon betroffen, begriffen sie die neue Situation als Chance oder als Gefahr für ihr Lebenswerk?

Die Periode des Tauwetters ist noch weitgehend unerforscht. Die wenigen vorliegenden Publikationen teilen sich in Faktographien oder Berichte von Zeitzeugen und Dissidenten, an erster Stelle die Memoiren Chruščëvs. Viele dieser Schriften, die unmittelbar in den sechziger Jahren oder auch zum 20. Jahrestag der Chruščëvschen Geheimrede 1976 erschienen, folgen dem Duktus einer erstmaligen Enthüllung unglaublicher Ereignisse. Die meisten Werke entstanden unter dem Eindruck des Kalten Krieges und der Totalitarismuseden und waren damit weitestgehend unberührt von Konzepten wie Sozial- und Strukturgeschichte, ganz zu schweigen von Kulturgeschichte. Nachdem sich die Sowjetunionforschung lange auf den Hochstalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg konzentrierte, hat die Geschichtsschreibung für die Ära Chruščëv sowohl in Rußland als auch im Westen gerade erst begonnen.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen das Fundament bzw. die gesellschaftliche Verankerung des sozialistischen Systems in der Sowjetunion. Zentral für eine solche Untersuchung ist die etwaige Herausbildung einer sowjetischen Identität und einer in die Gesellschaft vermittelten und hier akzeptierten Legitimation des politischen Systems. Es soll der Frage nachgegangen werden, in welcher Weise die Umbrüche infolge von Stalins Tod das Selbstverständnis verschiedener Bevölkerungsgruppen und ihre Wahrnehmung des Staates auf kurze oder lange Sicht veränderten.

Tagtäglich wurde über die Tagespresse, aber auch über Romane, Filme und Memoiren kommuniziert und verhandelt, was die Spezifika des sozialistischen Menschen waren, welche historischen Ereignisse seinen Staat und ihn geformt hatten. In all diesen Texten manifestierte sich eine gesellschaftliche Meistererzählung, die Auswahl und Anordnung der Themen, Wortwahl und Form der Verknüpfungen präfigurierte. Gesellschaftlich war sie deshalb, weil sich dieses Narrativ nicht auf geschlossene Kreise beschränkte, sondern die Öffentlichkeit beherrschte und damit auch die sprachlichen Mittel, derer sich ein Individuum bediente, maßgeblich bestimmte. Es wird angenommen, daß es in der Sowjetunion unter der Führung der Bolschewiki gelang, die Erzählung des individuellen Lebenswegs mit der Geschichte des Landes zu verschmelzen, so daß Mensch und Staatswerdung nicht mehr voneinander getrennt werden konnten: Mit der eigenen Bildungs-Geschichte wurde unweigerlich auch die Entwicklung der

Sowjetunion referiert. Hier wird untersucht, ob in den Jahren des Umbruchs die sowjetische gesellschaftliche Meistererzählung nachhaltig erschüttert wurde, sie etwa (zumindest kurzzeitig) ihre Monopolstellung verlor, ob ihre Struktur verändert oder Inhalte ausgetauscht wurden. Gelangte die Sowjetunion an den Punkt, an dem die beiden Narrationsstränge wieder auseinander traten, sich erstmals der double talk massenhaft ausbreitete und die Geschichte vom Neuen Menschen im neuen Staat zu einem inhaltsleeren Glaubensbekenntnis verkam?

In der zweiten Projektphase werden die sowjetischen Phänomene mit den Entwicklungen in Polen verglichen. Hier ist zunächst zu fragen, in welchem Maße sich bis 1953 eine polnisch-sozialistische Identität entwickeln konnte und wie groß die Legitimation war, die der junge Staat für sich beanspruchen konnte. Während für die Sowjetunion angenommen wird, daß sich bis 1953 eine gesellschaftliche Meistererzählung durchgesetzt hatte, soll für Polen untersucht werden, welche konkurrierenden Großinterpretationen und Wirklichkeitsauslegungen 1953 noch im Umlauf waren. Stalins Tod gab all jenen Hoffnung, die sich einer „Sowjetisierung“ aller Lebensbereiche und damit auch der Gleichschaltung aller Diskurse verweigerten. Hier soll erforscht werden, ob es den Aufständischen von 1956 gelang, die Anfänge einer sich noch im Entwicklungsstadium befindenden polnisch-sozialistischen gesellschaftlichen Meistererzählung zu nichte zu machen. Sie hätten damit erzwungen, daß ein neues Geschichtsbild und Identitätsangebot konstruiert wurde, das wesentlich mehr nationalgeschichtliche und damit identitätsstiftende Momente beinhaltetete.

IV/B-3

Martin Sabrow:

Der Historiker als Zeitzeuge. Autobiographische Zeugnisse historischer Fachgelehrter in Deutschland nach 1945 und nach 1989

Keine moderne Gesellschaft ist im selben Maße wie die deutsche des 20. Jahrhunderts mit der Aufgabe konfrontiert worden, ihr historisches Selbstverständnis nach vier Zäsuren – nämlich 1918, 1933, 1945 und 1989 – gleichsam neu zu justieren, und keine verlangte ihren Bürgern in vergleichbarer Weise ab, historische Diskontinuität mit biographischer Kontinuität in Einklang zu bringen. Besonders Zeithistoriker standen dabei nicht nur als berufene Sinnproduzenten in vorderster Linie, sondern mußten sich dieser Herausforderung im Interesse ihrer fachlichen Glaubwürdigkeit mit der zusätzlichen Bedingung stellen, ihre eigene Zeitverstrickung nach den anerkannten disziplinären Standards der historischen Erkenntnisbildung zu bewältigen. Das Projekt untersucht an ausgewählten Historiker-Erinnerungen, inwieweit dieser Prozeß nach 1945 und nach 1989 in vergleichbarer Weise erfolgte und inwieweit die Austragung des Konfliktes ‚zwischen Stolz und Gedächtnis‘ (Nietzsche) die Annahme einer grundsätzlichen

Differenz zwischen wissenschaftlich kontrollierter und wissenschaftlich nicht kontrollierter Vergangenheitsaneignung rechtfertigt.

IV/B-4

Mario Keßler:

Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik (1889–1943)

Das Projekt sucht den Lebens- und Denkweg eines Historikers im Zeitalter der Katastrophen nachzuzeichnen. Es behandelt mit Arthur Rosenberg einen Historiker, der sich immer auch als politischer Schriftsteller und Pädagoge begriff. Er blieb Zeit seines Lebens ein Außenseiter der Wissenschaft wie der Politik. Die durch seine Herkunft und äußere Umstände mit geprägten Lebensentscheidungen führten zu dieser doppelten Isolierung, die in auffallendem Gegensatz zu Rosenbergs Nachwirkung steht: Bereits kurz nach seinem Tod 1943 und besonders seit den sechziger Jahren fand er in der Bundesrepublik, Italien und den angelsächsischen Ländern neue Leser. Während seines eher kurzen Lebens hatte sich Rosenberg auf unterschiedlichen Gebieten hervorgetan. 1889 im kaiserlichen Berlin geboren und dort aufgewachsen, erlangte er frühzeitig einen Ruf als produktiver Althistoriker. Nach dem Bruch mit seinem Herkunftsmilieu, dem scheinbar assimilierten jüdischen Bürgertum und der deutschnationalen Gelehrtenwelt, wandte er sich nach dem Ersten Weltkrieg der KPD zu. Zu einem führenden Politiker der radikalen Linken aufgestiegen, verließ er 1927 das kommunistische Lager. Danach profilierte er sich mit wichtigen, aus sozialistischer Perspektive verfaßten Büchern zur Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, zur Geschichte des Bolschewismus sowie über Demokratie und Sozialismus. Im britischen und amerikanischen Exil hielt er an seiner politischen Haltung fest. Seine geschliffene, engagierte Darstellungsweise ließ dennoch die Distanz des Forschers zum Objekt seiner Untersuchung deutlich werden.

Ungeachtet zahlreicher biographischer Untersuchungen fehlt eine Darstellung, die auch die Jugendjahre sowie das Exil mitsamt seiner Lehrtätigkeit und politischen Aktivität einbezieht. Schließlich fand auch Arthur Rosenbergs wechselvolles Verhältnis zum Judentum wie zum Zionismus überhaupt noch keine Beachtung durch die Forschung. Die geplante Studie möchte diese Lücken schließen.

Ziel der Arbeit ist eine Biographie Arthur Rosenbergs, die seine wissenschaftlichen und seine politischen Aktivitäten in ihren jeweiligen sozialen Beziehungsfeldern rekonstruiert. Die erkenntnisleitenden Fragestellungen der Arbeit verweisen exemplarisch auf Chancen und Probleme des politischen Mandats von Intellektuellen, zumal in der kommunistischen Bewegung bzw. als marxistische Kritiker des Kommunismus. Am biographischen Beispiel und am Schicksal

seiner engen Freunde (Karl Korsch, Franz Neumann) wird das intentionelle wie existentielle Außenseitertum von Sozialisten jüdischer Herkunft behandelt. Arthur Rosenbergs wissenschaftliches Werk suchte nach Alternativen zum Geschichtsprozeß, der Deutschland zweimal in die Katastrophe führte. Indem Rosenberg die Verantwortlichen für diesen Verlauf deutscher Geschichte klar benannte, verdeutlichte er zugleich den Sinn einer Suche nach historischen Alternativen. Somit können seine Schriften in ihrer Gesamtheit als eine „Gegenzählung“ zu den dominanten Geschichtsbildern verstanden werden.

Krijn Thijs:**Drei Geschichten der Stadt Berlin. Die Stadtjubiläen 1937 und 1987**

Im Zentrum des Promotionsprojektes steht die dreifache Geschichtskultur der Stadt Berlin zwischen 1933 und 1989. Ausgehend vom politischen Selbstverständnis Berlins als Reichshauptstadt, Hauptstadt der DDR und Inselstadt West-Berlin wird nach der jeweiligen Interpretation, Repräsentation und wissenschaftlichen Legitimierung der Stadtgeschichte gefragt. Dabei richtet sich die besondere Aufmerksamkeit auf die Stadtjubiläen 1937 (700-Jahr-Feier) und 1987 (750-Jahr-Feier, Ost und West), die als Kristallisationspunkte historischer Praxis gewertet werden. Die lokalen Erzählungen der Berliner Vergangenheit werden sowohl auf ihre gesellschaftspolitische Verwurzelung als auch auf ihre Beglaubigung durch die professionelle Stadthistoriographie hin untersucht.

Nachdem im vergangenen Jahrzehnt sowohl die Erforschung der Geschichtswissenschaft in der DDR als auch die Aufarbeitung der fachlichen Vergangenheit im „Dritten Reich“ in Angriff genommen wurden, liegt es nun nahe, auch die Historiographie der alten Bundesrepublik in eine komparatistische Perspektive einzubeziehen. Bislang stößt solch ein direkter Historiographievergleich auf der (inter-)nationalen Ebene allerdings oft auf methodische Probleme. Das Projekt versucht, die Schwierigkeiten des weiten Blicks durch die Bearbeitung eines städtischen Beispiels zu umgehen. Es soll das bisher nur theoretisch entfaltete Konzept der „nationalen Meistererzählungen“ empirisch füllen, indem nunmehr die narrative Abhängigkeit lokalhistorischer Erzählungen (Berlin) von den größeren, strukturierend wirkenden Großerzählungen der deutschen Geschichte erforscht wird. Der Kontext fortschreitender Historisierung der Historie erlaubt dem Projekt, auch die professionelle Geschichtsschreibung als Teilbereich der gesellschaftlich fundierten Geschichtskultur zu verstehen. Dabei kann das Vorhaben an eine intensive Forschung zu lokalen oder regionalen Fest- und Erinnerungskulturen anknüpfen. Für die Stadt Berlin stellt eine solche reflexive Untersuchung vergangener Geschichtsdeutungen allerdings immer noch ein Desiderat dar. Hier zog vielmehr die erneute Transformation zur Hauptstadt der „Berliner Republik“ in den vergangenen Jahren alle Aufmerksamkeit auf sich.

Das von der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung geförderte Projekt bewegt sich auf mehreren Forschungsebenen. Erstens thematisiert es die durchlässigen Grenzen zwischen historischer Fachwissenschaft und gesellschaftlich konstituierter Geschichtskultur. Zum einen wird diese Schnittstelle anhand der historischen Stadtjubiläen untersucht, die in allen drei Fällen Manifestationen des historischen Bewußtseins zumindest der sozialen Eliten und zugleich Verdichtungsmomente der professionellen Stadthistoriographie waren. Letztere legitimierte die jeweilige Version der Vergangenheit und versah sie mit dem Status der Wissenschaftlichkeit. Zum anderen führt diese Schnittstelle zwischen

Wissenschaft und Gesellschaft zur Person des Stadthistorikers, dessen soziokulturell verwurzelter Wahrnehmungshorizont jeweils prägend in der „objektiven“ wissenschaftlichen Arbeit wirkte. Der Begriff der historischen Meistererzählung bietet sich hier als integrative Forschungskategorie an, da er die kollektive Geschichtskultur und professionelle Geschichtswissenschaft gleichermaßen umfaßt.

Auf das städtische Beispiel Berlin angewendet, eröffnet die Kategorie der Meistererzählung ein zweites Spannungsfeld, und zwar zwischen nationaler Großerzählung und untergeordneter Lokalerzählung. Die verschiedenen Berliner Geschichten, die 1937 in der Reichshauptstadt, 1987 in West-Berlin und ebenfalls 1987 in der Hauptstadt der DDR erzählt wurden, entstanden nicht im geschichtsleeren Raum. Sie standen vielmehr in Beziehung zueinander und zu bestimmten, ebenso unterschiedlichen Versionen der deutschen Geschichte. Zu untersuchen ist im Forschungsprojekt, in welchem Maße diese nationalen Großentwürfe als narrative Muster jeweils die lokalen Erzählungen prägten oder gar überformten. Anhand etwa der Periodisierung, Dramaturgie und Argumentationsweise der Berliner Erzählungen ist der narrativen Hierarchie zwischen zentralen und lokalen Erzählungen des Vergangenen nachzugehen und wird die dreifache Gestalt der Berliner Stadtgeschichte zum Teil und vorläufig hypothetisch der Sogkraft dreier unterschiedlicher Meistererzählungen der deutschen Nationalgeschichte zugeschrieben.

Eine dritte, eher wissenschaftshistorische Schnittstelle, die das Projekt bearbeiten will, ist die Kopplung von historischem Produkt und seiner historiographischen Entstehung. Denn nicht nur die publizierten und wissenschaftlich belegten Erzählungen der Berliner Geschichte wiesen als Endprodukt historischer Praxis in der Reichshauptstadt, der Hauptstadt der DDR und West-Berlin erhebliche Unterschiede auf. Auch die geschichtswissenschaftlichen Produktionsbedingungen waren stets unterschiedlichster Natur. Inwieweit die Geschichte von der politischen Ebene direkt mitgestaltet wurde, ist sowohl für die Demokratie als auch für die Diktatur zu untersuchen. Aber auch implizite Bedingungen, wie das Wissenschaftsverständnis und die diskursive Verfaßtheit der jeweiligen Stadthistoriographie erwiesen sich als äußerst heterogen. Die Umstände der Produktion (Institutionen, Kommissionen, Zensur, Zwang, Ausschließung und Belohnung) sollen in Beziehung zu den produzierten Vergangenheiten gesetzt werden, vor allem zur Frage der inhaltlichen Uniformität oder Pluralität der Erzählungen der Stadtgeschichte.

Insgesamt verspricht das Forschungsprojekt allgemeinere Erkenntnisse über die Grenzen der Interpretierbarkeit des Vergangenen. Denn bei allen inhaltlichen Differenzen der jeweiligen Weltauslegungen bezog sich jede Erzählung immerhin in ihrem Anspruch auf den gleichen Gegenstand. So stellt sich die Frage, an welche (epistemologischen) Grenzen die Darstellung der Berliner Geschichte in drei politischen Systemen stieß und wie „elastisch“ sich die „Fakten“ aus der Geschichte der Stadt bei ihrer Einordnung in übergreifende Erzählungen „geben“ konnten.

INTELLEKTUELLE UND INSTITUTIONELLE PERSPEKTIVEN DER ZEITGESCHICHTE AM NEUEN MARKT

Jennifer Schevardo

Knapp fünf Monate nach dem Umzug des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) an den Neuen Markt in Potsdam sind (fast) alle Kisten ausgepackt, die Zeit für Reflexionen über den neuen Standort und die sich dort eröffnenden Forschungsperspektiven ist angebrochen. Dazu bot die Podiumsveranstaltung am 18. April 2002 zur „Zeitgeschichte am Neuen Markt“ Gelegenheit, auf der Vertreter der ansässigen Institute und die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, *Johanna Wanka*, zu einem öffentlichen Austausch im neuen ZZF zusammenkamen. Der Untertitel der Veranstaltung „Intellektuelle und institutionelle Perspektiven“ lockte zudem zahlreiche Vertreter weiterer wissenschaftlicher und politischer Einrichtungen in Berlin und Brandenburg ins Publikum. Denn in einer sich im Umbruch befindlichen Wissenschaftslandschaft scheint vielen die Zukunft ungewiß.

In seinen einleitenden Worten betonte *Christoph Kleßmann*, Direktor des ZZF, zunächst die herausragende Rolle, die der Standort Potsdam innerhalb der DDR-Forschung in den letzten zehn Jahren eingenommen habe. Während dieser Zeit seien aber zugleich die Erwartungen der Öffentlichkeit an die Geschichtswissenschaft erheblich gestiegen, da historische Fragen an Relevanz gewonnen hätten. Eine Folge dieser Popularisierung jedoch sei es, daß es die professionelle Geschichtswissenschaft schwerer habe, die Wissenschaftlichkeit dieser Debatten zu erhalten und aktiv an der Themengestaltung mitzuwirken. Um beidem, dem öffentlichen Interesse und der wissenschaftlichen Seriosität, gerecht werden zu können, sei die Bildung kooperativer Netzwerke, so wie sie am Neuen Markt (mit dem ZZF, dem Einstein-Forum, dem Moses-Mendelssohn-Zentrum sowie dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, dem Filmmuseum und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa in unmittelbarer Nachbarschaft) im Entstehen begriffen seien, unerlässlich.

Für das zukünftige Forschungsprogramm des ZZF empfahl Kleßmann eine Erweiterung der bisherigen Schwerpunkte. Deutsche und speziell die ostdeutsche Zeitgeschichte sollten stärker in den Kontext der Geschichte Europas gestellt und mit dieser in vergleichender Perspektive verbunden werden.

Die anschließende Diskussion über „Gegenwartsaufgaben der Zeitgeschichte aus wissenschaftlicher, politischer und öffentlicher Sicht“ eröffnete *Jürgen Kocka*, Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin. Die von Kleßmann festgestellte Diskrepanz zwischen der gestiegenen Präsenz von Geschichte in öffentlichen Diskursen bei gleichzeitig augenfälliger Zurückhaltung bzw. Zurückdrängung der Fachwissenschaftler bestätigte er zwar, doch beurteilte er die Chancen zur Verteidigung wissenschaftlicher Standards optimistisch. Das ZZF als angesehe-

ne, interdisziplinär und kooperativ arbeitende Institution sei eine besonders geeignete Instanz, wissenschaftliche Fachdiskurse in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Zudem plädierte Kocka dafür, die traditionelle Westorientierung der deutschen Zeitgeschichte bei gleichzeitiger Konzentration der Geschichte Osteuropas bei den entsprechenden Fachleuten endlich zu überwinden und zu einer transnational orientierten Forschung zu finden. Das Land Brandenburg biete sich als deren Standort aufgrund seiner wissenschaftlichen Infrastruktur sowie seiner geographischen Lage besonders an.

Ministerin *Johanna Wanka* äußerte sich anschließend zur politischen Intention bei der Zusammenführung der verschiedenen Institute am Neuen Markt. Geschaffen werden sollte ein geisteswissenschaftliches Netzwerk parallel zum naturwissenschaftlichen „Telegrafenberg“, um die nach Meinung Wankas wünschenswerte, Wissenschaftssektoren übergreifende Kooperation bei aktuellen Fragen zu erleichtern. Der spürbar im Raum schwebenden Frage nach der Zukunft des geisteswissenschaftlichen Neuen Marktes über die bis zum Jahr 2006 befristete DFG-Förderung hinaus kam die Ministerin zuvor und bemerkte, daß das Land an einer länger tragenden Konstruktion mit auch Bundesförderung einschließenden Finanzquellen arbeite.

Als Erwartung der Politik an die zeitgeschichtliche Forschung formulierte Wanka primär den fundierten und ausgewogenen Wissenstransfer in die Öffentlichkeit, der einen aktiven Beitrag zur Entwicklung der Zivilgesellschaft darstelle. In diesem Sinne lobte sie die bisherige Arbeit des ZZF, wobei sie die beiden Konferenzen „Zweite Heimat Brandenburg – Vertreibung, Neuanfang, Integration“ und „Mauerbau und Mauerfall“ besonders hervorhob. Sie kritisierte hingegen, daß sich die Forschung bislang zu wenig um den Eingang ihrer Erkenntnisse in die Lehre bemüht habe. Dabei seien gerade die wissenschaftlichen Zentren mit ihrer flexiblen Struktur dafür geeignet.

Im Hinblick auf die zukünftige Orientierung der Forschung vertrat die Ministerin die Meinung, daß das Schwanken zwischen Verklärung und Verdammung der DDR noch immer weit verbreitet sei und die Aufarbeitung einiger tabuisierter Bereiche ihrer Geschichte bislang behindere. Insofern gäbe es, auch für das ZZF, hier noch viel zu tun.

Susan Neiman, Direktorin des Einstein-Forums, warf aus amerikanischer Perspektive einen Blick „von außen“ auf die deutsche Zeitgeschichte. Sie lobte deren Fülle, die einen wichtigen Beitrag zu der in den letzten Jahren gewachsenen internationalen Akzeptanz Deutschlands als „normales“ Land geleistet habe. Kritisch äußerte sie sich zum typisch deutschen Spezialistendenken in der Wissenschaft. Das Einstein-Forum hingegen verstehe sich gerade nicht als rein geisteswissenschaftliches Zentrum und verfolge einen interdisziplinären Ansatz. In der dadurch erweiterten Möglichkeit der Kooperation am Neuen Markt sah sie eine besondere Quelle für synergetische Effekte.

Rüdiger Thomas von der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn lobte das ZZF für seinen kooperativen und integrativen Zugang zur DDR-Forschung. Besonders hob er die kulturwissenschaftlichen Studien des Institutes hervor, da gerade der kulturelle Bereich für die Ostdeutschen einer der wichtigsten Erinnerungsräume sei.

Positiv bewertete Thomas allgemein den Wissenstransfer zwischen Fachleuten und Öffentlichkeit in Deutschland, als dessen Beispiele er unter anderem die beiden von der Bundeszentrale herausgegebenen Bücher Christoph Kleßmanns zur deutschen Nachkriegsgeschichte nannte.

In bezug auf die Themenwahl mahnte Thomas, nicht des Geldes und der Popularität wegen einen schnöden Agenda-Wechsel zu vollziehen, sondern sich echte intellektuelle Herausforderungen wie z.B. die Kontextualisierung der deutschen Geschichte innerhalb der europäischen zu suchen. Interdisziplinäre Ansätze seien wünschenswert, jedoch sollten Schwerpunkte nicht verwischt werden.

Das gemeinsame Gespräch leitete Moderator *Konrad H. Jarausch*, geschäftsführender Direktor des ZZF, mit der Frage ein, ob es der Zeitgeschichte gelungen sei, in der Öffentlichkeit eine differenzierende Sicht auf die DDR zu etablieren oder ob im Gegenteil die Gefahr des Verschwindens der DDR als einer Art Fußnote der deutschen Geschichte bestehe. Kocka bezeichnete die Behauptung vom Ende der DDR-Forschung als absurd, forderte jedoch erneut eine Erweiterung der nationalen auf die transnationale Perspektive. Ministerin Wanka hingegen wünschte sich, bei aller Kontextualisierung, eine weitere Vertiefung der DDR-Forschung. Auf die Frage Konrad Jarauschs nach einer möglichen Verbindung der beiden nannte Rüdiger Thomas als Beispiel die in Vorbereitung befindlichen Veranstaltungen zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953, die die Ereignisse in den breiteren Kontext einer europäischen Aufstandsgeschichte rückten und somit einen Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der sozialistischen Staaten leisteten. Auch die „friedlichen Revolutionen“ von 1989 stellten eine Klammer zwischen Ost und West dar, so daß die Beschäftigung mit diesen Ereignissen zwangsläufig eine Erweiterung des Forschungsrahmens ergebe.

Ministerin Wanka kritisierte die in der Geschichtswissenschaft weitaus schlechter als in den Naturwissenschaften funktionierende Kooperation zwischen ost- und westdeutschen Fachleuten. Ein Grund hierfür sei sicherlich die Diskreditierung der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften der DDR nach der Wende. Wanka konstatierte aber auch weiterhin westdeutsche Arroganz und Unverständnis, die die Thematisierung eigener Fehler behinderten. Die bisherigen Arbeiten des ZZF nannte sie jedoch kritisch und fair.

Zuletzt kam Konrad Jarausch noch auf das Thema zu sprechen, das den meisten Anwesenden unter den Nägeln brannte, nämlich das Schicksal der Forschungsinstitute über das Ende der DFG-Finanzierung hinaus ab dem Jahr 2007. Dazu jedoch konnte und wollte die Ministerin keine eindeutige Aussage machen. Die entsprechenden Gespräche hätten bereits begonnen und auch die DFG befände sich in einem Hinterfragungsprozeß.

Auf kritische Anmerkungen *Klaus-Dietmar Henkes*, TU Dresden, und *Thomas Lindenbergers*, ZZF, zu den belastenden und hemmenden Wirkungen des bisherigen Antragsverfahren auf die Forschung und Qualifikation der Wissenschaftler deutete die Ministerin an, daß die aktuelle Debatte auch vor der bisherigen Struktur der Forschungsförderung in Deutschland nicht Halt machen werde.

Abschließend äußerte die Ministerin Verständnis für die Sorgen der Institute und nannte deren Einwirkung auf die Diskussion der Bundes- und Landesorgane wünschenswert. Sie versprach eine weitere, intensive Auseinandersetzung, mahnte jedoch zur Geduld. Es sei im Interesse aller Beteiligten, wenn eine Entscheidung nicht zu schnell gefällt werde.

Wer hätte diesen harmonischen Abschluß der Veranstaltung mit dem Hinweis verderben wollen, daß die personellen und finanziellen Probleme der Forschungszentren nicht erst 2007 beginnen? Immerhin bot der Abend die erste Manifestation der vielbeschworenen Synergieeffekte an Neuen Markt: eine Menge Wärme, in Wort und Grad.

**EIGHTH TRANSATLANTIC DOCTORAL SEMINAR IN GERMAN HISTORY: GERMAN HISTORY, 1945–1990
POTSDAM, 1.-4. MAI 2002**

Patrice G. Poutrus

In der Zeit vom 1. bis 4. Mai 2002 fand im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam das achte „Transatlantic Doctoral Seminar“ (TADS) statt. Diese Kooperationsveranstaltung des *Deutschen Historischen Instituts* (DHI) in Washington, D.C., und des *BMW Center for German and European Studies* der Georgetown University führt seit 1995 immer im Frühjahr je acht junge amerikanische und deutsche Historiker zu einem intensiven Austausch über ihre laufenden Dissertationsprojekte zur deutschen Geschichte. Der Ort dieser Konferenz ist alternierend entweder das DHI in Washington, D.C. oder eine deutsche Universität bzw. Forschungseinrichtung, die zu dem jährlich wechselnden Untersuchungszeitraum der vorzustellenden Arbeiten einen besonderen Bezug besitzt. Da in diesem Jahr wieder ein Tagungsort in Deutschland an der Reihe war und Arbeiten zur deutschen Zeitgeschichte nach 1945 vorgestellt werden sollten, war es kein Zufall, daß die Entscheidung auf das Potsdamer ZZF fiel.

Für vier Tage wurde das Haus am Neuen Markt 1 zum Schauplatz eines sehr anregenden und in der Form einzigartigen deutsch-amerikanischen Gedankenaustausches zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Eingeleitet wurde die Tagung mit einem Vortrag von *Prof. Konrad Jarusch*, dem geschäftsführenden Direktor des ZZF, der sich mit den spannungsreichen Interaktionen zwischen Zeitgeschichtsschreibung, öffentlicher Debatte über die DDR-Vergangenheit und Geschichtspolitik seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten befaßte. Wie sich während des anschließenden gemeinsamen Abendessens zeigte, war damit eine exzellente Einstimmung für die „transatlantische Diskussion“ der kommenden drei Tage geliefert worden. Das Design der Tagung verfolgte das Ziel, der Diskussion der vorgestellten Papiere möglichst viel Zeit einzuräumen. Diese waren den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorab zugegangen. Jeweils zwei Doktoranden aus der Runde gaben kurze Kommentare zu den zwei pro Sektion vorgestellten Dissertationsvorhaben. Den präsentierenden Kolleginnen und Kollegen wurde dann die Möglichkeit zu einer ersten kurzen Reaktion gegeben, bevor sich eine einstündige, sehr sachbezogene Debatte anschloß.

Die gesamte Veranstaltung wurde zweisprachig abgehalten. *Prof. Roger Chickering* vom *BMW Center for German and European Studies*, der Spiritus Rektor des TADS, betonte einleitend, daß dieses Vorgehen der Ermutigung und Anregung der Teilnehmer diene. Die Leitung der Sektionen übernahmen *Dr. Andreas Daum* vom *Center for European Studies* der Harvard University, *Prof. Elizabeth D. Heineman* von der University of Iowa und als maßgeblicher Organisator und Vertreter des DHI *Dr. Richard Wetzell*. In gleicher Funktion nahmen

Prof. Christoph Kleßmann, Prof. Ulrich Herbert (Universität Freiburg) und Prof. Manfred Görtemaker (Universität Potsdam) am TADS teil.

Tatsächlich ging dieses Tagungskonzept sehr gut auf, wozu die Beiträge der Doktoranden einen gewichtigen Teil beitrugen. Leider können sie hier nur summarisch Erwähnung finden: Sieben der vorgestellten Papiere beschäftigten sich allein mit der DDR-Geschichte, wobei angemerkt werden muß, daß fünf davon von amerikanischen Kollegen stammten. Drei der mit DDR-Themen befaßten Kollegen und eine Kollegin mit dem Untersuchungsinteresse Bundesrepublik wählten Vergleichsuntersuchungen für ihren Gegenstand aus. Die Spanne der Themenauswahl war sehr breit, wobei ein deutliches Übergewicht geistes- und kulturgeschichtlicher Perspektiven auf die Zeitgeschichte zu erkennen war. Untersuchungen zur klassischen Politik- sowie zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte bildeten eher die Ausnahme. Ein klarer wissenschaftskultureller Unterschied wurde im Verlauf der Tagung insbesondere von den amerikanischen Kollegen herausgestellt: die starke Orientierung der deutschen Kollegen an analytischen Kategorien und Begriffen fiel ihnen besonders auf.

In der abschließenden Diskussion machten alle Teilnehmer klar, daß neben der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeit und dem konzentrierten Austausch über die Forschungen anderer Kollegen vor allem das respektvolle und aufgeschlossene Klima der Debatten während der Tagung für sie ein Erlebnis war. Mit dieser Einschätzung war nicht nur das Konzept des „Transatlantic Doctoral Seminar“ aufgegangen, sondern zugleich ein herausragendes Beispiel für die entwickelte Wissenschaftskultur der Disziplin geliefert.

**„DIE DDR ALS FUßNOTE DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSGESCHICHTE?“
ARBEITSTAGUNG IM ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG POTSDAM
AM 9./10. MAI 2002**

Irmgard Zündorf

War die DDR tatsächlich nicht mehr als eine Fußnote zur deutschen Wirtschaftsgeschichte? So die Fragestellung der am 9. und 10. Mai 2002 im ZZF in Potsdam organisierten Tagung, die von *André Steiner* (Potsdam) initiiert und durch die Fritz Thyssen Stiftung gefördert wurde. Als Referenten waren vor allem Experten der deutschen Wirtschaftsgeschichte eingeladen, deren Schwerpunkt bisher nicht speziell auf der DDR lag. Nach der Begrüßung durch den Direktor des ZZF, *Konrad Jarausch*, erläuterte Steiner Idee und Konzeption der Tagung. Die DDR sollte in die langen Linien der deutschen Wirtschaftsgeschichte eingebettet werden, um Traditionen, aber auch Brüche zu verdeutlichen. Dabei war der Bezug auf die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik gewollt. So konnte herausgearbeitet werden, inwieweit die beiden deutschen Staaten wirtschaftlich unterschiedliche Wege gingen und ob es nicht auch Ähnlichkeiten – nur mit unterschiedlicher Ausprägung – gab. Die Themen Wirtschaftsordnung, ökonomische Theorie, Wachstum und Konjunktur, Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen, Wohlfahrtsstaat und Außenwirtschaft wurden sowohl aus der Sicht der deutschen Wirtschaftsgeschichte insgesamt als auch vom spezielleren Blickpunkt der DDR-Wirtschaftsgeschichte her beleuchtet. Auf diese Weise sollte die DDR in ihrer Bedeutung für die deutsche Wirtschaftsgeschichte exakter verortet werden.

Die Vortragsreihe begann mit dem Thema „Wirtschaftsordnung“, wobei *Gerold Ambrosius* (Siegen) vor allem die Elemente „Planung und Lenkung“, „Verfügung und Eigentum“ sowie „Motivation und Anreiz“ behandelte. In der DDR sei die Planwirtschaft das geltende Ordnungsprinzip gewesen, dessen Legitimation durch das Wirtschaftswachstum hätte erfolgen sollen. Die mangelhafte Wirtschaftsentwicklung habe schließlich zu verschiedenen Reformansätzen geführt, die aber – aus Angst der Partei um ihre Macht – unzureichend blieben. Die Inflexibilität des Systems habe den Wandel vom extensiven zum intensiven Wachstum verhindert. Ambrosius betonte, daß sich die Wirtschaftsordnung der DDR von allen vorherigen unterschied, es aber zwischen der DDR und der Bundesrepublik neben der Ordnungsdichotomie auch Ähnlichkeiten gegeben habe, die er als spezifisch deutsche Kennzeichen wertete. Den grundsätzlichen Unterschied sah er in der Flexibilität, die in der Marktwirtschaft ungleich höher gewesen sei als in der Planwirtschaft und ersterer letztendlich das Überleben sicherte. Die „Verrechtlichung“ der Wirtschaftsordnung an sich sei aber beispielsweise ein übergreifendes Spezifikum der „deutschen“ Ordnung allgemein.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stand diese Verrechtlichung, die in bezug auf die DDR zeigte, daß die Masse der Vorschriften in sich nicht

konsistent war und sich dadurch hemmend auf die Produktion auswirkte. Damit stand sich die Wirtschaftsordnung schließlich selbst im Weg.

Zum Thema „Wirtschaftstheorie“ schrieb *Hajo Riese* (Berlin) den westlichen Wirtschaftswissenschaften ein Freund-Feind-Bild zu, das die DDR nur als plan-gesteuerte zentrale Verwaltungswirtschaft zeichnete, deren Negativfolie der Kapitalismus gewesen sei. In der DDR-Wirtschaftstheorie habe dagegen immer ein Widerspruch zwischen der Grundlage der Kapitalismuskritik und den theoretischen Bedürfnissen einer Planwirtschaft bestanden. Die vierzigjährige Existenz der DDR ließe sich nur verstehen, wenn man sie als anti-marxistisch einordne. Marx habe schließlich keine sozialistische Ökonomie aufgestellt, dies sei erst in der DDR versucht worden. Riese stellte vier Phasen der Entwicklung in der SBZ/DDR bis zur Wende 1989 dar. In der Zeit von 1945 bis 1949 habe sich das System etabliert. Bis 1962 sei die Erforschung der Wirtschaft des Staatssozialismus und die Frage nach der Notwendigkeit der planvollen Lenkung wichtigstes Ziel gewesen. Die dritte Phase von 1963 bis 1971 – die NÖSPL-Phase – bezeichnete Riese als interessant, aber nicht fruchtbar, da die Reformansätze mit und innerhalb des Systems gedacht waren. Die Honecker-Ära von 1971 bis 1989 sei durch das gescheiterte Streben nach der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gekennzeichnet gewesen. Die Wirtschaftstheorie der DDR wollte Riese – im Gegensatz zur Bundesrepublik – mindestens als Fußnote der deutschen Wirtschaftsgeschichte gelten lassen. Letztlich sei die DDR am Anspruch, die Theorie in die Praxis umzusetzen, gescheitert, wohingegen der Kapitalismus ohne Theorie weiter funktioniere.

Die Kritik an der mangelnden Theoriegrundlage der Marktwirtschaft wurde anschließend heftig diskutiert und mit Beispielen von Einflüssen des Ordoliberalismus und Keynesianismus auf die bundesdeutsche Wirtschaftspraxis konfrontiert.

Den letzten Vortrag des ersten Tages hielt *Albrecht Ritschl* (Berlin) zum Thema „Wachstum und Konjunktur“. Ritschl wies zunächst auf Probleme der Fragestellung hin: Passen Realsozialismus und Wachstum überhaupt zusammen, lassen sich Wachstumsraten zweier grundverschiedener Wirtschaftssysteme miteinander vergleichen und welche Zahlen sollen der Betrachtung der DDR-Wirtschaftsentwicklung zugrunde gelegt werden? Die Darstellung der Wirtschaft anhand von Wachstumszahlen liefert einen spezifisch westlich-kapitalistischen Blick, den Ritschl im folgenden mit ökonometrischen Methoden ausweitete. Die zugrundeliegenden Daten beruhten auf eigenen früheren Schätzungen. Der Vergleich der Wachstumsraten von 1946 bis 1989 zeigte ähnliche Konjunkturverläufe in Ost und West. Ritschl setzte daraufhin die Ost-Daten ins Verhältnis zu denen des Westens und zeigte eine Senkung des relativen Niveaus der DDR bis 1960 auf rund 35 Prozent (1946 = 100), das anschließend annähernd konstant blieb. Dies würde bedeuten, daß sich die Wirtschaft der DDR in ihren letzten 20 Jahren im Vergleich zur Bundesrepublik kaum verändert habe. Ritschl setzte die Wachstumsraten schließlich noch zeitversetzt zueinander in Relation, wodurch

ein vermeintlicher Einfluß der Ost-Entwicklung auf den Westen ab Ende der sechziger Jahre deutlich wurde. Als Erklärungsansatz verwies er auf die zeitgleiche Ausweitung des innerdeutschen Handels und den Beginn der Entspannungspolitik.

Die teilweise spielerisch anmutende Herangehensweise an das Thema löste im Plenum eine starke Diskussion über Methodik und Zahlenmaterial aus. Ritschl verwies darauf, daß er vor allem Denkanstöße liefern wollte und es nach wie vor an optimalen Daten zur DDR-Wirtschaft mangle.

Dem Thema „Beschäftigung“ näherte sich *Toni Pierenkemper* (Köln) über die „Arbeit“, die in der DDR einen besonders hohen Stellenwert innegehabt habe, was sich u.a. darin zeige, daß das Recht auf Arbeit in der Verfassung garantiert wurde. In der Beschäftigungspolitik machte Pierenkemper verschiedene „relative Erfolge“ aus: die Vollbeschäftigung und die Steigerung der Erwerbstätigenzahlen allgemein sowie der Frauenerwerbstätigkeit im besonderen. Bei einer Betrachtung der Beschäftigtenzahlen zeige sich in der DDR bereits 1949 die Vollbeschäftigung, während in der Bundesrepublik die Zahl der Arbeitslosen zunächst anstieg. Das Wachstum der Erwerbstätigenzahlen in den fünfziger Jahren bei gleichzeitiger Abwanderung von Arbeitskräften in den Westen sei durch den Anstieg der Frauenerwerbsquote und die Mobilisierung von Rentnern erreicht worden, die durch die niedrigen Versorgungsleistungen geradezu zur Erwerbstätigkeit gezwungen worden seien. Die Rücksichtnahme auf die Belange der Arbeitnehmer – besonders nach dem 17. Juni 1953 – habe sich schließlich blockierend auf die Wirtschaftskraft ausgewirkt. So sei die enge Beziehung der Beschäftigten zu ihrem Betrieb auch zu einem Hindernis für den Strukturwandel geworden: Neue Produktionsbereiche wurden in die bestehende Betriebsstruktur eingegliedert, statt weitere Betriebe zu gründen. Pierenkemper zog den Schluß, daß Effizienz und Gerechtigkeit immer im Gegensatz zueinander stünden: Der hohe Stellenwert der Gerechtigkeit in der Beschäftigungspolitik habe zur Minderung der Effizienz und schließlich zum Scheitern des Systems geführt.

Direkt im Anschluß stellte *Werner Plumpe* (Frankfurt/Main) die Entwicklung der „Arbeitsbeziehungen“ in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert dar: von der unregulierten Form vor 1870 hin zur regulierten im Kaiserreich, an die die Bundesrepublik angeknüpft habe. Dagegen sei die DDR einen neuen Weg gegangen. Der Frage, ob dies ein eigener oder der sowjetische Weg gewesen sei, ging Plumpe anhand der Motivlage, der Institutionen und der Praxis nach. Das Motiv sah er in der Kapitalismuskritik, die nach 1945 auf breite Sympathien in ganz Deutschland gestoßen sei, aber nur in der SBZ/DDR zu einem radikalen Bruch mit dem alten System geführt habe. Die Akteure – Gewerkschaften, Betriebsleitungen und Partei – waren kaum eigenständige Institutionen. Vielmehr ließ sich eine Art „fürsorglicher Paternalismus“ der Partei feststellen. Die SED habe ihre Macht durch die personelle Präsenz in allen wirtschaftlichen und politischen Bereichen und als eigenständige Form in der Doppelstruktur neben dem Staatsapparat erhalten. In der Praxis habe das Anreizsystem zur Steigerung der Ar-

beitsproduktivität nicht gewirkt, da trotz hoher Löhne und niedriger Preise das gewünschte Warenangebot gefehlt habe. Zusammenfassend verstand Plumpe die Arbeitsbeziehungen in der DDR als Mischung aus sowjetischen und traditionell deutschen Elementen. Ihre Struktur entsprach eher dem sowjetischen Modell. Dagegen sei in beiden deutschen Staaten das gleiche Motiv für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen zu finden: die Angst vor der „unsichtbaren“ Hand des Marktes. Die Risiken des Arbeitsmarktes sollten minimiert werden, indem der Staat die Rolle des Fürsorgers übernahm.

Die anschließende Diskussion drehte sich vor allem um die Erfolge bzw. Mißerfolge der Beschäftigungspolitik, die zum Scheitern der DDR beigetragen hätten. Dabei wurde der Anstieg der Frauenerwerbsarbeit als rein quantitative Entwicklung und nicht als qualitative Verbesserung im Sinne einer Modernisierung gewertet. Die außerplanmäßigen materiellen Leistungsanreize seien ein typisches Element sozialistischer Systeme, die letztendlich aber die Entkopplung von Leistung und Einkommen nicht verhinderten.

Zum Thema „Wohlfahrtsstaat“ sprach *Manfred G. Schmidt* (Heidelberg), der der DDR-Sozialpolitik mehr Aufmerksamkeit als nur der einer Fußnote zollte und sie als „Paradebeispiel eines eigenständigen Weges zu einem weit ausgebauten Wohlfahrtsstaat“ bezeichnete. Zur zentral gelenkten Sozialpolitik zählte Schmidt das Recht auf Arbeit als genuin sozialistisches Element und die Sozialversicherung in Fortführung der Bismarckschen Tradition. Die soziale Sicherung im Reproduktionsbereich sei kein spezifisches Moment der DDR gewesen, sei dort aber besonders ausgeprägt. Die betriebliche Sozialpolitik habe einer Mischung aus eigenen, nationalsozialistischen und sowjetischen Elementen entsprochen. Ein neues Element der DDR sah Schmidt in den Zusatz-Sonderversorgungssystemen. Das Recht auf Arbeit bewertete er als zentrales Charakteristikum des Systems, das es von anderen Systemen abhob, aber auch kostspielig und anfällig werden ließ. Der Zielkonflikt zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik konnte nicht gelöst werden, was im steigenden Rückstand der Konsumgüterproduktion der DDR gegenüber der Bundesrepublik deutlich wurde und zur Unzufriedenheit der Bevölkerung führte. Schmidt charakterisierte abschließend die DDR als einen autoritären, sozialistischen Wohlfahrts- und Arbeitsstaat, der zwar Ähnlichkeiten mit anderen Wohlfahrtsstaaten aufwies, dessen eigenständiger Weg aber überwog und schließlich zum Untergang des Staates geführt habe.

In der anschließenden Diskussion wurde das Tabu im Hinblick auf soziale Einschnitte als „Juni 1953-Effekt“ erklärt. Die Frage, ob das System mit einer besseren Früherkennung und der Möglichkeit der Fehlerkorrektur hätte funktionieren können, wurde mit der Begründung verneint, daß die Fehlerquellen systemimmanent gewesen seien.

Abschließend trug *Christoph Buchheim* (Mannheim) zum Thema „Außenwirtschaft“ vor. Anhand der Entwicklung der deutschen Exportquote, der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität und des Kapitaltransfers seit 1900 wies

er auf die Internationalisierung der Wirtschaft im Kaiserreich sowie nach dem Zweiten Weltkrieg hin. Die Zwischenkriegszeit sei dagegen eher durch „Deglobalisierung“ gekennzeichnet gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Bundesrepublik der Außenhandel erneut zum Motor des Wirtschaftswachstums. Die Außenwirtschaftsordnung der DDR dagegen sei durch das staatliche Außenhandels- und Devisenmonopol charakterisiert gewesen, was zu „Protektionismus in Potenz“ geführt habe. Dem überwiegend nur bilateral geführten Handel mit den RGW-Staaten – teilweise auch mit westlichen Ländern – fehlte es vor allem an exportfähigen Waren, aber auch an verlässlichen Preisbasen. Buchheim machte zwei außenwirtschaftliche Strategien aus. Einerseits hätten innerhalb der RGW-Staaten Parallelproduktionen für den Handel stattgefunden, die sich als Wachstumsbarriere für die Binnenwirtschaft auswirkten, da sie keine intra-industrielle Arbeitsteilung darstellten. Die zweite Strategie habe im stark subventionierten Import westlicher Investitionsgüter zur Stimulierung der Produktion bestanden. Um dies finanzieren zu können, sei der Handel innerhalb des RGW und dabei besonders mit der UdSSR hinsichtlich der günstigen Rohstoffe wichtig geworden. Buchheim wertete dies als gewaltige indirekte Subventionierung der DDR durch die UdSSR. Abschließend stellte Buchheim für die DDR die Tendenz zur Autarkiepolitik fest, die unvereinbar mit langfristigem Wachstum sei. Das ließ sich zwar in der staatlich gelenkten Wirtschaft der DDR ebenso wie in der Zeit des Nationalsozialismus über längere Zeit vertuschen, mußte aber letztendlich zum Verschleiß der Wirtschaft und damit zu ihrem Ende führen.

In der folgenden Diskussion wurde unter anderem die Frage nach der Rolle der UdSSR sowie der arabischen Staaten für die DDR-Außenwirtschaft im Zusammenhang mit der Ölfrage ausgiebig diskutiert. Der Stellenwert der westlichen Kredite und des Bereiches Kommerzielle Koordinierung konnten leider nur kurz angeschnitten werden.

Insgesamt wurden in allen Bereichen der Wirtschaft der DDR sowohl Brüche als auch Kontinuitäten zu den langen Linien der deutschen Wirtschaftsgeschichte sowie Parallelen zwischen den beiden deutschen Staaten deutlich. Dabei war es wichtig, daß der Blick auf die DDR nicht nur von ihrem Ende her bestimmt wurde. In der Nachkriegszeit herrschte in Deutschland geradezu eine Planungseuphorie, die in der DDR in die Praxis umgesetzt wurde und der sich die Bundesrepublik durch wirtschaftliche Erfolge zu entziehen suchte. Eingebettet in die deutsche Wirtschaftsgeschichte und im ständigen Vergleich zur sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik ergeben sich für das Verständnis beider deutscher Staaten Erkenntnisse, die nicht in einer Fußnote verschwinden sollten. Vor allem die lebhaften und kontrovers geführten Diskussionen zeigten, daß sowohl vom generalisierenden Blickwinkel aus als auch aus der Spezialistenwarte ein Bedarf an weiteren Ergebnissen zur DDR-Wirtschaftsgeschichte besteht.

FUNKTIONÄRE IN DREI GESELLSCHAFTEN TAGUNGSBERICHT

Renate Hürtgen

Das *Institut für soziale Bewegungen* an der Ruhr-Universität Bochum hatte vom 24.–25. Mai 2002 zu einem Workshop unter dem Titel: „*Funktionäre im 20. Jahrhundert – Anatomie eines Sozialtypus*“ geladen. Man traf sich im durchaus zum Thema passenden Haus „*Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets*“, das sicher schon manchen Funktionär des 20. Jahrhunderts gesehen hat.

Ein entscheidendes Motiv für dieses Arbeitstreffen hatten die Veranstalter *Helke Stadtland* und *Till Kössler* (Bochum) bereits in ihrem Einladungspapier erwähnt. Sie konstatierten eine, trotz spezialisierter Einzelforschungen, „überraschend unterentwickelte Historiographie“ und fehlende „übergreifende Zusammenschau“ des „Funktionärs als Sozialtypus“. Um diese Bestandsaufnahme und Zusammenführung neuerer Erkenntnisse und Ergebnisse zur „Funktionärsforschung“ in drei verschiedenen Herrschafts- und Gesellschaftssystemen sollte es auf dem Workshop dann auch gehen. Wer meint, ein solches Thema könne nur trocken und funktionärsbürokratisch abgehandelt werden, der irrt. Vielleicht lag es an der Offenheit des Themas selbst, vielleicht daran, daß keinerlei Zwänge zur Konformität das Arbeitstreffen belasteten. Die Neugierde auf das, was der/die Kolleg/in aus der anderen Forschungsrichtung zu erzählen hatte, war groß; die Lust, in These und Gegenthese zu einem verallgemeinerbaren Ergebnis zu kommen, ebenso. Von Anfang an stand zudem die spannende Frage im Raum, ob die Geschichte inzwischen nicht längst über den „Funktionär“ hinweggegangen sei, das Phänomen sich also erledigt habe und ein neuer Begriff für die Sache gefunden werden müsse.

Nach einer Begrüßung durch *Klaus Tenfelde*, Leiter des Instituts für Soziale Bewegungen, führte *Helke Stadtland* (Bochum) in das Thema ein. Überprüft werden sollte, inwiefern sich über eine Untersuchung des Funktionärs als möglicherweise *der* sozialen Figur des 20. Jahrhunderts schlechthin neue systemübergreifende Perspektiven auf die jüngere deutsche Geschichte eröffneten. Dabei beziehe sich die Untersuchung auf einen Zeitraum, in dem der Funktionärsbegriff häufig pejorativ verwendet oder ganz vermieden wurde. Während den Nationalsozialisten zufolge Funktionäre als Teil der marxistischen Arbeiterbewegung der Vergangenheit angehört hätten, sei in der Bundesrepublik selbst die SPD 1954 zum Funktionärsbegriff auf Abstand gegangen, während die CDU diesen von Anfang an für sich vermieden habe. Und im Kaderstaat der DDR seien Funktionäre dermaßen allgegenwärtig geworden, daß die Trennschärfe dieser Bezeichnung erst einmal fraglich erscheinen möge. Dennoch zweifele kaum jemand ernsthaft an der Existenz und Bedeutung von Funktionären, die sich zunächst einmal minimalistisch beschreiben lassen würden als solche, denen –

nach Rekrutierung durch Auswahlverfahren – eine Funktion übertragen wird und die Interessen organisieren, die sie nicht notwendigerweise selbst besitzen. Tatsächlich würden aber mit einer solchen Definition noch viele Fragen offenbleiben: Sollen sowohl hauptamtliche wie auch ehrenamtliche Funktionäre betrachtet werden, sind neben den mit konzeptionellen Arbeiten Betrauten auch die ausführenden bzw. kontrollierenden Organe einzubeziehen, und in welchem Zusammenhang steht die im allgemeinen von Funktionären geleistete Vertretung partieller Gruppeninteressen mit ihrer in der Regel aufs Gemeinwohl ausgerichteten Rhetorik? Lassen sich bestimmte Phasen in der Entwicklung dieses Sozialtypus feststellen? Handelt es sich beim Funktionär eher um ein westliches oder doch um ein systemübergreifendes Phänomen?

Die *erste Sektion*: Zwischen Bewegung und faschistischem Staat. Die Entwicklung nationalistischer Funktionärsgruppen von den zwanziger Jahren bis Kriegsende, bestritten *Jan-Eric Schulte* (Dortmund) und *Armin Nolzen* (Bochum).

Schulte sprach zur „*Verschmelzung von Partei- und Staatsaufgaben*“: *Das Führungskorps der SS im „Dritten Reich“*. Dabei unterschied er zwei Phasen. Die „Kampfzeit“ 1925 bis 1933, während der „die haupt- und ehrenamtlichen Führer (der Allgemeinen SS) den typischen, partikulare Interessen vertretenden Funktionär einer (militärisch strukturierten) Parteiformation“ repräsentierten. Diese SS-Führer waren jung, stammten zu etwa 40% aus dem Arbeitermilieu und 50% aus dem Mittelstand, waren meist Volksschulabgänger und hatten eine militärische Sozialisation hinter sich. Die Zugkraft für die Funktionsübernahme könne wohl vor allem aus Aufstiegsmotiven aus einer sozial unterprivilegierten Situation erklärt werden. In der Phase der „Machtergreifung“ 1933 sei ein sozialer Wandel und politischer Bedeutungsverlust für die Funktionäre eingetreten. Gleichzeitig verdoppelte sich der Anteil der Akademiker und des gehobenen Mittelstandes im Funktionärskorps. Vor allem Personen aus dem Bildungsbürgertum übernahmen gern ehrenamtliche Funktionen, deren Motivation jetzt nicht immer aus ideologischen Gründen als vielmehr aus Opportunismus und Karrieregründen sowie einem ausgeprägten, aus dem Rassismus geborenen Elitebewußtsein zu erklären sei. Mit dem „Staatsschutzkorps“, das eine Zusammenführung von staatlicher Sicherheitspolizei, Parteinachrichtendienst und den dort tätigen Beamten und Funktionären im Reichssicherheitshauptamt darstellte, konnte Jan-Eric Schulte auf ein auf dem Workshop wiederholt diskutiertes Phänomen der unscharfen Trennung zwischen Funktionär und Beamtem hinweisen. Eine weitere SS-Funktionärselite machte er in der 1934 errichteten SS-Verfügungstruppe aus, in der sich eine Verzahnung von Partei- und Staatsdiener überdeutlich abgezeichnet habe. Es sei das Anliegen gewesen, die „fachliche Befähigung des traditionellen Beamten und politische Parteinahme des Funktionärs (...) im neuen SS- und Polizeiführungskorps“ zusammenzuführen. Zugleich trat neben das partikulare Interesse der Organisation ein übergeordnetes, dem Willen des „Volkes“ folgendes Gemeininteresse.

Armin Nolzen thematisierte den „Kreisleiter der NSDAP im ‚Altreich‘, 1932/33 bis 1945 als Funktionär in einer faschistischen Partei. Der Funktionärstyp der NSDAP sei bislang kaum untersucht, obwohl es nach 1933 mehr als eine halbe Million Funktionäre dort gab, 99% von ihnen waren ehrenamtlich tätig. (Ob damit der Nationalsozialismus tatsächlich die meisten Funktionäre hervorgebracht hatte, stand später noch zur Diskussion). Allein die Kreisleiter, die die mittlere Ebene zwischen den Parteigauen bildeten, seien inzwischen recht gut erforscht. In seiner Ausgangsthese behauptete Nolzen, daß sich die NSDAP seit der „Machtergreifung“ von einer charismatischen zu einer bürokratisch verfaßten sozialen Bewegung entwickelte. Analog dazu lasse sich eine Substituierung der alten bürokratischen Apparate anhand der Kreisleiter gut dokumentieren, die immer mehr Aufgaben übernahmen, welche traditionell der staatlichen Verwaltung zukamen. Dennoch wandte sich Nolzen gegen eine einfache Übernahme des Funktionärs- oder auch Beamtenbegriffs, wenn nicht zugleich die Kriterien ihres Handelns, die Zielrichtung und die Art der Realisierung einbezogen würden. Denn erst „durch eine praxeologische Erweiterung der Weberschen Herrschaftssoziologie“ ließe sich die Funktion der Kreisleiter analytisch fassen. Im folgenden bestimmte er diese und stellte fest: „Es war ihre faschistische soziale Praxis, symbolisiert im permanenten Zusammenfallen von Propaganda und Gewalt, die sie von allen anderen Funktionären des 20. Jahrhunderts unterschied.“

In einer *zweiten Sektion*: Funktionsträger der Wirtschaft in Diktatur und Demokratie. Wirtschaftsinteresse und -mentalitäten nach 1933, schlugen *Christoph Boyer* (Frankfurt/M.) und *Werner Bühner* (München) den Bogen vom Nationalsozialismus zur DDR und zur BRD.

Christoph Boyer verglich *Wirtschaftsfunktionäre der DDR und des Nationalsozialismus* nach den Bedingungen ihres Agierens, ihren Leitbildern und Programmen, ihrer Praxis, ihrem Sozialprofil sowie Habitus und Mentalität. Für die DDR konzentrierte er sich dabei auf die Funktionäre der Deutschen Wirtschaftskommission und den Zeitraum bis etwa 1955. Zusammengefaßt konstatierte er, daß der idealtypische Kader der „regimeeigenen“ Schicht von Wirtschaftsplanern in der DDR sich durch eine Kombination von technisch-administrativer Kompetenz, administrativ-organisatorischen Fähigkeiten, marxistisch-leninistischer Schulung, politischer Loyalität und klassenmäßigem Verhalten auszeichnete. Das Leitbild sei die kleinbürgerliche Wohlanständigkeit der „sozialistischen Moral“ gewesen. Die alten bürokratischen Untugenden von Ineffizienz, Formalismus und Verantwortungsscheu hätten sich nach kurzer Zeit aufgrund struktureller Gegebenheiten eines stark zentralisierten Wirtschaftsapparates herausgebildet. Demgegenüber existierten im NS weder eine derartige Kaderpolitik „aus einem Guß“ wie in der DDR noch eine derart monokratisch angelegte Wirtschaftsorganisation, was dann auch zu einem eher polymorphen, uneinheitlichen Charakter der NS-Funktionäre geführt hätte. Ursache dafür seien die Strukturdifferenzen zwischen beiden Gesellschaften, über die auch ihre prinzipielle Ge-

meinsamkeit – der unbeschränkte Primat der Politik über die Ökonomie – nicht hinwegsehen lassen kann.

Werner Bühner widmete sich den *Funktionären im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)*. Zu den Besonderheiten dieses Typus gehöre, daß hier die Ehrenamtlichen eher repräsentative Aufgaben wahrnehmen und in der Mehrzahl zugleich Eigentümer-Unternehmer sind, die Hauptamtlichen dagegen die eigentliche Verbandsarbeit zu leisten haben. Beiden sei eigen, daß sie sich äußerst widerwillig als „Funktionäre“ bezeichnen wollen; der „bloße Funktionär“ war (und ist) eine durchaus abfällige Bezeichnung unter ihnen. Der „freie, eigenverantwortliche Unternehmer“ dagegen sei das (homogene) Leitbild sowohl für den ehrenamtlichen als auch hauptamtlichen Funktionär im BDI. Während im DIW der DDR der „Staatsunternehmer“ saß, repräsentierte der BDI den Mittelstandsunternehmer. Dennoch sei das Selbstverständnis vor allem der Hauptamtlichen geprägt von einem professionell-„dienendem“ Amtsverständnis, also einem Funktionärsverständnis im klassischen Sinne, zudem sei es äußerst homogen im oben benannten Verständnis. Bühner beschrieb im folgenden die ausgeprägte Organisationstreu und den geringen Austausch von Funktionären zwischen 1949 und 2002 sowie die geringe innerorganisatorische Modernisierungsneigung und Veränderungslust, von einigen episodischen Ausnahmen in der Ära Henkel abgesehen. Der offensichtlich im BDI früherer Jahre bevorzugte Begriff des „Wirtschaftsbeamten“ ließ die Diskussion um eine Abgrenzung zum „Funktionär“ unter den Teilnehmern des Workshops wieder aufleben.

Die *dritte Sektion*: Kader und Manager. Zwei Wege von Funktionsträgern der Arbeiterbewegung? verblieb in der SBZ/DDR und in der Bundesrepublik. Thema waren die Gewerkschaftsfunktionäre beider Gesellschaften.

Helke Stadtland (Bochum) widmete sich in ihrem Beitrag *Gewerkschaftsfunktionäre im „Kaderstaat“*. *Soziale Zusammensetzung, mentale Strukturen, Selbstbilder und Kommunikationsmuster* der Zeit bis etwa 1955. Sie stellte fest, daß zu einer entscheidenden Bedingung für das Erscheinungsbild (und Funktionieren!) des neuen Kaderstamms des FDGB die soziale Herkunft, die in der Sozialisation zuvor erworbenen Vorstellungen, Mentalitäten oder Handlungsoptionen der Funktionäre waren, aber auch deren innerorganisatorisches Zusammenwirken. Für die soziale Zusammensetzung konstatierte sie einen spätestens 1952/53 weitgehend durchgesetzten Generationswechsel vom Funktionär alten Typs mit sozialdemokratischer Tradition hin zu einem eher jungen, ohne eine solche Tradition herangewachsenen Funktionär, nicht selten parteilos oder ehemaliges Mitglied der NSDAP. Sein Bildungsstand und seine Qualifikation waren gering, die einsetzende ideologische Schulung durch den FDGB konnte diesen Mangel kaum beheben. Als vorherrschende mentale Disposition machte Stadtland für diese Funktionärgeneration solche in der HJ- oder BDM-Zeit erworbenen und im neuen DDR-Staat durchaus kompatibel einsetzbaren Denk- und Verhaltensweisen aus wie politisches Desinteresse, Konzentration aufs Private und die Karriere, aber auch Leistungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein und Gehorsam.

Die Referentin beschrieb dann die ungeheure Ausweitung des Funktionärsstatus im FDGB und deren widersprüchliches Verhältnis zur „Masse“, welche sie zu vertreten vorgaben. Anders als Boyer und Nolzen, die die Organisation als den eigentlichen Formierungsort des Funktionärstypus ausmachten, verwies Stadtland damit stärker auf die Sozialisationszeit vor der Übernahme der Funktion als entscheidend für spätere Typisierungen. Ihre Beschreibung der innerorganisatorischen Kommunikation konnte allerdings gleichfalls deutlich zeigen, wie hoch die Bedeutung der jeweiligen Organisationsstruktur für die Herausbildung des Funktionärstyps ist, die in der DDR zu einer beinahe „geschlossenen“ Gesellschaft führte, in der ein eigener Sprachstil ausgebildet wurde.

Renate Hürtgen (Potsdam) konnte fast nahtlos mit ihrem Beitrag *Vertrauensleute des FDGB in den siebziger und achtziger Jahren: Keine Funktion mehr für den Funktionär der Gewerkschaften?* an dem vorherigen anknüpfen. Die Weichen waren in vielem für die kommenden Jahrzehnte in der DDR gestellt, der von Stadtland beschriebene Funktionärstyp des FDGB schien bereits 1950 seine endgültige Ausprägung erhalten zu haben. Allerdings gab es wichtige Unterschiede, die auf eine veränderte Strukturbedingung hinweisen. Zum einen ist signifikant, daß die betriebliche Gewerkschaftsarbeit, namentlich die des hier behandelten Vertrauensmannes, zunehmend Sache der Frauen wurde, die sogar viele Vorsitzendenfunktionen übernahmen. Der Typus der parteilosen Angestelltenfrau der mittleren Generation prägte das Bild der Gewerkschaften. Diese brachten zahlreiche in einer typischen Frauensozialisation erworbene Eigenschaften und Verhalten in diese Funktion ein: Sie verstanden sich als unpolitisch, vermieden gerne jeden Konflikt, polarisierten nicht, kamen mit allen gut aus, waren ausgleichend, gesellig und für Gerechtigkeit. Dies „paßte“ genau zum Inhalt der Funktion, die der Vertrauensmann verstärkt in den siebziger und achtziger Jahren als „rechte Hand des Leiters“ und Verteiler kleiner Dienste und Güter hatte. Die Referentin vertrat die These, daß in einem Selektionsprozeß genau jener Funktionärstyp die Funktion eingenommen hatte und seinerseits nun die Strukturen prägte, der die besten Voraussetzungen für dieses Amt mitbrachte. Wie rasch dieser Typ ins Abseits geriet, wenn er nicht mehr „gebraucht“ wurde, ließe sich an der Entwicklung nach 1989 gut nachvollziehen.

Karl Lauschke (Dortmund) ging am Beispiel von *Vorsitzenden ausgewählter bundesdeutscher Gewerkschaften* der Frage nach, ob diese sich vom Funktionär zum Manager entwickelt hätten. Seinen Ausführungen lägen noch keine eigenen empirischen Untersuchungen zugrunde, sie seien eher hypothetisch, zumal in der empirischen Eliteforschung, in der der Gewerkschaftsführer eher eine „Außen-seiterrolle“ einnehme, auch kaum Ergebnisse vorlägen. Lauschke hob die schwierige Doppelrolle des Gewerkschaftsführers hervor, der sich ständig zwischen Professionalität und „Wertegemeinschaft“ zu bewegen hätte, da Gewerkschaften zwei konkurrierenden Strukturprinzipien folgten: Dem einer sozialen Bewegung und dem einer Arbeitsorganisation. So blieben die Funktionäre „bei aller Eigenständigkeit organisatorisch wie normativ stets an ihre Basis gebun-

den“. Diese Rückkopplung zu den Mitgliedern sei existenznotwendig, ihr „Stallgeruch“ (der nicht zuletzt auch aus ihren Herkunft resultiere) ein wichtiges Bindeglied. Trotz aller Rationalität ihres Tuns blieben sie Funktionäre, die vom Wohlwollen ihrer Organisation und vor allem von der Anerkennung durch die Mitgliedschaft abhängig seien.

In der *vierten Sektion*: Abschied vom Funktionär? Funktionsträger in den „klassischen“ Funktionärsparteien SPD und KPD der Bundesrepublik, sprach *Julia Angster* (Tübingen) über *Die „Westernisierung“ der Sozialdemokratie, 1940–1965*. Sie konstatierte einen um 1960 sich vollziehenden, tiefgreifenden politischen Wandel in der SPD – und wenige Jahre später auch in den Gewerkschaften – hin zu westlich-liberalen Wertvorstellungen. In ihrer Begründung für diese Neuorientierung konzentrierte sich Angster auf die Rolle von Spitzenfunktionären namentlich der SPD in diesem Prozeß. Sie machte eine Gruppe von in die westlichen Länder emigrierten Politikern aus, die ihre dort gesammelten Erfahrungen mit einer liberalen Wirtschaft und Politik einerseits und der gleichzeitigen Desillusionierung mit dem Kommunismus andererseits dazu veranlaßt hätte, die westlich-liberalen Ordnungsvorstellungen nunmehr mit Vehemenz und einem deutlichen Antikommunismus nach Deutschland zu transportieren. Zu diesem Zweck installierten sie ein feingespinnenes Netz von informellen Strukturen sowohl zu den im Exil Verbliebenen und Organisationen etwa in den USA (transatlantische Zusammenarbeit), als auch zu Reformpartnern im Land selbst („Zehnerkreis“). Indem diese Funktionäre Ordnungsvorstellungen aus anderen Ländern in die westdeutsche Arbeiterbewegung übertrugen – so ein Kerngedanke der Referentin – sind sie zu Protagonisten des Wertewandels aufgrund ihrer biographischen Prägung geworden. Seitdem gäbe es nicht nur neue Werte in der Sozialdemokratie, sondern auch einen neuen Funktionärstyp.

Es waren die gleiche Zeit und der gleiche Ort, die *Till Kössler* (Bochum) in seinem Beitrag über die *Grenzen der Kaderpartei. Die Kreissekretäre der KPD 1945–1956* zugrunde legte, dennoch schienen die Themen Welten zu trennen. Kössler beschrieb die Konflikte um den Funktionär und die Funktionärsrolle in der Nachkriegs-KPD, die in eine zähe Auseinandersetzung um den richtigen politischen Kurs der Partei eingebunden waren. Während die Parteiführung aus einem technokratischen Politikverständnis heraus ein Korps anonymer und vielseitig verwendbarer Avantgarde-Kader schaffen wollte, der die neue national ausgerichtete Parteilinie gegen Widerstände vor Ort durchsetzen sollte, dominierte an der Parteibasis ein in der Arbeiterbewegung der Weimarer Jahre verwurzelter Funktionärstyp, der sich als lokaler Arbeiterführer verstand und auf einer gewissen Unabhängigkeit gegenüber der Parteizentrale beharrte. Die heftigen Konflikte, die sich aus dieser Interessendivergenz ergaben, suchte die Ostberliner Parteizentrale durch eine Modernisierung des Funktionärskörpers „von oben“ auf autoritäre Weise zu lösen. Durch den Einsatz sehr junger, nicht im kommunistischen Parteimilieu verwurzelter Kader sollte gegen lokale Widerstände eine vollständige Übernahme der eigenen Zielvorgaben erzwungen wer-

den. Die Maßnahmen erwiesen sich jedoch als kontraproduktiv, da sie in ihrem technokratischen Zugriff die soziale Verankerung kommunistischer Politik mißachteten und letztendlich eine Zerstörung der lokalen personellen Basis der KPD bewirkten. Die Basisfunktionäre hingegen waren einem ständigen Konflikt zwischen verinnerlichter Parteidisziplin und Resistenz gegenüber ihnen unverständlichen Anforderungen ausgesetzt, der vielfach in einen resignierten Rückzug aus der aktiven Parteiarbeit mündete.

Die *fünfte Sektion*: Funktionär wider Willen? Die Erben der konfessionellen Milieus vor neuen Herausforderungen, thematisierte zum einen die *Sozialgeschichte der hauptamtlichen CDU-Mitglieder* durch Frank Bösch (Göttingen), zum anderen die *Funktionäre im Katholizismus* durch Christian Schmidtman (Bochum).

Mit dem Beitrag von Bösch war das Problemfeld „Wie definiere ich den Funktionär?“ wieder explizit angesprochen, denn der Referent stellte eine Partei vor, für die – wenigstens in ihren Anfängen nach 1945 – der Funktionär ein „Schreck- und Vorbild“ war. Schreckbild, weil der hauptamtliche Parteiarbeiter nicht einem Vertretungsanspruch des gesamten Volkes entsprach und nicht dem bürgerlichen Selbstverständnis individueller Freiheit. Zudem war die Beziehung zum „sozialistischen Kollektivismus“ für die CDU im Funktionärsbegriff evident. Vorbild, weil auch die frühe CDU nicht ohne einen funktionierenden Organisationsapparat auskam und die Wahlerfolge der SPD auch als Resultat eines effektiven Funktionärskörpers gesehen wurden. Allerdings konnte sich die CDU in ihrer Regierungszeit auf die Hilfe von Kirche und Wirtschaft verlassen. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre war die CDU dann auch gezwungen, ihr vornehmlich ehrenamtliches Vereins- und Verbandsvorfeld, darunter auch die eher unqualifizierten Kreisgeschäftsführer, durch hauptamtliche Parteimanager zu ersetzen. Dies wurde vom Referenten als wirkliche Modernisierung der Organisation beschrieben, die auch von einem Generationswechsel begleitet war und eine deutliche Professionalisierung des Apparates zur Folge hatte. Nunmehr rückte die Flakhelfergeneration auf die Posten, die verstärkt eine Parteikarriere damit verbanden. Zwar sollte das Ressentiment gegen den Funktionär bestehenbleiben, der starke Apparat aber wurde auch in der CDU positiv sanktioniert.

Auf eine andere Weise wurde der Funktionärsbegriff in *Christian Schmidtmanns* Beitrag über die *katholischen Vereine und Verbände*, die auch als Reaktion auf verlorengegangene ständisch-organisierte Gemeinschaften seit dem vorigen Jahrhundert entstanden, problematisiert. Der Referent spannte den Bogen von den im 19. Jahrhundert die Kirchenarbeit deutlich prägenden Verbänden und Vereinen, mit vielen haupt- und ehrenamtlichen Funktionären, die weitgehend unabhängig von der zentralen Kirchenhierarchie ein eindrucksvolles Verbandsleben organisierten und sich im besten Sinne als Interessenvertreter ihrer Mitglieder verstanden, über eine bereits vor 1933 einsetzende, wieder stärker an die Kirche gebundene Gegenbewegung mit einem starken Konzentrations- und Konformitätsdruck bis zu den fünfziger Jahren, in denen der hauptamtliche „All-

roundfunktionär“ mit einer hohen Qualifikation zum bestimmenden Typ im katholischen Bereich werden sollte. Vor allem die nun veränderte Funktion, immer mehr auch Dienstleistungen in professioneller Art anzubieten, ließen den lebensweltlich verankerten Funktionär in den Hintergrund geraten. Das Problem einer funktionärszentrierten Perspektive, welches sich Schmidtman im Zusammenhang mit seinem Forschungsgegenstand stellt, ist die Frage, wie sich die tendenzielle Auflösung der institutionellen Strukturen und damit der etablierten Funktionärsrolle erfassen lasse, wenn nicht auch „informelle Integrationsmechanismen, fluide Gruppenbildungen und disparate Vergesellschaftungsformen“ in den Blick genommen werden.

Im Laufe des Workshops hatte es verschiedentlich spontane „Angebote“ einer Begriffsbestimmung gegeben. Sie reichten von der Eingrenzung auf den hauptamtlichen Funktionär über die Ausschaltung von Staatsfunktionären bis zur Definition des Funktionärs als leitende Person. Während man sich schnell einigen konnte, den Funktionär nicht nur als hauptamtlichen oder leitenden zu fassen, mußte die Reduzierung auf das Amt in einer Nichtregierungsorganisation oder Partei anlässlich der gerade beschriebenen Verschmelzung von Staats- und Parteifunktionen in den Diktaturen einige Diskussionen auslösen. Es lag nahe, daß gerade Christoph Boyer auf einer sehr weiten Definition insistierte, die den Funktionär ganz allgemein als Träger von in industriell komplexen Gesellschaften geschaffenen Apparaten verstanden wissen wollte.

Die Abschlußdiskussion machte noch einmal deutlich, daß der Funktionär zunächst vor allem in den von der Arbeiterbewegung gegründeten Parteien, Organisationen und Verbänden zu einer wichtigen Figur einer pluralen Industriegesellschaft werden sollte. Dort diente er – und unterschied sich damit vom Beamten oder Angestellten – vor allem den Zielen seiner jeweiligen Organisation; er war ein notwendiger Vermittler zu den Mitgliedern und entscheidender Träger von Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Die rasch einsetzende pejorative Verwendung machte jedoch genau diesen Aspekt der Partizipation bald unkenntlich. In den sechziger und siebziger Jahren lassen sich entscheidende Zäsuren in der „Funktionärs-geschichte“ feststellen, die wesentlich mit der Bedeutungszunahme informeller Strukturen und der Massenmedien zusammenhängen. Diese machen es notwendig, nicht den „Funktionär“ aus der Forschung zu verbannen, sondern den eingetretenen Strukturwandel und die daraus resultierende veränderte soziale Rolle des Funktionärs in den Blick zu nehmen, wie Till Kössler in seinen anregenden zusammenfassenden Bemerkungen formulierte.

**DIE FRÜHEN JAHRE DES ERFOLGSMODELLS BRD.
EVANGELISCHE AKADEMIE LOCCUM IN KOOPERATION MIT DER
FORSCHUNGSSTELLE FÜR ZEITGESCHICHTE, HAMBURG
(31. MAI–2. JUNI 2002)**

Marcus M. Payk

Die in der Evangelischen Akademie Loccum vom 31. Mai bis zum 2. Juni 2002 veranstaltete Tagung verfolgte eine doppelte Zielsetzung: So sollte die ab Mitte der 1990er (erneut) einsetzende Lesweise des Gründungsjahrzehnts der Bundesrepublik Deutschland als Fundament einer „Erfolgsgeschichte“ kritisch beleuchtet werden; daneben zeigte der postmodern anmutende Untertitel „Die Dekonstruktion der Bilder von der formativen Phase unserer Gesellschaft durch die Nachgeborenen“ an, daß hier auch Interesse und Selbstverortung der mit dieser Zeit befaßten jüngeren Historiker hinterfragt werden sollten. Gibt es generationspezifische Wahrnehmungen und Erzählweisen für die Gründungsphase der Bundesrepublik als dem eigenen Gemeinwesen lautete somit auch die Frage, mit der Tagungsleiter *Jörg Calließ* (Loccum/Hannover) am Freitag vor das Plenum der versammelten 70 bis 80 Teilnehmer trat.

Der einführende Vortrag von *Jürgen Reulecke* (Siegen) über Abfolge und Bedeutung von Generationen für die Geschichtsschreibung versuchte das Tagungsthema methodisch zu unterfüttern und dabei Elemente eines „kulturgeschichtlichen Spiels“ in den individuellen und kollektiven Sinnstiftungsbedürfnissen einzelner Alterskohorten zu entdecken; hierzu gruppierte Reulecke seine Überlegungen vor allem um den Begriff der „Generationalität“ und machte dessen Verwendung an verschiedenen Beispielen anschaulich.

Im Anschluß an diese Einleitung behandelten am Nachmittag und Abend zwei Podiumsgruppen die Geschichte der Bundesrepublik aus einer „etablierten“ und einer „jüngeren“ Sichtweise. Die erste Diskussion über „Was es heißt und was es erfordert, die Bundesrepublik Deutschland zu historisieren“ wurde von *Franziska Augstein* von der Süddeutschen Zeitung (München) mit einigen Stichworten zur Differenz von öffentlichem und fachlichem Interesse eröffnet; gesamtgesellschaftlich gesehen, so konstatierte sie, sei „das Vergessen enorm“, mithin würden sich ähnliche Diskussionen vor allem um Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus stets wiederholen. In einem kurzen Abriß zeigte *Paul Nolte* (Bremen) anschließend verschiedene zeitliche Phasen wissenschaftlicher Bearbeitung der Zeitgeschichte auf und verwies auf mögliche zukünftige Fragestellungen, darunter auf den Umstand, daß aus gegenwärtigen oder bevorstehenden Problemlagen ein anderes Interesse für die Anfangsjahre der Bundesrepublik resultieren könnte. Dem schloß sich *Axel Schildt* (Hamburg) an – auch er sah die Möglichkeit einer Geschichte der Bundesrepublik als „Belastungsgeschichte“ und formulierte pointiert eine „Mißerfolgsgeschichte als böse

Zwillingsschwester“ der Erfolgserzählung –, erweiterte aber den Prospekt künftiger Problemstellungen außerdem um die Stichworte Internationalisierung und Westernisierung. Einen starken Akzent auf die bis dahin nahezu unerwähnt gebliebene SBZ/DDR setzte schließlich *Christoph Kleßmann* (Potsdam) in seinem Beitrag. Die Integration der Perspektive aus und auf die DDR sei unerlässlich für eine Geschichte der Bundesrepublik gerade in den 1950er Jahren: Ost-West-Differenzen wie -Gemeinsamkeiten wären in hohem Maße für Politik und Alltag in beiden deutschen Staaten bestimmend gewesen.

Die sich anschließende Diskussion der Referenten mit dem Publikum konzentrierte sich zunächst auf die Frage, ob mit der Vereinigung von 1990 wirklich eine Neubewertung der westdeutschen Gründungsphase eingesetzt habe oder ob es sich nicht eher um längerfristige, bereits in den 1980er Jahren einsetzende Perspektivenverschiebungen handele. Besondere Aufmerksamkeit fanden die vorgetragenen Überlegungen einer „Belastungs-“ oder „Problemgeschichte“; als prominentestes Beispiel wurde die desolote Situation der sozialen Sicherungssysteme genannt, und es wurde mehr als plausibel, daß hier fruchtbare Fragestellungen liegen, die kaum auf die Bestätigung einer Erfolgsgeschichte zielen, sondern im Gegenteil den stabilen wirtschaftlichen und sozialen Gründungskonsens Westdeutschlands und mehr noch seine jahrzehntelange Tradierung mittlerweile als Selbstblockade lesen müßten. Viel Zustimmung fand in diesem Zusammenhang *Klaus Naumann* (Hamburg) mit seiner auf die gesamte Geschichte der Bundesrepublik geprägten Sentenz von „Regimekontinuität und Systemwandel“, eine Einsicht, die vor allem den Unterschied zu vorhergegangenen Epochen deutscher Geschichte („Regimewandel und Systemkontinuität“) prägnant zusammenfaßte und zugleich die ungebrochene Beständigkeit der konstitutiven und normativen Elemente der Bundesrepublik über alle gesellschaftlichen Umbrüche hinaus anzeigte.

„Was die Nachgeborenen an der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland interessiert und wie sie deren frühe Jahre sehen“ war der Leitgedanke der nachfolgenden, krankheitsbedingt von fünf auf drei Teilnehmer geschrumpften Podiumsgruppe jüngerer Historiker. *Claudia Althaus* (Siegen/Giessen), *Phillip Gassert* (Heidelberg) und *Heidrun Kämper* (Mannheim) referierten teils aus den von ihnen bearbeiteten Projekten, versuchten aber daneben deutlich zu machen, worin die Besonderheit ihres eigenen historischen Interesses gegenüber einer älteren Generation bestehe. Hier wagte sich Gassert am weitesten vor, indem er – unter Verweis auf die Bedeutung von Konfession und Region – nachdrücklich für eine Historisierung der bundesrepublikanischen Anfangsjahre plädierte, die eher noch durch ihre Fremdheit als durch ihre Nähe faszinieren könnten.

In der nachfolgenden Diskussion wurde vor allem auf die vorgestellten Projekte reagiert. So erntete Althaus Zuspruch und interessierte Rückfragen, die für ihre Arbeit zur „Erinnerungskultur in den fünfziger Jahren“ Begrifflichkeiten wie plurale „Erinnerungsgemeinschaften“, „Erinnerungsresiduen“ sowie „Halböffentlichkeiten“ vorgestellt hatte. Hingegen wurde das von Kämper skizzierte

Vorhaben zu „Zeitreflexionen im ersten Nachkriegsjahrzehnt“ kritischer bewertet; hier wurde vor allem der sprachwissenschaftliche Ansatz – eine Argumentationsanalyse anhand eines isoliert stehenden Textkorpus’ – moniert, wenngleich einige präsentierte Termini (wie „Stigma-Management“ als Art des Umgangs mit der NS-Zeit) durchaus vielversprechend schienen. Andere Wortmeldungen gingen dann nochmals auf die Frage „Abschluß“ oder „Langzeitwirkung“ der 1950er Jahre ein, ohne daß es jedoch zu einer Übereinstimmung oder einem klar herausgearbeiteten Dissens gekommen wäre.

Am Samstag verteilten sich die Teilnehmer auf fünf parallel tagende Werkstattgruppen, in denen jeweils zwei Historiker ihre aktuellen Forschungsvorhaben vorstellten und woraus sich mehr oder minder strukturierte Diskussionen ergaben, die teils ganz den Präsentationen verhaftet blieben, teils aber auch darüber hinaus Einblick in gegenwärtige Interessenlagen und methodische Trends gaben. Ohne das äußerst breite Spektrum der behandelten oder zumindest ange-rissenen Inhalte der einzelnen Gruppen im einzelnen wiedergeben zu können, seien statt dessen zumindest die jeweiligen Schwerpunktsetzungen benannt: Vergangenheitspolitik (Vorsitz: Axel Schildt), Politische Kultur und Öffentlichkeit (*Irmgard Wilharm*, Hannover), Selbstentwurf und geistige Orientierung der Eliten (Klaus Naumann), Mentalität und Milieu, Sozialkultur und Alltag (Christoph Kleßmann) sowie Sozialer Wandel, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik (Jürgen Reulecke). Am Abend wurden dann die in den Einzelgruppen gewonnenen Erkenntnisse und mehr noch die verfolgten Problemstellungen knapp vor dem Plenum referiert.

Ein bilanzierendes Referat von Axel Schildt – der angekündigte Vortrag von Michael Jeismann mußte leider entfallen – leitete am Sonntag vormittag die letzte Session der Tagung ein. Schildt suchte die Grundgedanken der vorgestellten Forschungen und Interessenorientierungen der vergangenen Tage zusammenzufassen und diese dann auf das Tagungsthema zu beziehen. So erschien ihm, und darin fand er viel Zustimmung, daß die gegenwärtige Forschung gleich welcher Generation weniger durch „neue Blickweisen“ denn durch „Suchbewegungen“ zu charakterisieren sei; kultur- und mentalitätsgeschichtliche Zugänge eröffneten mit ihrer veränderten Bewertung ästhetischer und visueller Quellen zusätzliche, begrüßenswerte Ansätze, wobei Schildt dann doch nicht umhin konnte, die Frage zu stellen, wo dabei eigentlich „das Schwarzbrot der Sozialgeschichte“ bleibe.

Ein Panel aus von den Werkstattgruppen benannten Nachwuchswissenschaftlern versammelte sich zum Abschluß auf dem Podium, um ihre Interessen und Fragen an die Gründungszeit der Bundesrepublik nochmals und unter dem Eindruck der vorangegangenen Debatten zu formulieren. Als ein zentraler Gegenstand schälte sich dabei rasch die „Demokratieerarbeitung“ (*Volker Depkat*, Greifswald) in den 1950er Jahren heraus; zugleich sollte dieser „Erfolg der Demokratie“ jedoch stärker als bisher mit den unbestreitbaren (personellen, ideellen, mentalen) Kontinuitäten in Bezug gesetzt werden, worauf *Karl Moritz Scheibe*

(Freiburg) hinwies. Auch *Morten Reitmayer* (Trier) sah die politische Kultur als zentrales Sujet, lehnte allerdings ein „buntes Bild der fünfziger Jahre“ als allzu harmonisierende Sichtweise ab und verwies auf die nach seiner Ansicht dominierenden konservativ-demokratiefeindlichen Unterströmungen in der Gesellschaft. Hingegen wollte keiner der Podiumsteilnehmer die Anfangsjahre noch als „restaurative“ oder gar „bleierne“ Zeit gewertet wissen; *Sybille Buske* (Freiburg) und *Rafael Zagovec* (Darmstadt) verwarfen die Selbstmystifizierung der „68er“, nach der erst diese Generation die Bundesrepublik in eine demokratische Moderne geholt habe, wendeten sich aber andererseits auch gegen jede positivistische Apologetik der 1950er Jahre. Der Wunsch, die Gründungszeit unter Anerkennung der Leistungen und Erfolge zu sehen, ohne dabei Widersprüche und Brüche, Probleme und Konflikte zu vernachlässigen, durchzog schließlich fast alle Beiträge der „Nachgeborenen“, ebenso ihre generelle Neigung, die Anfangsjahre als abgeschlossene historische Epoche zu betrachten und Bewertungen jenseits der Zeitzeugenschaft der „Väter-“, „Mütter-“ und „Lehrergeneration“ vornehmen zu wollen.

Aufschlußreich war das auf der gesamten Tagung bei fast allen Referenten zu verzeichnende Bemühen, mit einigen markanten Strichen eine biographische Selbsthistorisierung vorzunehmen und diese mit der eigenen Profession als Historiker zu verknüpfen. Hier zeigten sich in den unterschiedlichen Introspektionen kluge Einsichten, viel Ehrlichkeit und zuweilen auch Selbstkritik. Die „älteren“ Historiker berichteten fast durchweg von einem ihr historisches Interesse stimulierendem Mißtrauen gegenüber der etablierten, als geschichtsfern wahrgenommenen Bundesrepublik der 1950er/1960er/1970er Jahre, in der sie aufgewachsen waren. Diese Einstellung habe sich, so der Grundtenor, nur langsam, aber eben auch durch die eigene professionelle Beschäftigung mit dieser Zeitspanne geändert. Beispielsweise befand Kleßmann, seine ursprüngliche kritische Wahrnehmung „verschwiegener Vergangenheit“ und „autoritärer Potentiale“ in der frühen Bundesrepublik sei zwar nicht obsolet geworden, habe sich aber differenziert und es sei ein Verständnis für Möglichkeiten und Grenzen der Aufbauzeit hinzutreten. Die „jüngeren“ Historiker hingegen betonten die Sozialisation in Wohlstand und (relativer) Sicherheit und berichteten von der als selbstverständlich wahrgenommenen Individualisierung der Lebensstile, die auch von der „Krisenstimmung“ der späten 1970er Jahre kaum tangiert worden sei. Gelegentlich wurde dabei aber auch ein wenig Ratlosigkeit sichtbar – ob denn die nachwachsenden Generationen nur noch Epigonen seien, fragte etwa Buske und vermißte ein spezifisches, aus gemeinsamen Erfahrungen resultierendes Erkenntnisinteresse an der frühen Bundesrepublik. Somit blieb nur die – letztlich triviale – Einsicht, daß, sobald sich die Forschung verstärkt den 1980er und 1990er Jahren zuwenden werde, Fragen nach der Zeitzeugenschaft und den eigenen Positionierungen neu gestellt werden müßten; Gassert hatte dies am ersten Tag bereits angedeutet, als er Mutlangen und Bitburg als prägende Erfahrungen seiner Generation erwähnte.

Allerdings, über diese etwas bemüht schematischen Gegenüberstellung von „jüngeren“ und „älteren“ Historikern hinaus, zeigte sich im Gegenteil auf der Tagung weit eher die Problematik eines auf eindeutige Zurechnung spekulierenden Generationenbegriffs. Eine *trennende* Linie entlang des Lebensalters, der Erfahrung oder der Zeitzeugenschaft schien in den verfolgten historiographischen Fragestellungen nicht recht sichtbar werden zu wollen. So blieb der Eindruck zurück, daß es eine tiefe generationelle Kluft zwischen den Historikern der vertretenen Jahrgänge kaum gebe, diese sich zumindest nicht in fundamentalen (etwa aus politischen Ansichten gespeisten) Bewertungsunterschieden oder methodischen Präferenzen erkennen ließe. Dies mag auch einer vergleichsweise homogenen Zusammensetzung der Teilnehmerschaft geschuldet sein, vermittelt aber eher das symptomatische Bild einer unaufgeregten Zeithistorie, deren geschichtspolitisch brisanten Gegenstände abseits des Faches in anderen öffentlichen Arenen umkämpft werden. Vehementen Widerspruch mag schließlich die Qualifikation der bundesrepublikanischen Historie als (problembewußte und kritisch angereicherte) „Erfolgsgeschichte“ – der Begriff des „Erfolgsmodells“ wurde dagegen verworfen – kaum mehr hervorrufen, vielmehr scheint sich momentan das Interesse zum einen auf Einzelaspekte einer „erfolgreichen“ oder „gescheiterten“ Lösung innerer Problemlagen, zum anderen nach vorn auf die 1960er, die 1970er und vereinzelt bereits auf die 1980er Jahre zu richten. Bedauerlich blieb allenfalls, daß die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den vorgestellten und projektierten Lesweisen nur selten den Rahmen einer traditionellen Nationalgeschichte überspringen konnte; zwar wurden verschiedentlich vergleichende, transfergeschichtliche ebenso wie übernationale Perspektiven angesprochen, in den Diskussionen jedoch kaum konsequent verfolgt. Selbst naheliegende Bezugspunkte wie die DDR oder Europa waren selten in die interesseleitenden Fragestellungen integriert, ebensowenig wie übrigens der Kalte Krieg. Versäumt wurde somit auch, die Frage zu stellen, ob denn eine Geschichte der Zeit nach 1945 überhaupt noch ohne Bezugnahme zu europäischen, transatlantischen und letztlich globalen Wirkungs- und Beziehungszusammenhängen geschrieben werden kann. Dies mag indes aber auch der für das nächste Jahr geplanten Tagung über die 1960er Jahre als „Reformperiode der BRD“ (Loccum, 16. bis 18.05.2003) vorbehalten bleiben.

**„ZEITGESCHICHTE ALS STREITGESCHICHTE.
HISTORISCHE KONTROVERSEN UND POLITISCHE KULTUR NACH 1945.“
WISSENSCHAFTLICHE KONFERENZ AM ZZF POTSDAM, 20.–22. JUNI 2002**

Albrecht Wiesener

Daß der Zeitzeuge als ärgster Feind des Historikers gilt, ist bekanntermaßen eine ironisierende Umschreibung der Probleme, mit denen sich vor allem die Zeithistoriker bei der Ausübung ihrer Arbeit konfrontiert sehen. Ihre sorgsam ausgearbeiteten Analyserahmen werden allzuoft durch singuläre Erinnerungen daran, wie es denn eigentlich gewesen ist, gesprengt. Zurück bleibt häufig genug eine Historikerkunft, die ausschließlich untereinander über die Geschichte und Erfahrungen der „Anderen“ kommuniziert und die der Präsenz von Geschichte in den medial inszenierten Öffentlichkeiten der Gegenwart skeptisch gegenübersteht, da sie nur selten einen angemessenen Rahmen für die Vermittlung historischen Fachwissens bieten. Dieser Umstand rückt allerdings in ein gänzlich anderes Licht, wenn die Historiker beginnen, sich über die Geschichte ihres eigenen Faches und der öffentlichkeitswirksamen Fachdiskussionen zu verständigen, die sich in Deutschland bis heute vor allem um den Nationalsozialismus als Leitthema der Zeitgeschichte bewegen. In diesem Falle wird der Zeithistoriker selbst zum Zeitzeugen, noch mehr: seine eigene Biographie kann darüber hinaus zum Erklärungshintergrund für das streitige Verhalten in der fachlichen Auseinandersetzung werden. Zudem öffnet sich dabei der Blick auf die Gemengelage von Politik und Öffentlichkeit wie von selbst. Die Auseinandersetzungen mit den politischen Zumutungen innerhalb einer medial inszenierten Öffentlichkeit konstituieren überhaupt erst das besondere Selbstverständnis einer Zeitgeschichte, die sich als Teil der politischen Kultur in einem pluralistischen Gemeinwesen begreifen lernt.

Somit war es naheliegend, daß die vom 20. bis 22. Juni 2002 am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung stattfindende Konferenz, die unter dem Titel „Zeitgeschichte als Streitgeschichte“ eine historisch-vergleichende Rückschau auf die großen historischen Fachkontroversen in Deutschland, Frankreich, Polen und in der Schweiz bot, auf eine sich bereitwillig dem Gebot der Selbsthistorisierung stellende Historikerschar traf, die zahlreich angetreten war, ihr Verhältnis zu Politik und medialer Öffentlichkeit gemeinsam zu verhandeln. Möglich wurde die Tagung durch die finanzielle Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung; als weitere Sponsoren waren zudem die Dresdner Bank sowie der Verein der Freunde und Förderer des ZZF gewonnen worden.

In seinem Grußwort gratulierte Staatssekretär *Christoph Helm* (MWFK) dem ZZF zu seinem neuen Domizil am Neuen Markt. Durch die Konzentration mehrerer geisteswissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen an diesem schönsten Platz Potsdams seien die Voraussetzungen geschaffen, den Ort zu einem der

geistigen Zentren der Stadt zu machen. Die Konferenz diene neben der Frage nach der Bedeutung historischer Fachkontroversen für die politisch-demokratische Kultur der Bundesrepublik vor allem auch der historischen Selbstreflexion der Zunft, verdeutlichte der geschäftsführende Direktor des ZZF, *Konrad Jarausch*, in seiner Eröffnungsansprache das Anliegen der Veranstalter. Ko-Direktor *Christoph Kleßmann* (Potsdam) widmete sich in seinem Eröffnungsvortrag der Frage nach dem Stellenwert von „Zeitgeschichte als wissenschaftlicher Aufklärung“ im Zeitalter der Postmoderne. Die systematische Erschließung neuer Themen durch die Zeitgeschichte und die postmodernen Infragestellungen hätten der traditionellen Erwartung wissenschaftlicher Objektivierbarkeit bewußt die Vielfalt divergierender Geschichten und Erfahrungen gegenübergestellt. Die Suche nach Wahrheit und Objektivität, die Unterscheidung von Lüge und Wahrheit bleibe allerdings nach wie vor die regulative Idee einer an wissenschaftlicher Aufklärung sich orientierenden Zeitgeschichtsforschung, so Kleßmann. Gleiches gilt für die kritische Historisierung, die eine unverzichtbare wie schwierige Aufgabe der Zeitgeschichte bleibt und zu den unterschiedlichen individuellen und kollektiven Erinnerungen der Zeitzeugen in Beziehung gesetzt werden muß. Die Erinnerungen könnten eben nicht allein zum Gegenstück objektiver Geschichte erklärt werden, sondern müßten integraler Bestandteil fachwissenschaftlicher Analysen sein, „weil nur so Aufklärung sich ihrem selbstgesetzten Ziel wenigstens annähern kann.“

Mit der „Fischer-Kontroverse“ als einer Schlüsseldebatte der Vergangenheitspolitik in der frühen Bundesrepublik beschäftigte sich *Konrad Jarausch* im ersten Vortrag der Sektion „Fachdebatten und Öffentlichkeit“, die von *Christoph Classen* (Potsdam) moderiert wurde. Jarausch betonte den kanonischen Status der Kontroverse innerhalb der Historiographieggeschichte der Nachkriegszeit sowie ihren nachhaltigen Einfluß auf die Veränderung der bundesdeutschen Geschichtskultur in den sechziger Jahren. Im Verlauf der Kontroverse verband sich eine selbstkritische Sicht eines Teils der Historikerzunft auf das deutsche Kaiserreich mit einem allgemeinen politischen Klimawechsel. Darin liege, so Jarausch, der Grund für das Zusammenfallen von Fachdebatte, öffentlichen Medienkampagnen und politischen Machtkämpfen während der Fischer-Kontroverse. In seinem Kommentar zum Vortrag relativierte *Immanuel Geiss* (Bremen) die von *Jarausch* vorgebrachte moralische Aufladung der Kontroverse durch die Fischer nahestehenden Historiker. Ein „Hantieren mit der Kriegsschuldthese“ hätte nicht im Interesse Fischers und seiner Schüler gelegen.

Über eine ebenso emotional beladene und kontrovers geführte fachliche Auseinandersetzung der Historiker, den Streit um die Geschlechter- und Alltagsgeschichte in den achtziger Jahren, referierte im Anschluß daran *Adelheid von Saldern* (Hannover). Ihre Ausführungen beruhten auf einer eigens durchgeführten Umfrage unter Historikern über die Innovationsfähigkeit der deutschen Geschichtswissenschaft. Diese sei vor allem durch die spezifische Wissenschaftskultur und den traditionellen Habitus der deutschen Professorenschaft im Fach

Geschichte gehemmt. Die Vorläufigkeit ihrer Untersuchungen hervorhebend, machte von Saldern darüber hinaus zwei Aspekte für die Schwierigkeiten des Faches Geschichte mit neuen Herausforderungen wie der Alltags- und Geschlechtergeschichte verantwortlich: die politische Dimension des Holocaust in der deutschen Nachkriegsgeschichte sowie die fachliche Etablierung der Gesellschaftsgeschichte in den sechziger und siebziger Jahren als „schwere Geburt“. Letztere müßten nun auch die neuen methodischen Ansätze über sich ergehen lassen. In seinem Kommentar zum Vortrag bestritt *Jürgen Kocka* (Berlin) die These, daß sich die deutsche Fachhistorie im Vergleich zu Frankreich, den USA und Großbritannien durch größere Innovationshemmnisse „auszeichne“. In seiner Gegenrede plädierte Kocka für ein größeres Maß an Streitkultur innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft, warnte aber ebenso vor den „negativen Auswirkungen des Streits“. Fundamentalistische Debatten und programmatisch ausgerichtete Positionen ließen die Kosten des Streits für die Wissenschaft immens werden. So wäre es nach 1989 fruchtbarer gewesen, den nationalgeschichtlichen Rahmen der Zeitgeschichte zu transnationalisieren, als die innerfachlichen Debatten um postmoderne Ansätze der Geschichtswissenschaft fortzusetzen. Im Hinblick auf die Alltags- und Geschlechtergeschichte verdeutlichte von Saldern in ihrer Replik allerdings noch einmal den Sonderweg der deutschen Geschichtswissenschaft und betonte vor allem die individuellen Kosten, die mit der verzögerten Öffnung der Historie gegenüber anderen Perspektiven verbunden wären.

War in der Diskussion der Fischer-Kontroverse bereits angedeutet worden, wie sehr historische Fachdebatten der außerfachlichen Öffentlichkeit bedürfen, so rückte die folgende, von *Klaus Große Kracht* (Potsdam) moderierte Sektion „Auf dem Weg in die Medienkontroverse“ das Verhältnis von Medienöffentlichkeit und Fachwissenschaft in den Mittelpunkt des Interesses. Der Vortrag von *Ulrich Herbert* (Freiburg) über den Historikerstreit von 1986/87 rekonstruierte anhand der langjährigen Auseinandersetzungen über die Genese des Holocaust zwischen Intentionalisten und Strukturalisten zunächst den wissenschaftlichen Kontext für den erbittert ausgetragenen, wenngleich wenig ertragreichen Streit um die durch Ernst Noltes „geschichtsphilosophische Spekulationen“ in Frage gestellte Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Judenmordes. Die traditionelle NS-Forschung hätte aber, so Herbert, durch ihre ständige „Konkretionsvermeidung“ hinsichtlich der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen einen Ansatzpunkt für Revisionen geboten. Die inhaltlichen Auseinandersetzungen waren vor allem durch die brisante Mischung von Fragen der Moral und der Geschichtspolitik geprägt, die wohl maßgeblich auch das Resultat einer latenten Unsicherheit über die Geschichtspolitik der Regierung Kohl war. Die These von Herbert, daß dieser Streit das Auseinanderbrechen einer Historikergeneration der 1920er Jahrgänge anzeige, die Heftigkeit der Auseinandersetzung somit auch den persönlichen Kriegstraumata einiger Kombattanten geschuldet sei, wurde von *Hans Günther Hockerts* (München) in seinem Kommentar bereitwillig auf-

gegriffen. Er charakterisierte die Mehrzahl der Protagonisten des Historikerstreits als „gebrannte Kinder des NS“ und sah in dem eigenartigen „Geknäuel von Wissenschaft, Moral und Politik“ den Hauptgrund für eine zunächst eher negative Bewertung des Historikerstreits. Dessen Auswirkungen seien erst in den neunziger Jahren zu spüren gewesen, als der Holocaust verstärkt ins Zentrum der NS-Forschung rückte.

An diesem Punkt setzte *Norbert Frei* (Bochum) mit seiner Rückschau auf die Goldhagen-Debatte im Sommer 1996 ein. Das sogenannte „Goldhagen-Phänomen“ präsentierte sich für ihn als ein „eindrucksvoller Sog der medialen Konkretion nationalsozialistischer Gewaltverbrechen“, die ihre Vorläufer in den Spielfilmen „Holocaust“ und „Schindlers Liste“ hatte, und durch die sich der Holocaust in der breiteren Rezeption letztendlich als Kernereignis der NS-Zeit darstellte. Es war, so resümierte Frei, vor allem die in der wissenschaftlichen Holocaust-Literatur bis dahin unbekannte Anschaulichkeit der Darstellung, ihre filmische Plastizität und Simplizität, die den beispiellosen Erfolg des Goldhagen-Buches in der Bundesrepublik begründet hat. Allerdings zeigte sich am Beispiel der Wochenzeitung „Die Zeit“ zum ersten Male deutlich, daß historische Kontroversen auch von den Medien initiiert und gesteuert werden können. *Volker Ullrich* (Hamburg), der den Kommentar zum vorangegangenen Vortrag lieferte, hatte im April 1996 voreilig vom „neuen Historikerstreit“ gesprochen, der sich um das von der überwältigenden Mehrheit der Fachhistoriker abgelehnte Buch entzünden sollte. „Die Zeit“ druckte in der Folge Stellungnahmen namhafter deutscher Zeithistoriker zur Grundthese Goldhagens ab, der Holocaust sei, angetrieben von einem „eliminatorischen Antisemitismus“, ein kollektives und nationales Projekt der Deutschen gewesen. Das eigentliche „Goldhagen-Phänomen“ spielte sich allerdings weniger in den Feuilletons, sondern vielmehr während der Deutschland-Tournee Goldhagens ab. Die Buchvorstellungen und Diskussionsrunden mit Historikern gerieten zu Sympathiebekundungen ungekannten Ausmaßes für den jungen amerikanischen Politologen. Frei sah darin vor allem das Ritual einer Erneuerung der moralischen Selbstbindung der deutschen Gesellschaft an eine unterdessen historisch gewordene Kollektivschuld am Werk.

Daß aber auch noch in den neunziger Jahren heftig in der Öffentlichkeit über die NS-Gewaltverbrechen gestritten werden konnte, zeigte das Beispiel der „Wehrmachtsausstellung“, das *Hans-Ulrich Thamer* (Münster) in seinem Vortrag behandelte. Die Auseinandersetzungen übertrafen die vorangegangenen Debatten an Dauer und Intensität um ein Vielfaches. Selbst das Moratorium der Ausstellungsmacher im November 1999, nachdem es auch von fachhistorischer Seite Kritik an der Dokumentation der Gewaltverbrechen der Wehrmacht gegeben hatte, konnte die öffentliche Debatte nicht beenden. Thamer zufolge hatte die Ausstellung zwei vergangenheitspolitische Zielsetzungen: Es ging um eine veränderte Zuschreibung des historischen Ortes von Krieg und Wehrmacht als Teil der NS-Politik und eine kritische Auseinandersetzung mit tradierten Geschichtsbildern in der Bundesrepublik. Allerdings bedurfte es für die bundeswei-

te Aufmerksamkeit der „Fundamentalopposition“ eines Peter Gauweiler in München. Fortan fand ein Prozeß der „kumulierenden Neugierde“ statt: Die Ausstellung war immer schon Thema, bevor sie überhaupt da war, und die langen Warteschlangen verdeutlichten die hohe Aufnahmebereitschaft der Öffentlichkeit für dieses kontrovers diskutierte Thema.

Den Abschluß des langen Konferenztages bildete der Abendvortrag von *Reinhard Koselleck* (Bielefeld) über „Mahnmalstreit und historische Identität“. Er rekonstruierte ausführlich die Entwicklung und den Wandel historischer Denkmäler im internationalen Vergleich, vom allegorischen und herrschaftsorientierten zum kritischen Denkmal. Am Beispiel der Auseinandersetzung um das Mahnmal Neue Wache erneuerte Koselleck seine Kritik am künstlerischen und politischen Gehalt des Denkmals. Nicht nur sei die Pieta unsinnigerweise vergrößert worden, die Formel „Den Opfern der Gewaltherrschaft“ verunmögliche zudem auch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Ebenso deutliche Kritik übte Koselleck auch an dem Entwurf Eisenmans für das Zentrale Holocaust-Mahnmal in Berlin. Hier würde eine amerikanische Betroffenheitsperspektive auf den deutschen Erinnerungskontext übertragen und mit dem Gebot der Nichtdarstellbarkeit des Holocaust gebrochen. Zudem verdeutliche der Denkmalsentwurf in problematischer Weise die Singularisierung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen auf den Mord an den Juden.

Deutlicher als am Vortrag geschehen, widmete sich die von *Jürgen Danyel* (Potsdam) moderierte Sektion „Die Herausforderung der Selbsthistorisierung“ am zweiten Konferenztag dem Problem des Zeithistorikers als reflektierendem und beteiligtem Zeitgenossen. *Martin Sabrow* (Potsdam) versuchte in seinem Vortrag über den „Umbruch von 1989 und die Historiker“, einfache Deutungen hinsichtlich des Streits um die Abwicklung der ostdeutschen Historikerkunft und die Infragestellung der westdeutschen DDR-Forschung zu vermeiden. Der Historisierung dieser häufig auf die Frage „Wer darf die DDR-Geschichte erforschen?“ vereinfachten Debatte stehen, Sabrow zufolge, die unmittelbare zeitliche Nähe und die fehlende Distanz des beteiligten Historikers entgegen. Die Historikerdebatte sei zudem eine Stellvertreterdebatte um die DDR-Vergangenheit in toto gewesen und verband sich vor allem für die DDR-Historiker immer auch mit der Sicherung oder dem Verlust der eigenen institutionellen Stellung und sozialen Reputation. Fünf Jahre nach Ende der Debatte zeigt sich dagegen überraschend deutlich, daß die ehemals miteinander konkurrierenden, „apologetischen wie akkusatorischen Deutungsmuster“ heute im „großen Basislager einer kritischen Historisierung“ aufgegangen seien. Daß die Auseinandersetzungen um den Umbruch von 1989 für die Historie eine fundamentale Identitätskrise darstellten, wollte allerdings weder dem Publikum noch dem Kommentator *Wolfgang Mommsen* (Düsseldorf) gänzlich einleuchten. Dabei würde es sich vielmehr um einen längeren Prozeß als um einen tiefen Bruch handeln. Die Krise verdeutlichte sich für Mommsen eher in der Fixierung auf nationalgeschichtliche Perspektiven und einen starren Blick nach Westen.

„Die Chiffre 1968 ist inhaltsleer“, charakterisierte *Ingrid Gilcher-Holtey* (Bielefeld) die Folgen der nicht stattgefundenen fachlichen Auseinandersetzung mit den Ereignissen von 1968. Die von ihr im folgenden skizzierten Gründe für das Ausbleiben der Debatte betrafen allerdings nicht allein die Zeitgeschichte, sondern gleichermaßen auch die Blockaden einer distanzierenden, sich selbst in Frage stellenden Betrachtung bei den Akteuren sowie die politischen Wahrnehmungsblokaden dieses Ereignisses (Terrorismus). Die professorale Etablierung vieler Beteiligten von 1968 in den siebziger und achtziger Jahren mag ein Grund für die fehlende Berücksichtigung der 68er-Ereignisse gewesen sein: Sie hätten sich dabei mit ihren früheren politischen Einstellungen auseinandersetzen müssen. Den Umstand einer ausgebliebenen Zeitgeschichtskontroverse nahm *Thomas Lindenberger* (Potsdam) in seinem Kommentar zum Anlaß, nach den generellen Gründen für die Ermöglichung zeithistorischer Debatten zu fragen. Bedürfte es für diese nicht immer eines Vorlaufs an wissenschaftlicher Forschung sowie die Involvierung der Historiker auf einem „gewissen kritischen Niveau“? Beides hätte im Fall 1968 nicht vorgelegen.

Dem vielfach auf der Tagung geäußerten Gebot, das Verhältnis von Zeitgeschichte, Öffentlichkeit und Politik im europäischen Kontext zu historisieren, entsprach die von *Simone Barck* (Potsdam) moderierte Sektion, die sich unter dem Titel „Tabu und Kontroverse in vergleichender Perspektive“ zentralen geschichtspolitischen Debatten in Polen, Frankreich und der Schweiz widmete. Die bis in die Gegenwart hinein wirkenden Auseinandersetzungen in Frankreich um die Deutung der Vichy-Zeit (1940–44) und des Algerienkrieges (1954–62) wurden von *Étienne François* (Berlin/Paris) auf ihre Gemeinsamkeiten befragt. Die „obsessive Gegenwart der Vergangenheit“ in Frankreich in den letzten zwanzig Jahren stellte nicht nur die Politik vor die Aufgabe, die historische Identität und politische Kultur der IV. und V. Republik neu zu verhandeln, sondern bedeutete auch für die Zeithistorie in Frankreich eine bisher ungeahnte Herausforderung: Historiker werden zu Experten in der juristischen Aufarbeitung. Für die verspätete Wiederkehr der Vergangenheit lieferte *Peter Schöttler* (Berlin/Paris) in seinem Kommentar ein überzeugendes Argument. Der Wegfall der ideologischen Fronten zwischen KPF und der französischen Rechten nach 1989 bewirkte in diesem Fall, daß nun auch über den Kolonialismus und die Résistance entspannter geredet werden konnte.

Über einen noch nicht abgeschlossenen Historikerstreit mit großer Öffentlichwirksamkeit referierte im folgenden *Włodzimierz Borodziej* (Warschau). Der durch das Buch „Nachbarn“ des polnischen Soziologen Gross aufgebrachte Streit um das Verhältnis zwischen Polen und Juden während der deutschen Besatzungszeit im II. Weltkrieg weise durchaus Parallelen zu deutschen Debatten auf, so Borodziej; allerdings sei die politische Dimension dieses Streits weitaus größer einzuschätzen, wie die Stellungnahme des polnischen Staatspräsidenten Kwasniewski zeige. Das kontrovers diskutierte Buch von Gross hat der Zeitgeschichte in Polen aber nicht nur eigene Versäumnisse präsentiert, es spaltet sie

nach dem Umbruch von 1989 auf neue Weise und führt bis zu „personenbezogenen Emotionen und Kommunikationslosigkeit“. Zugleich hat es den schmerzvollen Prozeß eines Abschieds von der „martyrologischen“ Legitimationsstrategie innerhalb der polnischen Gesellschaft herausgefordert, dessen Ende allerdings noch nicht absehbar sei. Auf die aktuellen Probleme der polnischen Transformationsgesellschaft vor den goldenen Pforten der EU ging auch *Gesine Schwan* (Frankfurt/Oder) in ihrem Kommentar ein. Die Frage der europäischen Sicht auf Polen bestimme maßgeblich auch die geschichtspolitische Auseinandersetzung. Hinsichtlich der Pluralisierung von Geschichtsbildern und Identifikationsfolien sah sie Polen gegenüber vielen westeuropäischen Gesellschaften deutlich im Rückstand.

Somit blieb nur noch die Schweiz als Sonderfall zu thematisieren. Daß es „Kleinststaaten in historischem Sinne in sich haben“, zumal wenn sich, wie im Fall der Schweiz, das positive Image aus der Nichtbeteiligung an der Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts herleitet, wie *Jakob Tanner* (Zürich) es formulierte, wurde im vorangegangenen Vortrag von *Sacha Zala* (Bern) über die „Geltung und Grenzen des schweizerischen Geschichtsmanagements“ überdeutlich. Der aktuellen „Monetarisierung und Verrechtlichung der Geschichte“ ging eine lange Phase der staatlichen Unterbindung zeithistorischer Erforschung der schweizerischen Geschichte im Hinblick auf den Nationalsozialismus voraus. Die von *Tanner* in seinem Kommentar ausführlich berücksichtigte „Unabhängige Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg“ könne aber als beredtes Zeugnis dafür gelten, daß auch die Geschichtspolitik der Schweiz in der Gegenwart angekommen sei.

Nach dem umfangreichen und interessanten Programm der vorausgegangenen Konferenztage fehlte der abschließenden Podiumsdiskussion, die von *Hans-Hermann Hertle* (Potsdam) und *Ralph Jessen* (Berlin) moderiert wurde, die nötige Brisanz, um dem Thema „Historiker in der Streitkultur der Gegenwart“ gerecht zu werden. Deutlich wurde allemal, daß das Selbstverständnis einer Zeitgeschichte als Streitgeschichte ohne die Medienpräsenz und gesellschaftliche Anteilnahme nicht überzeugend zu formulieren ist. Die vierzigjährige Geschichte des Streits über geschichtspolitisch brisante Fragen lehre aber auch, so *Jessen*, daß es für Zeithistoriker häufig notwendig ist, die Gemengelage von Geschichtsmoral, fachlichen und politischen Aspekten überhaupt erst einmal zu trennen. Ob die Zeithistoriker die Lust am Streiten verloren hätten, mochte *Brigitte Seebacher-Brandt* (Bonn) nicht beantworten. Ihrem Eindruck nach hätte die Mediengesellschaft eher die Lust auf die Zeithistoriker verloren, sie brauche keine Vergangenheitsvergewisserung. Dem widersprach *Ute Frevert* (Bielefeld) mit dem Hinweis auf die Präsenz von Historikern im öffentlichen Gespräch. Allerdings müßten diese den Umgang mit den Medien jenseits des Feuilletons noch lernen. *Knut Nevermann* (Berlin) gab zu bedenken, daß sich auch die Medien und damit die Aufnahmefähigkeit für historische Themen in den letzten 20 Jahren entscheidend verändert haben. Ein Film wie „Holocaust“, der 1979 im

ersten Programm lief und anschließend in den dritten Programmen noch wiederholt wurde, könnte heute keinesfalls ein derartiges Medienereignis werden. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in der europäischen Zeitgeschichtskultur verdeutlichte das Beispiel Polen, das *Adam Krzeminski* (Warschau) anführte. Dort ständen sich im Hinblick auf die Zeitgeschichte derzeit zwei unterschiedliche Polen gegenüber, ein weltoffenes mit Empathie für die „Anderen“ und ein nationalkatholisches. Überhaupt verspricht die Europäisierung der Zeitgeschichte noch ein hohes Maß an Streit, wie *Jürgen Kocka* am Beispiel der Vertreibungsdiskussion in Erinnerung brachte. Ob zeithistorische Debatten in der Öffentlichkeit denn wenigstens den Museen hohe Besucherzahlen brächten, ließ sich durch *Rainer Eckert* (Leipzig) aus erster Hand verneinen, und er räumte sogleich mit einer anderen Illusion der Zeithistoriker auf, dem Glauben an politische Einflüsse auf die historische Arbeit in Museen. Eckert hob dagegen noch einmal die Rolle von Schulen und Museen für die Vermittlung von Geschichtskennntnissen hervor, da konnte *Nevermann* nicht widerstehen, auf den Nutzen der Historiker für den Geschichtsunterricht zu insistieren. Die Diskussion schien sich irgendwo in den siebziger Jahren zu bewegen, da half auch *Freverts* Hinweis auf die ausgewählten Öffentlichkeiten der Chatrooms nicht weiter. Somit wirkte die Bemerkung *Adelheid von Salderns* am Ende einer langen Konferenz doch irgendwie befreiend: „So viel Historiker wie möglich in die Talkshows!“ Denn in den Elfenbeinturm der fünfziger Jahre wünschen sich die Zeithistoriker wohl kaum zurück.

**HANS EHLERT (HG.) : ARMEE OHNE ZUKUNFT. DAS ENDE DER NVA UND DIE
DEUTSCHE EINHEIT. ZEITZEUGENBERICHTE UND DOKUMENTE
BERLIN: CHR. LINKS VERLAG 2002, 592 S.**

Hans-Hermann Hertle

Zu den erstaunlichen Tatsachen des deutschen annus mirabilis 1989/90 gehört, daß der gewaltige Sicherheitsapparat der DDR – Polizei, Staatssicherheit, Militär – binnen kürzester Zeit wie ein Kartenhaus zusammenbrach. „Die SS hat doch 1945 in Berlin bis zum Schluß geschossen. Warum haben Sie das eigentlich nicht getan?“, brachte Georg Schertz, der damalige West-Berliner Polizeipräsident, noch mitten in der Vereinigungsphase der beiden Berliner Polizeien seine Verwunderung gegenüber führenden Offizieren der Volkspolizei gelegentlich zum Ausdruck. Und eine der Antworten, die ihn am meisten verblüffte, lautete: „Wissen Sie, auf die SS warteten die Russen, auf uns die Bundesrepublik!“

So interessant – und zugleich schillernd – diese Äußerung ist und so offensichtlich sie nur einen der denkbaren Aspekte einer vielschichtigeren Motivlage beleuchtet: Es fehlt bis heute eine Analyse der Rolle der Volkspolizei im Herbst 1989 und des in der deutschen Polizeigeschichte einmaligen Prozesses der Transformation und Integration einer Partei-Polizei in die auf Gewaltenteilung beruhenden Strukturen einer demokratischen Ordnung.

Dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Potsdam ist es zu verdanken, daß in bezug auf die Nationale Volksarmee (NVA) und insbesondere den militärpolitischen Vereinigungsprozeß ein solch gravierendes Forschungsdefizit nicht zu beklagen ist. Der von Hans Ehlert herausgegebene und mit einer Übersicht über den Forschungsstand eingeleitete Band über das Ende der NVA und ihre Zusammenführung mit der Bundeswehr beleuchtet die vielleicht schwierigste Etappe auf dem Weg zur deutschen Einheit. Schließlich war die Bündniszugehörigkeit der Streitkräfte eines vereinigten Deutschland die auf der internationalen Ebene am längsten umstrittene Frage; ihre letztendliche Lösung – die uneingeschränkte NATO-Mitgliedschaft – über Monate hinweg nicht so selbstverständlich, wie es uns heute, da wir das Ergebnis kennen, erscheinen mag. Das Wechselbad von Hoffnungen und Enttäuschungen, Versprechungen und ihrer Widerrufung, Planungen und ihrer Verwerfung, dem sich die teilweise erneuerte NVA-Führung 1990 in dieser Zeit seitens ihres eigenen, von Rainer Eppelmann geleiteten Ministeriums und des Bundesverteidigungsministeriums ausgesetzt sah, mußte – zwangsläufig – Frustrationen bis hin zu persönlichen Verletzungen hinterlassen.

Als das MGFA im September 2000 anläßlich des zehnten Jahrestages der deutschen Einheit das Wagnis unternahm, politische und militärische Entscheidungsträger aus Ost und West auf einer dreitägigen Konferenz zu einem Gespräch über die Erfahrungen und Erkenntnisse in den letzten Monaten der NVA

mit Historikern zusammenzuführen, war deren Erfolg deshalb keineswegs garantiert.

Gegen Zeitzeugenbefragungen lassen sich eine Vielzahl methodischer Einwände erheben – erst recht, wenn sie Ereignisse und Abläufe betreffen, die, wie im vorliegenden Fall, fast zehn Jahre zurückliegen. Rechtfertigungen, ex-post Umdeutungen und Erinnerungslücken sind kritisch in Betracht zu ziehen. Trotz dieser Einschränkungen stellen die Berichte von Zeitzeugen, wie Jörg Duppler in seinem Vorwort zu Recht betont, in der Zeitgeschichtsforschung eine bedeutende Ergänzung zur schriftlichen Quellenauswertung dar. Daß es der MGFA-Forschungsgruppe um Hans-Erich Volkmann, Bruno Thoß und Hans Ehlert gelungen ist, wichtige Entscheidungsträger und Beteiligte wie etwa, um nur einige Namen zu nennen, die Admirale Dieter Wellershoff (West) und Theodor Hoffmann (Ost), die Generale Manfred Grätz (Ost) und Ekkehard Richter (West), die Botschafter Gerd König (für die DDR in Moskau) und Jürgen Ruhfus (für die Bundesrepublik in Washington) zu einer Reflexion über ihre Taten, aber auch die Unterlassungen und Defizite des Vereinigungsprozesses an einen Tisch zu holen, belegt das ost-west-übergreifende Ansehen, das sich die MGFA-Forscher bereits mit ihren früheren Publikationen erworben haben und wertet den vorliegenden Band auf.

Die darin dokumentierten subjektiven Wahrnehmungen der Akteure, ihre Darstellung von Sachverhalten, Diskussions- und Entscheidungsprozessen tragen dazu bei, Hintergründe zu beleuchten, die sich aus den schriftlichen Quellen nicht erschließen lassen, und dadurch ein vollständigeres Bild der Abläufe zu gewinnen.

Hans Ehlert hat es nicht bei einer Dokumentation der Zeitzeugen-Foren belassen, die sich mit den internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit, den sicherheitspolitischen Überlegungen auf der politischen und militärischen Entscheidungsebene in Bonn und Ost-Berlin/Strausberg sowie der Umsetzung der militärpolitischen Einheit befassen. Nicht weniger als 96 Dokumente, die die einleitenden Ausführungen des Herausgebers bzw. Äußerungen von Zeitzeugen unterfüttern, machen diesen Band zu einem anregenden Nachschlagewerk über die militärpolitischen Aspekte der deutschen Einheit.

Jürgen Danyel

Seit dem 1. Juli 2002 präsentiert sich die Web-Site des Zentrums für Zeithistorische Forschung in einer neuen graphischen Gestaltung und mit einem stark erweiterten Informationsangebot:

► Neben ausführlichen Informationen und Projektbeschreibungen zum aktuellen Forschungsschwerpunkt des ZZF „Die DDR im deutschen und europäischen Systemkonflikt“ stellen sich die Mitarbeiter des Instituts mit ausführlichen wissenschaftlichen Porträts vor.

► Ein breites Angebot an Tagungsberichten, Pressestimmen und Papers bietet neben regelmäßigen News einen guten Einblick in die Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Instituts, zu deren Höhepunkten in diesem Jahr unter anderem die Konferenz „Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Historische Kontroversen und politische Kultur nach 1945“ vom 20.–22. Juni 2002 gehörte.

► Zahlreiche Beiträge des vom ZZF herausgegebenen Bulletins stehen inzwischen online als PDF-Dateien zu Verfügung – ein Serviceangebot, das weiter ausgebaut wird.

► Eingebunden in die Web-Site sind darüber hinaus die unter Beteiligung des ZZF in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und DeutschlandRadio entstandenen multimedialen, thematischen Web-Sites zum Mauerbau (www.chronik-der-mauer.de) und zum 17. Juni 1953 (www.17Juni53.de).

► Die laufend erweiterte und redaktionell betreute Online-Datenbank „Ostkreuz“ (www.zeitgeschichte-online.de) erschließt dem Nutzer zahlreiche Informationsangebote mit zeitgeschichtlichem Inhalt im Internet.

► Eine vereinfachte Navigation und eine Volltextsuche erleichtern den Zugriff auf eine Vielzahl von Rubriken und Themenbereichen (unter anderem zur Geschichte des ZZF, zur Bibliothek, zu den Vortrags- und Filmreihen des Instituts wie den Publikationen seiner Mitarbeiter/innen).

Das ZZF im Internet:

www.zzf-pdm.de

www.zeithistorische-forschung.de

Portal „Ostkreuz“

www.zeitgeschichte-online.de

PUBLIKATIONEN

Das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam zielt mit insgesamt vier Projektbereichen auf die Erforschung von Alltagserfahrung und Herrschaftspraxis in der DDR unter Berücksichtigung des deutschen und europäischen Systemkonflikts. Diese Thematik knüpft bewußt an den Widerspruch zwischen dem zu Recht betonten Diktaturcharakter des SED-Regimes und der in den persönlichen Erinnerungen als relativ „normal“ empfundenen Alltagswirklichkeit an. Den Historikern geht es dabei insbesondere darum, die zahlreichen Brechungen, Wechselwirkungen, Grauzonen und verschiedenen Intensitätsgrade von Herrschaft auszuloten, die das Leben unter der zweiten deutschen Diktatur ausmachten. Nachdem in den Bänden 12 bis 15 der Reihe „Zeithistorische Studien“ eine Zwischenbilanz vorgelegt wurde, werden in den Folge-Bänden einige exemplarische Fallstudien dieser Forschungen präsentiert.

Bd. 12

Thomas Lindenberger (Hg.)

Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur

Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR

370 S., 39,90 €

Die Geschichte der DDR ist mehr als die Geschichte des SED-Staates, sie ist ebenso die Geschichte der Menschen, die in und mit diesem Staat gelebt haben. Ihre Beziehungen untereinander wie zur Parteierrschaft stehen im Zentrum der hier vorgelegten Untersuchungen. Ob am Arbeitsplatz oder in der Freizeit, in der Öffentlichkeit oder im Privatleben, fast überall beanspruchte die SED die Unterordnung unter ihr Macht- und Wahrheitsmonopol. Sie versuchte, soziale Beziehungen zu kontrollieren, zu reglementieren aber auch zu ihren eigenen Gunsten zu fördern und zu vereinnahmen. Betrachtet man ihre Herrschaft als soziale Praxis, dann erschöpfte diese sich aber keineswegs in Akten der Repression und Verfolgung Andersdenkender, im Gegenteil: Den meisten DDR-Bürgern zeigte sich diese Diktatur vor allem von ihrer erzieherischen und fürsorglichen Seite. Wie reagierten die DDR-Bürger auf diese Mischung aus Bevormundung, materiellen Chancen und Machtteilhabe im Kleinen? Mikrohistorische Analysen ermöglichen Einblicke in ein breites Spektrum von Haltungen, das von idealistischem Engagement und Opportunismus über „unpolitische“ Distanz bis hin zur verbissenen Verteidigung der persönlichen Sphäre gegen als zu weit empfundene Eingriffe reichte.

Bd. 13

Michael Lemke (Hg.)

Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)

365 S., 39,90 €

Acht Zeitgeschichtler untersuchen auf der Grundlage neuen Quellenmaterials aus deutschen, russischen, amerikanischen und tschechischen Archiven den Modus der Übertragung des sowjetischen Modells auf die SBZ/DDR und auf andere Staaten im europäischen Machtbereich der UdSSR nach 1945. Dabei werden das Spannungsverhältnis zwischen sowjetischen und nationalen Interessen sowie das Wesen und die Formen der Kooperation zwischen Sowjets und linken nationalen Parteien und Organisationen analysiert. Die Autoren beschäftigt insbesondere die Frage nach den eigenen Motiven für eine Übernahme sowjetischer Vorbilder. Schwerpunkte des Bandes bilden die Analyse der Transformation und ein Vergleich von Sowjetisierungsbedingungen, Methoden und Instrumentarien

© Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 26-27/2002 87

im Prozeß der kommunistischen Machtergreifung. Dabei wird auch der in der Forschung bislang vernachlässigten Frage nach den Unterschieden zwischen der Sowjetisierung und anderen Formen sowjetischen Einflusses nachgegangen.

Bd. 14

Martin Sabrow (Hg.)

Geschichte als Herrschaftsdiskurs

Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR

330 S., 34,50 €

Gegenstand dieses Bandes sind Denkmuster und Leitbilder, mit denen unter den Bedingungen einer sozialistischen Diktatur Vergangenheit in Geschichte verwandelt wurde. Sechs Autoren thematisieren Zensurpraktiken und Herrschaftswissen, filmische Kriegserinnerungen und wissenschaftliche Meistererzählungen, um hinter den unterschiedlichen Präsentationsformen und Gattungen die gemeinsamen Ordnungsvorstellungen und Konstruktionsgrenzen zu ermitteln, die die historische Wirklichkeit der DDR ausmachten.

Bd. 15

Peter Hübner (Hg.)

Eliten im Sozialismus

Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR

476 S., 50 €

Der Band präsentiert Ergebnisse der zeithistorischen Elitenforschung über die sowjetische Besatzungszone und die DDR. Die Beiträge beleuchten ein breites Themenspektrum, das den Elitenwechsel nach 1945, die Konstituierung neuer Macht- und Funktionseliten, ihren Wandel und die Auswirkungen des 1989/90 einsetzenden Transformationsprozesses umfaßt. Die Autoren beschreiben die Kontinuitäten und Brüche in der Entwicklung der DDR-Eliten und untersuchen die Rolle von Tradition und Mentalität im Elitenwandel. Anhand detaillierter Studien zu einzelnen Führungsgruppen des SED-Regimes, zu den verschiedenen Segmenten der Macht- und Verwaltungsapparate, zu Expertenkreisen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur entsteht ein differenziertes Bild von Karrierebedingungen und politischen Haltungen dieser Personengruppen.

Bd. 16

Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.)

1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa

245 S., 24,50 €

Der Tod Stalins, der Kampf seiner Nachfolger sowie die Aufstände in der Tschechoslowakei und in der DDR markieren die dramatischen Eckpunkte des Krisenjahres 1953. Das Jahr schien aber auch neue Spielräume für die Satellitenstaaten der Sowjetunion zu versprechen und verstärkte dort wie im Westen Erwartungen auf ein Tauwetter im Kalten Krieg oder gar auf einen inneren Zerfall des sowjetischen Imperiums. Inwieweit war Moskau damals zu Zugeständnissen bereit? Hätte man möglicherweise sogar die DDR, das „ungeliebte Kind“ freigegeben? In welcher Weise reagierte der Westen auf die Schwäche des Sowjet-Imperiums? Hat er 1953 eine weitere Chance verpaßt? Antworten auf solche Fragen geben die Autoren dieses Sammelbandes.

Bd. 17

Michael Lemke

Einheit oder Sozialismus?

Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961

546 S., 51 €

Die politikgeschichtlich ausgerichtete Monographie von Michael Lemke untersucht die Deutschlandpolitik der SED im Kontext des Kalten Krieges. Der Autor stellt verschiedene Phasen der SED-Deutschlandpolitik, deren Merkmale und Inhalte sowie nationale Kurz- und Langzeitprogramme heraus. Er geht der Frage nach, warum und wie im Zusammenhang mit sowjetischen, bundesdeutschen und anderen äußeren Einflüssen sowie mit DDR-internen Faktoren sich die deutschlandpolitischen Interessen und Handlungsspielräume der SED wandelten. So wird auch untersucht, ob parteiintern tatsächlich eine gesamtdeutsche Alternative zum Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland wahrgenommen wurde. Die gründliche Auswertung von Akten der Partei und ihres deutschland- und außenpolitischen Apparates erhärtet die These, daß nicht nur verschiedene Interessen der SED von denen Moskaus abwichen und sie frühzeitig versuchte, gesamtdeutsche Experimente der Sowjetunion zu verhindern, sondern auch, daß verschiedene innere Bedingungen von Partei, Staat und Gesellschaft die eigenstaatliche Entwicklung der DDR lange Zeit hemmten. Die materialreiche Analyse bietet auch neue Einsichten über die Funktion und Wirkungsweisen der ostdeutschen Einflußnahme auf die Bundesrepublik, über die differenzierte Behandlung von Bündnispartnern der SED und die Effektivität der Westarbeit.

Bd. 18

Mario Keßler

Exilerfahrungen in Wissenschaft und Politik.

Remigrierte Historiker in der frühen DDR

366 S., 38 €

Die Remigranten waren der zentrale Teil in der Gründergeneration der DDR-Historiker. Worin bestanden ihre konkreten Beiträge beim Aufbau und der Etablierung einer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft? Wie konnten sie unter den Bedingungen einer Diktatur ihre Erfahrungen des Exils nutzen, wo waren diese Erfahrungen unerwünscht? Wie agierten die Remigranten im Spannungsfeld parteipolitischer Vorgaben und wissenschaftlicher Arbeit? Welche Alternativen zur bis dahin in Deutschland dominierenden Geschichtsdeutung suchten sie zu entwickeln und zu vermitteln? Wie stellten sie sich ihren bundesdeutschen Konkurrenten, wie sich diese zu ihnen? Wieweit deformierte der Mißbrauch der Geschichte als Legitimationswissenschaft ihre Arbeit?

Die Exilerfahrungen werden anhand von biographischen Studien wichtiger Historiker der frühen DDR thematisiert. Behandelt werden Rückkehrer aus England, den USA, der Türkei und der Sowjetunion. Das Buch konzentriert sich auf die Hochphase des Kalten Krieges bis zum Jahre 1961.

Bd. 19

Patrice G. Poutrus

„Die Erfindung des Goldbroilers“. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR

244 S., 29,90 €

Wortschöpfungen wie *Goldbroiler* werden in der Öffentlichkeit nicht zu Unrecht unmittelbar mit der DDR in Verbindung gebracht. Jenseits aller nostalgischer Betrachtung untersucht der Autor in einer materialreichen mikrohistorischen Studie über das DDR-Produkt *Goldbroiler* einige strukturelle Fragen der SED-Diktatur. Dabei verknüpft er struktur-, wirtschafts- und sozialhistorische Dimensionen.

Im einzelnen werden folgende Fragen aufgeworfen: Inwieweit war die Entscheidung der SED-Führung von 1965 für den Aufbau der Produktionsanlagen und die Eröffnung von Spezialrestaurants für Geflügel mit dem Namen „Zum Goldbroiler“ von ideologischen Vorstellungen über eine „sozialistische Entwicklung“ der DDR-Landwirtschaft oder pragmatischen Erwägungen zur inneren Herrschaftsabsicherung getragen? Wo lagen die Möglichkeiten und die Grenzen der Staatsplanwirtschaft bei der Implementierung des Aufbauprojekts industriemäßige Geflügelproduktion in der DDR-Landwirtschaft? Welche Nachwirkungen hinterließ dieser „Modellfall“ in der DDR-Gesellschaft, insbesondere in der Arbeitswelt der Landwirtschaft? Wieweit trug diese Form von Konsumorientierung zur Loyalitätssicherung in der DDR-Bevölkerung gegenüber der SED-Herrschaft bei?

Bd. 20

Thomas Klein

„Für die Einheit und Reinheit der Partei“

Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht

501 S., 54 €

Das Buch bietet einen historischen Abriss der Entwicklung der innerparteilichen Kontrollorgane der SED bis 1971 und ihrer Vorgeschichte. Die Kontrollorgane spielten im Prozeß der Stalinisierung der SED und ihrer poststalinistischen Transformation und „Modernisierung“ eine besondere Rolle. Sie galten als innerparteiliche „politische Polizei“ bzw. als Wächter über „Einheit und Reinheit“. Die Wirkungsgeschichte dieser Organe – insbesondere ihre Funktion bei den Parteisäuberungen, bei der Verfolgung von oppositionellen und widerständigen Sozialdemokraten und Kommunisten, bei der „Immunisierung“ der SED gegen abweichende politische Konzeptbildungen und bei der Konditionierung ihrer Kader und Mitglieder – wird über den gesamten Untersuchungszeitraum dargestellt und in die allgemeine Partei- und Gesellschaftsgeschichte eingebettet. Besonderer Wert wird auf die Entschlüsselung der „internen Logik“ dieser Organe sowie auf die Entwicklung ihrer Handlungsmaximen gelegt. Aus der Vielzahl von Fallbeispielen und Einzelschicksalen entsteht ein plastisches Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR.

Bd. 21

Arnd Bauerkämper

Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur.

Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren.

641 S., 64 €

Das Buch zeigt, inwiefern es den Machthabern in der SBZ/DDR gelang, auf dem Land eine neue „sozialistische“ Gesellschaft zu errichten. Über die Agrarpolitik des Regimes hinaus behandelt die Studie die Auswirkungen von Bodenreform und Kollektivierung, insbesondere in Brandenburg. Dabei geht es auch um den Umgang gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Dorfbewohner mit den politischen Eingriffen sowie um die Reaktionen der Menschen auf den Wandel ihrer Lebenswelt. Die Durchsetzung der Bodenreform und die schwierige Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

werden ebenso untersucht wie die Not der Neubauern, das Lavieren der Funktionäre auf dem Lande, die Vertreibung der „Großbauern“ und der Wandel innerhalb der Landarbeiterschaft.

Bernd Stöver

Die Befreiung vom Kommunismus.

Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947–1991

ca. 992 S., 49,90 € (erscheint 2002)

Die amerikanische *Liberation Policy*, die ab 1947 maßgeblich von dem späteren US-Außenminister John Foster Dulles entwickelt wurde, forderte öffentlich eine Befreiung der kommunistisch beherrschten Staaten. Mit dem Regierungsantritt Eisenhowers rückte sie in der öffentlichen Wahrnehmung in den Rang einer offiziellen Strategie. Die historische Forschung hat die Befreiungspolitik allerdings lange Zeit als reine Rhetorik betrachtet, die allenfalls eine Funktion in der US-Innenpolitik erfüllen sollte. Anhand der mittlerweile freigegebenen Unterlagen ist diese Sichtweise nicht mehr haltbar. Der vorliegende Band analysiert auf der Basis amerikanischer, west- und ostdeutscher sowie osteuropäischer Quellen die Entstehung, Karriere, Praxis und Wirkung dieses Offensivkonzepts, das in den Jahren unmittelbar vor dem Ende des Kalten Krieges unter Ronald Reagan sogar seine offizielle Renaissance erlebte.

**NEUERSCHEINUNGEN
der Mitarbeiter des ZZf 2000-2002**

Oleg Dehl/Simone Barck/Natalia Mussienko/Ulla Plener (Hg.)

Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren

Trafo Verlag, Berlin 2000, 393 S.

Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.)

Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1955

Metropol Verlag, Berlin 2000, 272 S.

Georgij P. Kynin/Jochen Laufer (Hg.)

Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Federation. II. Teil SSSR i germanskij vopros. 9. Mai 1945–3. Oktober 1946

Mesdunarodnye otnosenija, Moskau 2000, 878 S.

Martin Sabrow (Hg.)

Grenz-Fälle

Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2000, 111 S.

Rüdiger Hohls/Konrad H. Jarausch (Hg.)

Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus

Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 2000, 528 S.

Christian Härtel/Petra Kabus (Hg.)

Das Westpaket.

Geschenksendung, keine Handelsware

Ch. Links Verlag, Berlin 2000, 280 S.

92 © *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* Nr. 26-27/2002

Andreas Malycha

Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946 bis 1953
Schöningh Verlag, Paderborn 2000, 541 S.

Günter Agde

Kämpfer. Biographie eines Films und seiner Macher
Das Neue Berlin, Berlin 2001, 207 S.

Hans Ehlert/Hans-Hermann Hertle (Hg.)

Der Schatten der Mauer – die zementierte Spaltung
Trafo Verlag, Berlin 2001, 80 S.

Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.)

Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker
Metropol Verlag, Berlin 2001, 306 S.

Christoph Kleßmann (Hg.)

The Divided Past. Rewriting Post-War German History
Oxford 2001

Mario Keßler/Heinz Deutschland

Hermann Duncker: sozialdemokratischer „Wanderprediger“, Spartakist, Gewerkschafts-
lehrer
VSA-Verlag, Hamburg 2001, 58 S.

Christoph Kleßmann/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hg.)

Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 2001

Martin Sabrow

Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969
Oldenbourg, München 2001, 488 S.

Martin Sabrow

Herr und Hanswurst. Das tragische Schicksal des Hofgelehrten Jacob Paul von Gundling
Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart/München 2001, 234 S.

Martin Sabrow (Hg.)

Die Grenzen der Entgrenzung : Zehn Jahre Deutsche Einheit
Akademische Verlags Anstalt, Leipzig 2001, 111 S.

Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hg.)

Mauerbau und Mauerfall
Ursachen – Verlauf – Wirkung
Ch. Links Verlag, Berlin 2002, 344 S., 24,90 €

Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.)

Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannte Seite der DDR-Revolution.
Diskussion – Dokumentation – Analysen.
Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2002

Simone Barck/Inge Münz-Koenen unter Mitarbeit von Gabriele Gast

Im Dialog mit Werner Mittenzwei: Beiträge und Materialien zu einer Kulturgeschichte
der DDR
Trafo-Verlag, Berlin 2002, 353 S.

Jan Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.)

Fremde und Fremdsein in der DDR,
Metropol Verlag, Berlin 2002 (i.E.)

Martin Sabrow (Hg.)

Heilung durch Wahrheit? Zum Umgang mit der Last der Vergangenheit
Akademische Verlagsanstalt Leipzig, Leipzig 2002 (i.E.), ca. 80 S.

Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.)

Verletztes Gedächtnis: Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt
Campus Verlag, Frankfurt a.M. 2002 (i.E.), 275 S.

Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.)

Die historische Meistererzählung.
Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945
Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2002 (i.E.)

Susanne Schattenberg

Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren
Oldenbourg, München 2002 (i.E.)

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung und im Handel ist zudem erhältlich:

Bundeszentrale für politische Bildung/Deutschlandradio (Hg.)

Chronik der Mauer. 15. Juni bis 24. August 1961. Inhaltliche Bearbeitung: ZZf
CD-Rom, Köln 2001

AUTORENVERZEICHNIS

Christoph Classen; Dr. Jürgen Danyel; Dr. Hans-Hermann Hertle; Dr. Renate Hürtgen;
Prof. Dr. Konrad H. Jarausch; PD Dr. Mario Keßler; Dr. Klaus Große Kracht; Marcus M.
Payk; Dr. Patrice G. Poutrus; PD Dr. Martin Sabrow; Dr. Susanne Schattenberg; Jennifer
Schevardo; PD Dr. André Steiner; Krijn Thijs; Albrecht Wiesener; Irmgard Zündorf.

Alle Autorinnen und Autoren sind Mitarbeiter des ZZf.